

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



15. Januar 1983
Jg. 4 Nr. 1

G 7756 D Preis:
2,50



Türkei: Zwei Jahre nach dem Militärputsch können die Arbeiterfamilien ohne Frauen- und Kinderarbeit nicht mehr überleben Seite 13



Hamburger Aluminiumwerk: Wichtige Erfahrungen des Betriebsrates im Kampf gegen die Überstunden Seite 22



Dänemark: Hafenarbeiter in 32 Häfen streiken gegen neue Arbeitslosengeld-Regelung Seite 29

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

50 Jahre seit 1933: Damals wie heute: Ganz Europa muß es sein / Wie die FDGO-Demokraten die Vergangenheit bewältigen Seite 3

Bürgerliche Presse zum 30.1. 1933: „Hitler war niemandes Knecht“ Seite 4

Innenministerium: Nazibeamte übernommen – 1949 – 51 Unterdrückungsapparat aufgebaut Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6

Lohnbewegung: CDU/CSU und FDP ersinnen flankierende Maßnahmen Seite 7

Exportgeschäfte: Rekordüberschüsse und 1 Mrd. Steuern dazu Seite 7

USA: Die Kapitalisten haben die Zahlungsunfähigkeit der Rentenkassen zu verantworten Seite 8

Sozialhilfe: Stärkere Verarmung bei Jugendlichen, Ausländern Seite 9

Vermögensbildungsgesetz: Verbreitung des Interesses am Kapitalertrag Seite 9

Abrüstungsverhandlungen: Ohne Vorteil für die BRD wird es keine Abrüstung geben Seite 10

Libanon: USA will Friedensvertrag erzwingen Seite 11

Heiliger Stuhl: Die frommen Werke des Erzbischofs Marcinkus Seite 12

Türkei: Zwei Jahre nach dem Militärputsch können die Arbeiterfamilien ohne Frauen- und Kinderarbeit nicht mehr überleben Seite 13

Über den Kampf der Bergarbeiter von Yeni Celtek und den Aufbau ihrer Gewerkschaft Seite 14

Lehrer sollen in den faschistischen Spitzelapparat gepreßt werden Seite 16

Türkei: NATO-Bastion gegen die UdSSR und den Nahen und Mittleren Osten Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18

Caritas Freiburg: Behinderte in Werkstätten: „Mehr Nächstenliebe, weniger Lohn“ Seite 19

Niedersachsen: CDU-Landesregierung: Beförderungssperre Seite 19

Abwassergebühren: Die Kapitalisten verursachen Kosten, die Haushalte zahlen Seite 20

Nürnberg: KOMM-Prozeß gescheitert Seite 21

Heimarbeit: Entspricht dem politischen Konzept der CSU Seite 21

Hamburger Aluminiumwerk: Wichtige Erfahrungen des Betriebsrates im Kampf gegen die Überstunden Seite 22

Gesetze und Chemietarife zu Überstunden Seite 23

Vertriebenenverbände: Zur Machtübernahme bereit Seite 23

Berufsschulen: Angriffe auf den zweiten Berufsschultag Seite 23

Werftenhilfe: Landesregierung für Rentabilität von HDW Seite 24

Spionage-Prozeß: Gewerkschaftssekretär unter Beschuß Seite 24

Billigmedizin: Selbstheilung und Kräuter, Familie und Nachbarschaft zur Rettung des Volksganzen Seite 25

Kapitalisten: Ohne Karenztage kein Wirtschaftswachstum Seite 26

Stichwort: Kostendämpfungsideologie Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

Dänemark: Hafenarbeiter in 32 Häfen streiken gegen neue Arbeitslosengeld-Regelung Seite 29

Irland: Imperialisten erhoffen willfähige Regierung Seite 29

Japan: Ein Haushalt für weitere Expansion Seite 30

Azania: Kampf der Hafenarbeiter dauert an Seite 30

Zimbabwe: Die Lösung der Landfrage wird dringend ... Seite 31

VR Polen: Kriegsrecht ausgesetzt, keine Amnestie Seite 31

DDR: Unabhängigkeit von westlichen Futtermittelimporten geplant Seite 32

Gleiches Niveau von Einkommen und Arbeitszeit in Landwirtschaft und Industrie der DDR Seite 32

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

Krimiabklatsch: Filmische Verdoppelung der „Fantome des Hutmakers“ erzeugt doppelte Langeweile Seite 34

Gegen Asiaten mit Kirche und Wunderwaffe Seite 34

Gezielte Geschichtsverdrehungen Seite 34

BRD-Imperialismus in Südamerika Seite 35

Geschichtsklitterung: Die Trauer des Verlegers Siedler um die verlorenen Ostkolonien Seite 35

Konzentrationslager: Die deutsche Bourgeoisie hat die Verbrechen eiskalt geplant Seite 36

Arbeitsplatzstudien Seite 37

Krisenfolgen konkret Seite 38

Damals wie heute: Ganz Europa muß es sein! Wie FDGO-Demokraten die Vergangenheit bewältigen

Der demokratische Politiker, der auf sich hält, wird des 50. Jahrestages der Machtergreifung des Faschismus am 30.1. gedenken. Er wird wie z.B. Kohl, der erste Kanzler der Nachkriegsgeneration, sich „schmerzlich besinnen“, wie damals der „Weg in die Diktatur“ begann, wie z.B. Ex-PG, WII-Leutnant und Bundespräsident Carstens an die „Schreckensherrschaft“ erinnern, „die unendliches Unheil über große Teile der Welt und über das deutsche Volk gebracht hatte“, oder wie Altbundeskanzler Schmidt, ebenfalls WII-Leutnant, nicht zögern, „die Verbre-

zum Frieden in Europa. Schließlich findet auch wirklich Abrechnung statt: mit einer Politik, die zur umfassenden Niederlage der deutschen Imperialisten mit allen ihren Folgen geführt hat. In den Worten von Strauß: „Der Einbruch der Sowjetrussen nach Mitteleuropa ist die geschichtliche Katastrophe unseres Jahrhunderts. Hitlers verbrecherische, großwahnsinnige Politik hat ihnen die Tore geöffnet ...“

Bei solcher Abrechnung vermeiden die Vertreter der besten aller Ordnungen streng jede auch nur andeutungsweise Kritik, ja jede Darstellung der

ist eine zwangsläufige Entwicklung. Die ungeahnten Fortschritte der Technik ... und der Zug der Zeit, weite Zusammenhänge zu schaffen und große Räume gemeinsamer Erzeugung und Bewirtschaftung herzustellen, nötigen Europa zum engeren Zusammenschluß ... Ein in sich zerspaltenes Europa ist auch zu schwach, um sich in der Welt in seiner Eigenart und Eigenkraft zu behaupten und sich den Frieden zu erhalten ... Ihre (der europäischen Völker – Red.) Einheit muß so fest sein, daß zwischen ihnen in Zukunft niemals wieder Krieg geführt werden wird und daß die Interessen Europas nach außen hin gemeinsam gewahrt werden können ... Es ist zu erwarten, daß Europa, richtig organisiert, wieder der beste Kunde und tüchtige Lieferer innerhalb der Gesamtwelt sein wird ... Zur Belebung des gegenseitigen Güteraustausches und zur Schaffung eines großen europäischen Marktes werden die zwischen den einzelnen Ländern bestehenden Zoll- und anderen Schranken fortschreitend beseitigt werden ... Der europäische Staatenbund wird aber nicht in der Lage sein, fruchtbare Gemeinschaftsarbeit zu leisten, wenn es an einer Führung fehlt ...“

Was sich hier fast wie das Drehbuch zu den Europäischen Gemeinschaften liest, ist in Wirklichkeit eine Ausarbeitung des faschistischen Außenministers Ribbentrop von 1943, in der er in dem Plan eines „Europäischen Staatenbundes“ die Kriegsziele zusammenfaßt. Im Rückblick auf die ersten Nachkriegsjahre schrieb später der erste westdeutsche Kanzler Adenauer: „Ich beschäftigte mich sehr mit dem Problem der Vereinigten Staaten von Europa, denen Deutschland angehören mußte. Ich sah in den künftigen Vereinigten Staaten von Europa die beste und dauerhafteste Sicherung der westlichen Nachbarn Deutschlands“! Vor wem, wenn nicht vor Deutschland? Wenn das keine Drohung war! Eine den Umständen entsprechend verhaltene Drohung zwar, aber von der Entschlossenheit geprägt, das Ziel der „Neuordnung Europas“ dennoch zu erreichen.

In der Tat: Keinen Augenblick lang haben die deutschen Imperialisten nach ihrer Niederlage im „europäischen Einigungskrieg“ (Ribbentrop) das Ziel der „Neuordnung Europas“ aufgegeben, noch haben sie das Ziel der „deutschen Führung“ aus den Augen verloren. All die Gründe, die sie zum gewaltsamen Versuch der „europäischen Einigung“ bewogen hatten, wirkten nach wie vor: Der Entwicklungsstand des Kapitalismus, der hohe Standard der Produktivkräfte drängten darauf, die verhältnismäßig engen Schranken der zersplitterten europäischen Wirtschaftsräume zu sprengen



„Sie haben Europa in ein Völkergefängnis verwandelt. Und das nennen sie die ‚Neuordnung Europas‘ ... Ihre Namen sind Zehntausenden von gequälten Menschen bekannt. Diese Henker sollen wissen, daß sie der Verantwortung für ihre Verbrechen nicht entgehen und der strafenden Hand der Völker nicht entrinnen werden.“ (J.W. Stalin)

chen des Nazifaschismus“ zu verurteilen, und womöglich wie der WII-Führungsoffizier und CSU-Vorsitzende Strauß „keinen Zweifel daran lassen, daß ich für die Schuldigen am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges diejenigen gehalten habe, die damals den Namen Deutschlands für sich und ihre unsinnigen und verbrecherischen Ziele mißbraucht haben“.

Diese Sorte Faschismuskritik dieser Sorte Leute hat überhaupt nur eine einzige Grundlage: die Tatsache, daß der Faschismus geschlagen ist.

Da ist Faschismuskritik demokratische Pflichtübung und überdies billig. Da läßt sich gegenüber der „Schreckensherrschaft“ die freiheitlich-demokratische als die beste aller Ordnungen rühmen und gegenüber der unleugbaren Kriegsschuld des 3. Reiches der weltweit anerkannt bedeutende Beitrag demokratischer Nachkriegskanzler

Ziele, die die deutschen Imperialisten 1933 zur Errichtung ihrer faschistischen Diktatur greifen ließen. Ihr Ziel war die „Neuordnung Europas“: die Schaffung eines alles beherrschenden Großdeutschlands, die Unterjochung und Kolonialisierung des Ostens, die Versklavung oder Ausrottung der osteuropäischen Völker, die Schaffung schließlich einer „kontinentaleuropäischen Großraumwirtschaft unter deutscher Führung“, die Europa und damit Großdeutschland zur Weltgeltung verhelfen sollte. Zur Erreichung dieses Ziels entfesselte die Finanzbourgeoisie ihre Terrorherrschaft, brach sie den Widerstand im Inneren durch die Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung und durch die „Lösung der Judenfrage“, und überzog schließlich Europa und die Welt mit Krieg.

„Die Einigung Europas, die sich in der Geschichte bereits seit längerem abzeichnet,

und einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu schaffen, der den vorübergehend geschwächten, aber nicht zerschlagenen deutschen Monopolen wie den anderen europäischen Monopolen als erweiterte Basis ihrer Expansion dienen konnte. „Deutschland braucht Europa“, mit dieser Losung tauschten die Imperialisten den vollständigen Bruch mit der faschistischen Politik vor und knüpften in Wirklichkeit fast nahtlos daran an. Strauß 1968:

„Deutschland braucht dieses vereinigte Europa ... mehr als jedes andere Land. Es hat, nach dem Krieg unsicher und verlassen, im europäischen Gedanken nicht nur einen Weg gesehen, seine jüngste Vergangenheit zu bewältigen, sondern auch eine ehrenvolle und seine Umwelt nicht beunruhigende Möglichkeit, seine gewaltigen Energien nutzbringend anzuwenden.“

Wie „Deutschland“ das „vereinigte Europa“ gebraucht hatte und brauchte, hatte dieser Strategie der Reaktion schon 1966 erläutert:

„Das deutsche Reich ... ist im zweiten Weltkrieg durch deutsche Schuld zerbrochen ... Adenauer hat durch geschickte Ausnutzung der Situation ... den ehemaligen Kriegsgegnern sozusagen wieder zwei

Drittel des Sieges über unser Volk allmählich entwunden.“

Zu Deutsch: Man hatte den Kapitalismus auf dem Territorium der BRD reorganisiert, das europäische Einigungswerk mit Aussicht auf dauerhaften Erfolg in Gang gesetzt, man war dabei, die führende Position zu erringen, hatte also auf einem größeren Gebiet Europas weitgehend jenen „Europäischen Staatenbund“ Hitlers und Ribbentrops verwirklicht und hatte mit Wiederaufrüstung und NATO-Beitritt die notwendigen Mittel sich wiederver schafft, den eigenen Interessen europa- und weltweit zur Geltung zu verhelfen.

Auf „Zwei-Drittel-Rückentwindung“ wollten die „Europäer“ sich indes nicht beschränken. Die Erbfolger der faschistischen deutschen Reichsbourgeoisie fanden und finden sich weder mit dem Verlust ihrer früheren Ostkolonien an Polen und die UdSSR ab noch mit der Existenz der DDR, d.h. dem Verlust eines Teils ihres Herrschaftsgebietes, noch mit der Errichtung der osteuropäischen Volksdemokratien, die jedem großdeutschen Ehr-

geiz verhältnismäßig schwer zu überwindende Grenzen gesetzt hatten. Begründet wurde der Anspruch auf die „Befreiung“ Osteuropas immer „europäisch“, und da die westeuropäischen Verbündeten der BRD allen Anlaß haben, die Wiederaufrechterhaltung Großdeutschlands zu fürchten, wurde auch die „Wiedervereinigung“ „europäisch“ begründet. So etwa von Strauß 1968:

„Europäische Politik darf ... nicht länger mehr eine Funktion der amerikanischen Sicherheitspolitik bleiben, die von einer anderen Interessenlage bestimmt wird. Europäische Politik muß gleichzeitig so gestaltet werden, daß die Einflüsse der sowjetischen Politik auf das Schicksal unserer (!) Völker zurückgedrängt werden ... Westeuropa muß das Modell einer Unabhängigkeits- und Selbstbehauptungspolitik erstellen, das seine Faszination und Attraktivität auf die Völker ausübt, damit deren nationales Selbstbestimmungsstreben in den Willen zur großen politischen Einheit Gesamteuropas einmünden kann.“ Und: „In der Einsicht, daß der Nationalstaat ein an sich überlebtes Element darstellt, das den europäischen Völkern nicht mehr als Hort ihrer Selbstbestimmung, ihrer Prosperität und ihrer geistigen Fortentwicklung zu dienen

Bürgerliche Presse zum 30.1. 1933: „Hitler war niemandes Knecht“

Bundeskanzler Helmut Kohl in „Bild am Sonntag“, 26.12. 1982: „Vor 50 Jahren, am 30. Januar 1933, begann mit Hitlers ‚Machtergreifung‘ der Weg in die Diktatur, an dessen Ende die Katastrophe des Krieges stand. Die Demokratie von Weimar ist zerbrochen, weil die politische Mitte nicht stark genug war, dem Druck der Extreme von Links und Rechts zu widerstehen. Die politische Mitte unserer heutigen Demokratie darf das nie mehr zulassen.“

Rolf Zundel in „Die Zeit“, 31.12. 1982: „... Aus einer ganzen Reihe

von historischen Quellen ist jene Flut entstanden, die Weimar wegspülte und die Nationalsozialisten an die Macht trug. Und erkennbar wird auch, daß manche dieser Strömungen heute nur noch sehr dünn fließen oder eine andere Richtung genommen haben ...

Schwäche der Verfassung? Das Grundgesetz ist ja in der Reaktion auf Weimar entstanden, und die Verfassungsväter waren in nichts gründlicher als in dem Versuch, alle Vorkehrungen zu treffen, um Weimarer Instabilitäten zu vermeiden. Sie ist eine Krisensicherungsanlage, technisch konstruiert nach den Prinzipien einer Reichsversicherungsanstalt, politisch als wehrhafte Demokratie entworfen; in keinem anderen Land gibt es eine so verbissene Diskussion um Verfassungsfeinde. Und schließlich ist diese Verfassung auf erstaunliche Weise akzeptiert. Wo man sich in anderen Ländern auf die Nation beruft, berufen sich die Bürger dieses Landes auf die Verfassung ...

Wichtiger noch: Die Weimarer Republik hatte im Grunde genommen keine demokratische Regierungsalternative. Der Weimarer Koalition stand nicht eine ebenso demokratische Opposition gegenüber. In der Bundesrepublik ist die Meinungsfluktuation auch in ihren radikaleren Ausschlägen bisher im Wesentlichen von den gro-

ßen Parteienlagern aufgefangen worden – von demokratischen Parteien, die sich als Reserve-Regierung verstanden ...“

„Zeit-Magazin“, 17.12. 1982: „Die Nazi-Partei – darin lag ihre Stärke – war die erste Volkspartei in Deutschland. Sie bot für jeden etwas. Während des Wahlkampfes flossen der Partei auch Spenden einiger Industrieller zu. Jedoch hat die kommunistische Formel vom ‚Agenten des Kapitalismus‘ so nie gestimmt. Hitler war niemandes Knecht ... Die Nazis profitierten von der Staats- und Parteienverdrossenheit der Massen und von der weitverbreiteten Sehnsucht nach dem starken Mann. Vor allem setzte Hitler auf die Jugend, der er mit seiner Vision vom ‚Dritten Reich‘ Zukunftshoffnung gab.“

Rudolf Augstein im „Spiegel“, 27.12. 1982: „Zur Macht, und zwar im Laufe weniger Monate zur vollen Macht, kam an diesem Tag der deutsche Faschismus, von seinen Gegnern als Hitler-Faschismus gebrandmarkt. Er schillerte in vielen Farben. Daß sein Heraufkommen die europäische Staatenwelt zerstören würde, ahnte so mancher; kaum einer konnte sich vorstellen, daß unter seinem Zeichen das schlimmste Verbrechen in der zivilisierten Geschichte der Menschheit, der Mord an vielen Millionen ‚Fremdstämmigen‘, hauptsächlich Juden, exekutiert werden würde. Die Verkennung des Mannes Hitler und seiner Bewe-



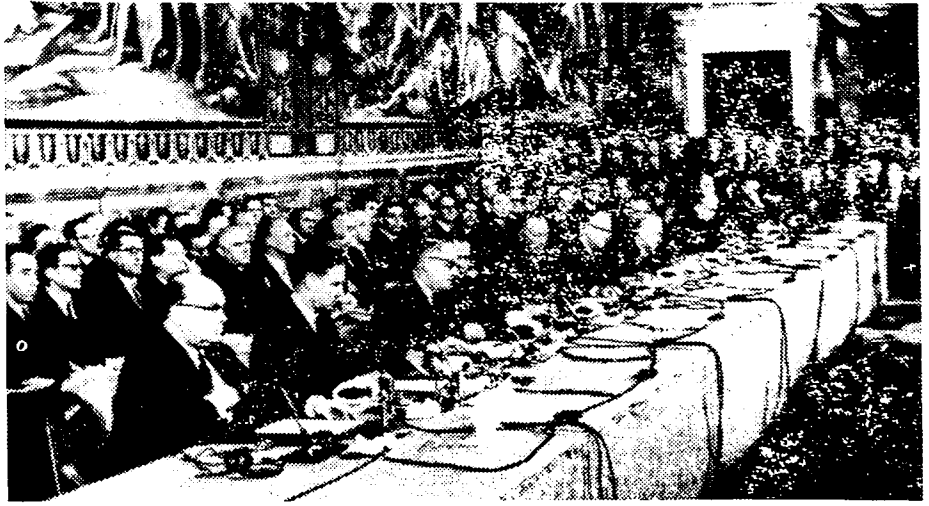
Hindenburg und Hitler

vermag, sollte den Deutschen die Entscheidung leicht werden, den Schwerpunkt ihrer nationalen Interessen in der Schaffung eines Großraumsystems zu sehen, in dem auf natürlichem Wege auch das Zusammenleben ihrer Nation wieder möglich wird.“

Die „europäische Einigung“ als das Friedenswerk nach dem „Unheil“ des Zweiten Weltkrieges? Mitnichten! Zwar hatte die Niederlage mit ihren Folgen für das Herrschaftsgebiet die deutschen Imperialisten immerhin so geschwächt, daß sie an eine Neuaufgabe des Waffengangs so schnell nicht denken wollten. Für die westeuropäischen Konkurrenten wurde die „europäische Einigung“ überhaupt nur durch diese Schwächung akzeptabel. „Friedlich“ war die Nachkriegsentwicklung eines „Vereinten Europa“ dennoch in keiner Weise, sondern geprägt durch wilde Konkurrenz um die größtmögliche Ausbeutung der Arbeiter, durch Vernichtungskonkurrenz, durch ökonomische und politische Erpressung, durch gegenseitige Einmischung ebenso wie durch gegenseitige Unterstützung bei der Niederhaltung der unterdrückten Klassen. Und von

gung hatte mehrere Ursachen, darunter eine, die sich am ehesten ausmachen läßt: Hitler genoß den Vorzug eines um sechs Jahre älteren Kollegen in Rom, des Benito Mussolini. Dieser etablierte Diktator wurde 1933 fünfzig Jahre alt ... Hätten Lenin und Mussolini sich im Jahre 1915 in der Schweiz getroffen, so hätten sich beide, wenn über nichts sonst, so doch über einen Punkt verständigen können: daß Revolutionen am ehesten im Gefolge von Kriegen möglich sind, daß Kriege eigentlich den Humus für Revolutionen abgeben. Aus der Katastrophe des Ersten Weltkrieges sind Faschismus und Bolschewismus, aus der des Sino-Japanischen Krieges ist der chinesische Kommunismus siegreich hervorgegangen.“

„FAZ“, 5.1. 1983: „Auf vier regionalen Kundgebungen soll unter dem Motto ‚Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg‘ zuallererst ‚für sofortigen Rüstungsstopp in West und Ost‘ sowie ‚gegen die Stationierung neuer Atomwaffen in unserem Lande‘ demonstriert werden ... Daß Mahlein, Hensche und Götz keine ‚Berührungängste‘ bei der Zusammenarbeit mit Kräften links von der SPD haben, ist nichts Neues. Daß sie jedoch agedsichts der Rolle der Kommunisten vor der Machtergreifung Hitlers nicht zurückscheuen, ausgerechnet jetzt mit der DKP gemeinsame Sache zu machen, hat im DGB doch Aufsehen erregt ... Doch bisher hat der DGB-Vorstand noch nie manden ... gerügt.“



„Wir Deutschen brauchen Wurzeln in einem starken und eigenständigen Europa“ (Strauß) – Unterzeichnung der Römischen Verträge

vornherein „großeuropäisch“ konzipiert, erhielt die EG als Kriegspakt immer deutlichere Konturen. 50 Jahre nach 1933 – der Haupteindruck ist Kontinuität.

Quellenhinweis: Ribbentrop, Entwurf für eine Denk-

schrift des Auswärtigen Amtes über die Schaffung eines „Europäischen Staatenbundes“, 1943, in: R. Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals: Adenauer, Memoiren Bd. 1, Stuttgart 1965; F.J. Strauß, Herausforderung und Antwort, 1968; ders., Gebote der Freiheit, 1980; Arbeitsmaterialien I, erstellt von Delegierten im Auftrag der 2. ordentlichen Delegiertenkonferenz des BWK, insbesondere: Entschließung betreffend die Forderungen nach Austritt aus der EG und NATO

Innenministerium: Nazibeamte übernommen – 1949 – 51 Unterdrückungsapparat aufgebaut

In kürzester Zeit hat die westdeutsche Bourgeoisie nach 1949 den zentral einsetzbaren Unterdrückungsapparat des Bundesinnenministeriums wieder aufgebaut. Für diesen Aufbau zog sie zu einem großen Teil frühere Nazi-Größen und Nazibeamte heran. Der erste Staatssekretär im Bundesinnenministerium Ritter von Lex, der im Jahr 1933 im Reichstag dem Ermächtigungsgesetz für die Nazi-Diktatur zugestimmt hatte, war selber Oberregierungsrat im Nazi-Innenministerium gewesen. Schon 1946 hatte er in einem Entwurf für ein Berufsbeamtengesetz, den er in einem Internierungslager der US-Militärbehörden schrieb, gefordert, Nazibeamte seien nur dann zu entlassen, „insofern nicht die Belassung im gleichen oder in einem niedrigeren Amt im öffentlichen Interesse liegt.“

3 Monate nach Bildung der ersten Bundesregierung erließ die Adenauer-Regierung eine Amnestie für Nazi-Verbrecher und öffnete damit die Tore weit für die Aufnahme in die Staatsorgane. 1950 verabschiedeten die Regierungsparteien das vorläufige Beamtengesetz, das die Beamten auf die kapitalistische Grundordnung verpflichtete. Im selben Jahr setzte die CDU das „Republikschutzgesetz“, das 1. Strafrechtsänderungsgesetz, durch. Nach 1945 hatten die Alliierten die Hochverrats- und Landesverratsparagrafen außer Kraft gesetzt. Mit dem „Republikschutzge-

setz“ erneuerte die westdeutsche Bourgeoisie die politische Verfolgung wegen Hochverrat und Landesverrat.

Das Innenministerium baute dazu den Apparat auf. Das Bundesamt für Verfassungsschutz wurde 1950, das Bundeskriminalamt 1951 errichtet. Die Regierung betonte zum Verfassungsschutzamt, daß „mit diesem neuen Amt keine neue Gestapo und kein neuer SD errichtet“ werde. Das Personal war nämlich zu großen Teilen dasselbe geblieben. Das Innenministerium zentralisierte und verstärkte die Polizei. War die Polizei bis 1950 auf Kreisebene zusammengefaßt, wurde sie danach auf Länderebene zentralisiert und durch das Bundesinnenministerium koordiniert. 1951 wurde der Bundesgrenzschutz neu geschaffen, die Hälfte der 20000 Mann war im Inneren des Landes stationiert zum zentralen Einsatz als Bundessonderpolizei. Im gleichen Jahr verbot das Innenministerium, das nur zwei Jahre nach seiner Gründung über sämtliche noch heute bestehenden Unterdrückungsorgane verfügte, die Freie Deutsche Jugend und andere Organisationen, die die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung vorbereiteten, wegen „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“. Die Bundesregierung stellte am 16.11.51 den Verbotsantrag gegen die KPD.

Quellenhinweis: 100 Jahre Innenressort. Vom Reichsamt zum Bundesinnenministerium, Bonn 1980

Grönland Ahoi! — Imperialistische Fischräuberei

Selten waren die BRD-Imperialisten in einer erfreulicheren „Schlichterrolle“ als im gegenwärtigen EG-Fischereistreit. Denn wie die Einigung letztlich auch aussieht, die BRD-Imperialisten können nur gewinnen. Der Grund: Der geschäftstüchtige EG-Parlamentarier, Besitzer eines Fischereischiffes und Vorsitzende des Esbjergischer Fischerverbandes, der Däne Kent Kirk, strebt mit der von ihm beabsichtigten Klage vor dem Europäischen Gerichtshof die Durchsetzung der „Freiheit des Fischfangs von Strand zu Strand“ in sämtlichen „EG-Meeren“ an. Das aber, so die schmunzelnde Auskunft des Auswärtigen Amtes in Bonn, bedeutet: Wenn der EG-Gerichtshof seiner Klage stattgibt, dann fallen auch die von den BRD-Imperialisten und ihren Fischfangkonzernen wie Oetker und

Konsorten bekämpften Begrenzungen des Fischfangs in den grönländischen Gewässern. Die grönländischen Fischer werden dann erleben, wie ihnen die westdeutschen und andere Fischereischiffe die Küste leerfischen, kaum ein Jahr, nachdem sie nach langen Kämpfen durchgesetzt haben, daß der Fischfang in ihren Gewässern wenigstens teilweise begrenzt wird und so eine völlige Leerfischung ihrer Bestände verhindert wird. Unterliegt dagegen der dänische EG-Parlamentarier und kommt stattdessen die bisher am Einspruch Dänemarks gescheiterte EG-Einigung zustande, dann kommt noch etwas anderes zustande: das Fischereiabkommen der EG mit Norwegen. Dieses Abkommen ist so lange blockiert, wie die EG-Staaten sich nicht auf Fangquoten geeinigt haben. Dieses

Fischereiabkommen aber würde den bundesdeutschen Fischereikapitalisten statt der grönländischen Fischgründe die norwegischen öffnen, wenige Monate, nachdem sie sich bereits durch ein ähnliches Abkommen mit Kanada den Zugang zu den dortigen Gewässern gesichert haben. Zum „Ausgleich“ für die EG-Fischfangrechte in seinen Gewässern soll Norwegen Fischfangrechte in EG-Gewässern erhalten. Und wo? Na, vor der grönländischen Küste natürlich! So mag deshalb zustandekommen, was will, die Fischfangrechte der BRD-Fischereikapitalisten werden so oder so ausgeweitet. Zumindest solange, wie Dänemark als grönländische Kolonialmacht einen Austritt Grönlands aus der EG verhindert. Erst dann werden sich die westdeutschen Fischereikapitalisten neue Fanggründe suchen müssen. Vielleicht im „EG-Meer“ um die Malwinen?

Aufwertungsgewinne

„Bärenstark — unsere Mark“ wußte die Bildzeitung am 4.1. zu melden. Die Bundesbank hatte berichtet, daß der Wechselkurs der DM gegenüber den Währungen der 23 wichtigsten „Geschäftspartner“ der BRD seit Anfang 1982 um 8,5% aufgewertet worden sei. Ein Vorgang, der den westdeutschen Finanzkapitalisten gleich mehrfach zugute kommt. Einmal, weil der Erwerb ausländischer Fabriken dadurch für sie noch billiger, der Anreiz zur Kapitalanlage im Ausland also umso größer wird. Zweitens werden die Verbindlichkeiten westdeutscher Kapitalisten gegenüber ausländischen Banken um eben diesen Aufwertungssatz vermindert, umgekehrt aber die Forderungen westdeutscher Banken an ausländische Kreditnehmer um den gleichen Betrag erhöht — immer angenommen, daß die Kreditaufnahme westdeutscher Kapitalisten im Ausland nicht in DM geschehen ist, die Kreditvergabe an ausländische Kapitalisten und Regierungen aber sehr wohl — was beides so ziemlich die Regel ist. Kein Wunder also, daß auch die Bundesbank für 1982 einen neuen Rekordgewinn von 14 Mrd. DM angekündigt hat. 8 Mrd. davon stammen — so die bislang noch inoffiziellen Ver-

lautbarungen — aus „Geldmarktanlagen im Ausland“ bzw. den darauf kassierten Zinsen. Knapp 40 Mrd. DM hatte die Bundesbank Ende 1982 an solchen Krediten ins Ausland vergeben, zumeist an ausländische Zentralbanken wie zuletzt die mexikanische, die so weiter in Abhängigkeit gebracht wurden. Aber auch von der US-Regierung hat die Bundesbank Schuldpapiere gekauft — mit der Folge, daß diese nun einen Teil ihrer Steuereinnahmen als Zins an die Bundesbank abführen muß. Reservieren, um solche internationalen Gläubigergeschäfte künftig auf noch größerer Stufe fortzuführen, hat die Bundesbank genug. Ihre Währungsreserven stiegen bis Ende 1982 auf rund 200 Mrd. DM und sind damit weiterhin größer als die aller anderen imperialistischen Rivalen.

VW/USA: Schwarze gegen Niedrigstlöhne

Die US-Tochtergesellschaft des VW-Konzerns, Volkswagen of America, hat sich seit ihrer Gründung damit gebrüstet, für sie gäbe es keine Rassenschränken, im Gegenteil, sie behandle die Farbigen sogar bevorzugt, was man allein daran sehen könne, daß 10% der Beschäftigten der US-VW-Werke Farbige seien, während

deren Anteil am Standort der Fabrik in Westmoreland lediglich 2% der Bevölkerung ausmache. Mit einer Schadensersatzklage über 70 Mio. \$ (168 Mio. DM) haben jetzt neun schwarze Arbeiter die Gründe dafür an die Öffentlichkeit gebracht. Im Namen von rund Tausend schwarzen Arbeitern werfen die neun Kläger dem VW-Konzern vor, farbigen Arbeitern im Jahr 2000 bis 7000 \$ weniger Lohn für die gleiche Arbeit zu zahlen als an Weiße. Überdies seien die Arbeitsbedingungen so schlecht, daß Arbeit im VW-Werk nur im äußersten Notfall angenommen werden könne. Der VW-Haustarifvertrag für die unteren Lohngruppen ist so niedrig, daß bisher im wesentlichen nur Schwarze nach Tarif bezahlt wurden, während die meisten weißen Arbeiter über Tarif entlohnt wurden. In der jetzigen Absatzkrise werden große Teile der farbigen Belegschaft entlassen, die übertariflichen Lohnbestandteile der weißen Arbeiter sind auch keineswegs mehr sicher. Am 15. März läuft der Lohn-tarifvertrag für die amerikanischen VW-Werke aus. Die Klage, gleichgültig wie über sie entschieden wird, kann eine gute Vorbereitung dafür sein, Lohnsenkungspläne der VW-Kapitalisten zurückzuschlagen und die Anhebung der Niedrigstlöhne durchzusetzen.

Spendenneuordnung

Am 7.1. kündigten die Grünen die vertrauliche Zusammenarbeit mit der von Carstens vor einem Jahr berufenen Kommission zur „Ermittlung des Finanzbedarfs der Parteien zur Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Aufgaben“ und veröffentlichten deren Absichten: „Kleine Parteien wie wir sollen finanziell ausgetrocknet und ohne Rücksicht auf den Wählerwillen gemeuchelt werden.“ Tatsächlich will die Kommission, daß die Wahlkampfkostenpauschale von 3,50 DM auf 5 DM pro Wählerstimme angehoben wird. Allerdings nur für solche Parteien, die statt bisher 0,5% mindestens 3% der Zweitstimmen erhalten, und deren Anteil am Aufkommen aller Parteien an Mitgliedsbeiträgen und Spenden ebenfalls 3% beträgt. Weil eine solche Regelung nicht nur die Grünen, sondern unter Umständen auch die FDP von Steuergeldern abschneiden würde, stößt sie auch bei liberalen Kräften wie dem „Spiegel“ auf Empörung. Doch ist dieses Vorhaben nur eine Seite der von der Kommission und allen staatstragenden Kräften angestrebten Bereinigung der Parteienfinanzierung. Die andere ist ihnen fast noch wichtiger: Die zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit, daß Kapitalisten demokratische Parteien nicht ihren Möglichkeiten entsprechend unterstützen dürfen, gehört abgeschafft. Auf die Frage der Bildzeitung: „Wann werden die Parteien endlich Lehren aus der Spendenaffäre ziehen?“ antwortete Justizminister Engelhard am 5.1.: „Ich verstehe das Unbehagen über diese Vorfälle in der Bevölkerung. Aber die politischen Parteien brauchen selbstverständlich Geld für ihre Arbeit und ihr qualifiziertes Personal ... Die notwendige Finanzierung könnte ähnlich wie bei gemeinnützigen Einrichtungen erfolgen: Parteien sollten in jeder Höhe steuerfrei sein.“ Wenn schon das Wahlrecht nicht mehr von der Höhe des Einkommens abhängt, warum nicht wenigstens die steuerbegünstigte Finanzierung von Parteien? Vorschlag der Kommission: Künftig sollen 5% des Einkommens oder 2 Promille des Umsatzes steuerlich absetzbar sein. Damit die Spender anonym bleiben können, laufen die Spenden über einen „Spendenfonds“ des Bundespräsidenten. „Spendenaffären“ sind dann überflüssig.

CDU/CSU und FDP ersinnen flankierende Maßnahmen

Ende letzten Jahres ließ sich die IG Metall darauf ein, den notleidenden Stahlkapitalisten an der Saar tarifvertraglich bislang sichere Lohnbestandteile als Sanierungskredit in Aussicht zu stellen. Welche Hoffnungen hat die so bewiesene Willigkeit der IG Metall ausgelöst? Darüber kann man inzwischen in der Presse lesen, wir zitieren nach dem „Mannheimer Morgen“:

„Für einen wirtschaftlichen Sonderstatus des Saarlandes mit einem niedrigerem Lohnniveau als im übrigen Bundesgebiet hat sich der saarländische Wirtschaftsminister Edwin Hügel (F.D.P.) ausgesprochen. In einem Beitrag in der ‚Saarbrücker Zeitung‘ erklärte Hügel, wenn die Löhne an der Saar im Durchschnitt um 5 v.H. unter Bundesniveau lägen, sei mit der Ansiedlung neuer Betriebe und mit der Schaffung von Arbeitsplätzen zu rechnen.“

Das Saarland, das mit knapp 11 v.H. die höchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer aufweise und für mehr als 40000 Arbeitslose gegenwärtig nur 700 offene Stellen anbiete, müs-

sen und Angestellten im Saarland. Mag sein, die Arbeiten, die die Metallkapitalisten im Saarland verrichten lassen sind danach. Auf was läuft dann Hügels Plänchen hinaus? Auf eine spezielle Lohnsenkung nicht nur für eine ganze Region, sondern auch noch gezielt für sowieso schon schlechtgezahlte Arbeit.

Die IG Metall behandelt den Angriff als „nicht ernstzunehmenden, völlig abwegigen Silvestereinfall mit gefährlichen beschäftigungs- und strukturalpolitischen Folgen“. Uns scheinen die lohnpolitischen Absichten gefährlicher und, daß die IG Metall sie einfach abtut, naiv.

In der Silvesterausgabe der „Zeit“ erteilte Dieter Kirchner von Gesamtmetall ein Interview, in dem er sinngemäß kundtat, er halte in dieser Lohnbewegung nichts von Kraftakten, d.h. sein Verband habe es aufgegeben, einen Null- oder Minusabschluß zu fordern, das wäre wirtschaftlich angemessen, gefährde aber den sozialen Frieden. Auch andere Presseäußerungen deuten darauf hin, daß die Kapitalisten

Wahlen solle eine neue gesetzliche Regelung der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ erfolgen. Die „Sparförderung“ soll für Sparkonten von 16% der Sparsumme auf 9% gesenkt werden, für Bauspar- und Lebensversicherungsbeträge von 23% auf 16%. Die Beteiligung an Unternehmen soll hingegen mit 23% gefördert werden. Nach Angaben der CDU sind gegenwärtig nur 2% aller gesetzlich geförderten Sparverträge auf Unternehmensbeteiligungsbasis, 50% sind reine Geldsparverträge, 48% Bausparverträge. Mit gar nicht sanfter Finanzgewalt nötigt die CDU die „sparwilligen“ so, ihre eigene Firma zu kreditieren. Und was passiert nach Vorstellung der CDU mit einem solchen Arbeitnehmerdarlehen, wenn der Betrieb pleite geht? Der CDU-Entwurf sieht die Sicherung der Hälfte der Einlage vor. Das ist dann schon mehr, als die IG Metall bei Arbed Saarstahl bewilligte. Aber als „Einstieg“ hat's halt gelangt.

Der Gesamtplan für die Lohnbewegung Metall auf Kapitalistenseite wird schon deutlicher: 1. Einen Abschluß, wenn's geht unter der Inflationsrate und möglichst nahe bei der 2% Marke, die das Parlament für die Beamten vorgesehen hat. 2. Sonderregelungen für notleidende Betriebe und Regionen wenigstens im Gespräch halten und womöglich abschließen. 3. Die Verbundenheit mit der Firma stärken durch Überwälzung des Geschäftsrisiko.

Der Plan der Kapitalisten hat einen Fehler: er kann nur glücken, wenn die Arbeiterbewegung unter Führung der SPD darauf eingeht. Sonst wird's ein Wunsch bleiben.

Quellenhinweis: Mannheimer Morgen, Ausgaben Januar 1983; Die Zeit, Januar 1983; Roter Morgen



Die Kapitalisten wollen den Lohn senken und das Arbeitstempo weiter steigern.

se ansiedlungswilligen Firmen etwas Besonderes bieten, meine Hügel.“

Die IG Metall hat sich gebückt und der Minister erkennt: in dieser Position kann man sie in den so dargebotenen Körperteil treten. Im übrigen lag 1982 der in der metallverarbeitenden Industrie des Saarlandes effektiv erzielte Lohn- und Gehaltsdurchschnitt bei rund 2590,- DM, mithin bei knapp 93 v.H. des Bundesdurchschnittes. (siehe PB 24/82, S. 39)

Allerdings ergibt sich dieser Differenzbetrag zum Teil aus besonders schlechter Tarifeinstufung der Arbeiter

einen beachtlichen Widerstandswillen der Belegschaften sehen, der vielleicht eher auszutricksen wäre als zu brechen.

Zum Beispiel: Sonderlohnsenkungen für Betriebe, denen es besonders schlecht geht! Hügels Saar-Argument ist ja „kompromißfähig“ angelegt. Nun, nicht das ganze Saarland, einigen Firmen ginge es ja so weit normal, aber dieser, jener eben nicht ... Und da wären wir schon bei einer Sache, die die IG Metall bereits getan hat für die notleidende Firma Arbed Saarstahl.

Zum Beispiel: Aus dem Deutschen Bundestag hört man, noch vor den

Exportgeschäfte Rekordüberschüsse und 1 Mrd. Steuern dazu

Wer erinnert sich noch? Vor ein, zwei Jahren, die jämmerlichen Klagen der Kapitalisten und aller Bourgeoispolitiker über ihre „sinkenden Exporte“ und dergleichen? Inzwischen ist die Bourgeoispropaganda auf diesem Feld merklich stiller geworden. Aus gutem Grund. Denn die BRD-Imperialisten haben im vergangenen Jahr nach allen Zahlen, die vorliegen – die von Dezember stehen noch aus – für knapp 50 Mrd. DM mehr Waren exportiert als importiert. Das ist ein Überschuß, der nicht nur in der Geschichte des deutschen Imperialismus einzigartig dasteht, sondern auch von keinem ihrer imperialistischen Rivalen auch nur annähernd erreicht wurde. Im Gegenteil: die meisten von ihnen verzeichnen

Defizite im Außenhandel. Die in der EG zusammengeordneten Imperialisten mußten im vergangenen Jahr erleben, wie die BRD-Kapitalisten in ihren Ländern für 20 Mrd. mehr Waren verkauften als sie umgekehrt in der BRD. Den österreichischen und Schweizer Kapitalisten ging es nicht besser. Sie verkauften in der BRD Waren im Wert von etwa 22 Mrd. DM, die BRD-Imperialisten umgekehrt in ihren Ländern Waren für fast 40 Mrd. DM. So festigt die BRD die „Einheit des deutschsprachigen Raums“! Selbst gegenüber den Staaten der Dritten Welt einschließlich den OPEC-Staaten, die noch 1980 wegen der OPEC-Ölexporte für 17,8 Mrd. DM mehr in die BRD exportierten als umgekehrt, erreichte die BRD 1982 einen Ausfuhrüberschuß von mehr als 3 Mrd. DM.

Freilich machen vor allem diese Absatzmärkte den BRD-Imperialisten zunehmend Sorge. Der Grund: immer mehr Staaten der Dritten Welt nähern sich rasch der völligen Zahlungsunfähigkeit, verursacht durch ihre Zins- und Tilgungslasten an ihre imperialisti-

schen Gläubiger. Folglich können die BRD-Imperialisten nicht mehr darauf vertrauen, daß ihnen ihre Waren hernach auch von den Abnehmern bezahlt werden. Doch wozu gibt es Exportbürgschaften? Noch in diesem Monat will sich die Bundesregierung mit der Forderung der Kapitalisten befassen, bei den staatlichen Exportbürgschaften künftig „größere Risiken“ zu übernehmen, „um Einbrüche im Export zu verhindern.“ Zahlen sollen dafür die Lohnabhängigen. Am 27.12. teilte Stoltenberg dem „Handelsblatt“ mit: „Als eine neue Belastung des Bundeshaushaltes führte der Minister schließlich die erstmals negative Bilanz im Geschäft mit den Exportbürgschaften an. Hier sei 1983 ein Minus von einer Milliarde DM zu erwarten“ – das die Lohnabhängigen mit ihren Steuern bezahlen müssen. Wozu sonst haben die Kapitalisten sich auch bei der staatlich verbürgten Hermes-Versicherung gegen Nicht-Bezahlung ihrer Exporte versichert?

Quellenhinweis: Handelsblatt, 27.12.82; FAZ, 30.12.82; Zahlungsbilanzstatistik der Bundesbank, Dezember 1982.

setzen, daß die Bemessungsgrenze, bis zu der Beiträge zu zahlen waren, unter dem Durchschnittseinkommen der Lohnabhängigen lag. Bei einem Beitragssatz von 5,2% im Jahr 1971 – Kapitalisten und Lohnabhängige zahlen dieselben Sätze – mußten die Kapitalisten so maximal 406 Dollar Beitrag pro Lohnabhängigen im Jahr zahlen, nämlich den Beitrag für 7800 Dollar Jahreslohn. Diese 7800 Dollar waren die Bemessungsgrenze. Das Durchschnittseinkommen der Lohnabhängigen lag 1971 aber bei 8240 Dollar im Jahr. Dafür hätten die Kapitalisten bei einem Satz von 5,2% einen Beitrag von 428 Dollar entrichten müssen. Die Folge der niedrigen Bemessungsgrenze war also, daß die Kapitalisten für die höher bezahlten Teile der Belegschaften einen prozentig niedrigeren Beitragssatz an die Kasse zahlten. Die Kasse konnte daher keine Rücklagen bilden. Die Reserven der Rentenkasse sind seit 1974 beständig zurückgegangen. Folge dieses Beitragssystems war ebenso, daß die Renten erbärmlich niedrig waren. Der Mindestrentenbetrag 1965 betrug 396 Dollar im Jahr, das durchschnittliche Einkommen der Lohnabhängigen im gleichen Jahr 5812 Dollar.

Inzwischen konnten die Gewerkschaften – seit 1972 – durchsetzen, daß die Bemessungsgrenze über dem Durchschnittseinkommen liegt und die unteren Renten angehoben wurden. Die Höchstgrenze, bis zu der die Kapitalisten den Beitragssatz zahlen müssen, blieb aber erhalten. Bis 1971 bekamen die Rentner nur etwa 30% ihres bisherigen zu versteuernden Monatseinkommens als Rente. In den letzten Jahren lag das Verhältnis bei 40 bis 42% im Durchschnitt. Die Durchschnittsrente betrug 1982 360 Dollar im Monat, aber noch immer erhielten drei

USA

Die Kapitalisten haben die Zahlungsunfähigkeit der Rentenkassen zu verantworten

Im Juli 1983 werde die staatliche Rentenkasse zahlungsunfähig, hat die US-Regierung erklärt. Schon im November 1982 habe die Rentenkasse eine Anleihe bei der Invalidenkasse aufnehmen müssen. Selbst wenn die Rentenkasse von den beiden anderen Versicherungsfonds, der Invaliden- und der Krankenkasse für die Rentner, Kredite bekomme, würde das die Zahlungsfähigkeit der Kassen nur bis Mitte 1984 sichern, dann seien alle Kassen bankrott. Zwischen 1983 und 1990 würde das Defizit der Rentenkasse unter den jetzt geltenden Bedingungen 150 bis 200 Mrd. Dollar betragen. Dieses Defizit könne auf keinen Fall durch Zuschüsse oder Kredite des Bundes gedeckt werden.

Im reichsten Land der Welt drohen die Imperialisten damit den Bankrott der Rentenkasse an. Im gleichen Augenblick zahlen sie für ihre Rüstungsausgaben in einem einzigen Jahr mehr, als das Defizit der Rentenkasse bis 1990 ausmacht, 1982 197,5 Mrd. Dollar, für 1983 planen sie Rüstungsausgaben von 221 Mrd. Dollar. Allein an Zinsen auf die Staatsschuld des Bundes streicht das US-Finanzkapital innerhalb von zwei Jahren eine Summe ein, die so hoch ist wie das Defizit der Rentenkasse. Die US-Regierung zahlte 1982 an Schuldzinsen 83 Mrd. Dollar, 1983 werden die Zinsen auf 96,4 Mrd. Dollar steigen.

Woran liegt es, daß die Rentenkasse in absehbarer Zeit nicht zahlungsfähig ist? Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen, stellt die US-Bourgeoisie schlicht fest. Wo nichts ist, könne auch nichts gezahlt werden. Demgegenüber ist es aber so, daß die Kapitalisten die Zahlungsunfähigkeit der Rentenkasse zu verantworten haben. Jahrzehntlang haben sich die US-Kapitalisten geweigert, höhere Beiträge in die Kasse zu zahlen. Bis 1971 konnten sie durch-



Renten Kürzungen bis zu 200 Mrd. Dollar plant die US-Regierung für die Zeit von 1983 bis 1990. – Für ihre Kredite an den Bund zieht die US-Finanzbourgeoisie allein für knapp 100 Mrd. Dollar Zinsen in einem Jahr.

Mio. Rentner nur die Mindestrente, die seit 1977 122 Dollar beträgt.

Jetzt trommelt die Bourgeoisie wieder für die Senkung der Renten. Der Präsidentenberater Feldstein hat die Richtung gewiesen. Die Rentnerhaushalte, von denen zwei Drittel von diesen Renten allein leben müssen, sollen nur 33% des bisherigen Einkommens erhalten und das auch nur dann, wenn sie ihre Bedürftigkeit nachweisen können. Statt des Rechtes auf eine ausreichende Rente will die US-Bourgeoisie ein gnädiges Almosen zum rascheren Rentenwegfall gewähren. Die Vorschläge von verschiedenen interessierten Seiten sind die Schritte dorthin.

Die Republikaner, die in einer von Reagan einberufenen Kommission sitzen, die bis zum 15. Januar Vorschläge zur Defizitlösung ausgearbeitet haben soll, haben u.a. vorgeschlagen: Änderung der Rentenformel, Senkung der Ausgangsrente um 10%, so daß die durchschnittliche Rente nur noch 38% des bisherigen Einkommens ausmacht, Erhöhung des Rentenalters von jetzt 65 auf 68 Jahre. Rentner, die mit 62 in Rente gehen, sollen nur noch 64% ihrer Rente erhalten. Die jährliche Anhebung der Rente in Höhe der Inflation soll beseitigt werden. Stattdessen sollen die Renten nur wie der Durchschnittslohn minus 1,5% steigen.

Die Demokraten in dieser Kommission haben die Zurückstellung der Inflationsanpassung vom Juli eines Jahres auf Oktober propagiert, was die Renten zwischen 1983 und 1985 um 7,7 Mrd. Dollar senken würde. Das Defizit wollen sie zu 30% durch Rentenkürzung und zu 70% durch Anhebung der Beitragssätze decken. Die für 1990 geplante Erhöhung der Sätze von jetzt 6,7% auf 7,65% soll auf 1984 vorgezogen werden. Die Einnahmen würden bis 1990 um 135 Mrd. Dollar vergrößert.

Der Gewerkschaftsverband AFL-CIO hat gefordert, daß keine Kürzungen der Renten vorgenommen werden. Ein Defizit soll durch Anleihen der Rentenkasse bei den anderen Versicherungskassen, beim Bund und durch Zuschüsse des Bundes ausgeglichen werden. Die Haushalte der Versicherungen sollen aus dem Bundeshaushalt herausgelöst werden. Auf eine Forderung des AFL-CIO sind weder die Kommissionsmitglieder noch die Kongreßparteien bisher eingegangen: Die Kapitalisten sollen ihre Beiträge zu den Sozialversicherungen nicht nur für die Löhne zahlen, die unter der Bemessungsgrenze liegen, sondern für die gesamten Löhne und Gehälter. Von 1983 bis 1990 müßten die Kapitalisten dann zwischen 41 und 42 Mrd. Dollar mehr an die Rentenkassen einzahlen.

Quellenhinweis: Congressional Digest Aug. - Sept. 1981; Congressional Quarterly, Weekly Report, 9.10.82; AFL-CIO News, 20.11.82; M. Derrhick, Policymaking for Social Security, Washington 1980

Sozialhilfe

Stärkere Verarmung bei Jugendlichen, Ausländern

100 Mio. DM will die CDU/CSU-FDP-Regierung durch die Verschiebung der Sozialhilfeerhöhung vom 1.1. auf den 1.7.83 und durch die Kürzung der Erhöhung von 3 auf 2% aus den Sozialhilfeempfängern heraus schlagen. Zugute kommen soll der Haupt-



Insbesondere unter Ausländern hat die Zahl der Sozialhilfeempfänger zugenommen

teil dieser Gelder den Landkreisen und kreisfreien Städten, die die Leistungen auszahlen. Gekürzt wird vor allem im Bereich der laufenden Hilfen zum Lebensunterhalt. Zu erwarten sind weitere Kürzungen durch die Kreise.

Sozialhilfe wird gewährt, wenn „der einzelne seine Notlage aus eigenen Kräften und Mitteln nicht beheben kann.“ 1980 waren das immer 2,14 Mio. Sozialhilfeempfänger (1981 sind die Ausgaben für Sozialhilfe nochmals um 11,4% erhöht worden). Das sind mehr als doppelt so viele Sozialhilfeempfänger wie vor 20 Jahren, als 1,1 Mio. Lohnabhängige, deren Familienangehörige und Rentner auf Sozialhilfe angewiesen waren. Knapp ein Drittel der Sozialhilfeempfänger ist 60 Jahre und älter. Das sind 700000 Rentner, deren Rente unter dem Sozialhilfesatz lag, ein großer Teil davon Frauen, die Witwenrente bezogen – die CDU schreibt selbst in einer Propagandabroschüre, daß ca. 30% der Witwen eine Witwenrente unter 450 DM erhalten und daher auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Den stärksten Anstieg bei den Sozialhilfeempfängern aber weisen Jugendliche und junge Erwachsene auf. Bei den 21- bis 25jährigen waren 1970 erst 1% Sozialhilfeempfänger, 1980 waren es schon mehr als 3%. In der Gruppe der Heranwachsenden sieht es

ähnlich aus. Die andere Gruppe, bei der die Verarmung sprunghaft gestiegen ist, sind die Ausländer. Allein bei den männlichen Ein-Personen-Haushalten von Ausländern ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger um 74,5% gestiegen. Insgesamt sind 163000 Ausländer heute auf Sozialhilfe angewiesen, ein deutlich höherer Anteil als bei den westdeutschen Lohnabhängigen. Bisher versuchte die CDU die Tatsache, daß hauptsächlich ältere Frauen auf Sozialhilfe angewiesen waren, ideologisch dazu zu benutzen, die Anerkennung von Erziehungsjahren in der Alterssicherung zu propagieren, ohne deshalb im mindesten ihre Absicht der allgemeinen Senkung des Rentenniveaus aufzugeben. Bei der jüngsten Entwicklung der Zahl der Sozialhilfeempfänger, insbesondere unter Jugendlichen und Ausländern, tritt nun die allgemeine Senkung des Lebensstandards deutlich zutage. Die fortdauernde Krise, die Lohnsenkungen und die andauernde Arbeitslosigkeit haben die Zahl der Sozialhilfeempfänger in die Höhe getrieben; entweder läßt sich die Arbeitskraft überhaupt nicht mehr verkaufen oder aber zu solchen Lohnsätzen, daß der Lohn zum Lebensunterhalt hinten und vorne nicht reicht, nicht zur Bezahlung der Mieten usw. Auch die Krankenhilfen und hier insbesondere die Tuberkulosehilfen an Ausländer haben deutlich zugenommen.

Quellenhinweis: Wirtschaft und Statistik 4 82; CDU: Zum Thema Sozialpolitik – Neue Soziale Frage, hrsg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn

Vermögensbildungsgesetz Verbreitung des Interesses am Kapitalertrag

„Staatliche und tarifliche Vermögenspolitik haben bisher durchaus anerkanntswerte Erfolge erzielen können. Von den 10 Milliarden DM an Liquidität, die die Wirtschaft jährlich an vermögenswirksamen Leistungen erbringt, fließen aber nur 2% in Form von Beteiligungen am Produktivvermögen in die Unternehmen zurück“, klagt die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel. Mit einem im Juli 1982 im Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf zur „Förderung von Arbeitnehmerbeteiligungen am Produktivvermögen“ will sie Abhilfe schaffen. Inzwischen hat die CDU/FDP-Bundesregierung erklärt, daß sie diesen Gesetzentwurf zur Grundlage ihrer „vermögenspolitischen Initiative“ machen will.

Die bisher gezahlten Prämien für allgemeine Sparverträge (50% aller Anlagen nach dem 624-DM-Gesetz) sollen,

so der Entwurf Breuels, ganz gestrichen werden bzw. nach einem Vorschlag aus dem Bundesarbeitsministerium auf „junge Leute bis zum Alter von 30–35 Jahren“ beschränkt werden, „um diesem Personenkreis Ansparmöglichkeiten für höherrangige Anlageformen zu offerieren“. Die Prämien für Bausparverträge (28% der Anlagen) und für Kapitalversicherungsverträge (20% der Anlagen) werden von derzeit 23% auf 16% gekürzt. Laut einer Untersuchung der Sparkassen vom September 1979 waren 5,9 Mio. Arbeiter und Angestellte Prämienparer, das dürften ziemlich genau diejenigen sein, die nach Tarifverträgen „vermögenswirksame Leistungen“ beziehen. Vor allem die Lohnabhängigen mit geringen Einkommen werden diese Lohngelder weiterhin auf Sparkonten anlegen müssen, damit sie nach Ablauf der Sperrfrist für größere Anschaffungen zur Verfügung stehen. Dafür soll nach Absicht der CDU künftig nur noch eine Verzinsung unter der Inflationsrate gezahlt werden. Dagegen will die CDU mehr Möglichkeiten, einbehaltene Lohnbestandteile in Form von Aktien, stillen Beteiligungen, Geschäftsanteilen an GmbHs, Genussscheinen u.ä. anzulegen. Die Prämie hierfür soll 23% betragen.

Die CDU zielt mit ihrem Vermögensbildungsgesetz auf den Kreis von Lohnabhängigen, deren Einkommen die Bildung einer größeren Rücklage zuläßt, die nicht schon fest eingeplant ist. Die CDU spekuliert, durch eine Prämierung würde eine größere Zahl von Meistern, Ingenieuren und anderen besser bis gut verdienenden Lohnabhängigen Lohngelder ihren Kapitalisten überlassen und so das direkte Interesse an der Steigerung der Ausbeutung in diesen Kreisen wachsen.

Quellenhinweis: Bundesrat, Drucksache 239/82; Sparkasse 11/80



Breuel (CDU): „Durch die Gewinn- und Kapitalbeteiligung wird auch zur partnerschaftlichen Integration ... beigetragen.“

Abrüstungsverhandlungen

Ohne Vorteil für die BRD wird es keine Abrüstung geben

Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages hat sich vor zwei Wochen mit einem Vorschlag zu den stattfindenden Genfer Abrüstungsverhandlungen über die Begrenzung nuklearer Mittelstreckenraketen an die Mitgliedstaaten der NATO gewandt. Neben Vorschlägen für ein Einfrieren der Kernwaffenarsenale, Verbot der Neutronenwaffe, Verbot der Stationierung von Waffen jeglicher Art im Weltraum und Vorschlägen zu allgemeiner Abrüstung und Auflösung der bestehenden Militärbündnisse erklärten die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages: „Herzstück des Vertrages könnte die gegenseitige Verpflichtung der Teilnehmerstaaten beider Bündnisse sein, als erste gegeneinander weder Kernwaffen noch konventionelle Waffen und folglich nicht als erste militärische Gewalt überhaupt gegeneinander anzuwenden. Diese Verpflichtung würde sich auf die Territorien aller Teilnehmerstaaten des Vertrages sowie auf deren militärisches und ziviles Personal, auf Schiffe, Flugzeuge und Raumfahrzeuge sowie andere ihnen gehörende Objekte, wo sie sich immer befinden mögen, erstrecken.“

Bereits im Dezember, anlässlich des sechzigsten Gründungstages der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der denkwürdigen Oktoberrevolution, unterbreitete der Generalsekretär des ZK der KPdSU Andropow den Vorschlag, die sowjetischen Mittelstreckenraketen auf die Anzahl der seegestützten nuklearen Mittelstreckenraketen Frankreichs und Großbritannien zu reduzieren.

Bisher haben die sowjetischen Mittelstreckenraketen unter anderem bewirkt, daß für den Kriegsfall durch den Einsatz der Mittelstreckenraketen die Möglichkeit besteht, den amerikanischen Nachschub, der zur völligen Übermacht der NATO führen würde, zu unterbinden. Da sich der Einsatz der nuklearen Mittelstreckenraketen militärisch besonders auf See eignet, kann die Strategie der Sowjetunion darin bestehen, die amerikanischen Schiffe im Atlantik, d.h. vor den europäischen Küsten anzugreifen.

Dies war mit ein Grund vor allem für die bundesdeutsche Reaktion, seit 1977 die Propagandalüge der „Übermacht der Russen“ mit neuer „Energie“ zu betreiben, mit dem Ziel, eine Änderung der strategischen Lage herbeizuführen. Bekanntlich ging die Initiative

der Stationierung der Mittelstreckenraketen von Bundeskanzler Schmidt aus, der von den USA treffsichere Mittelstreckenraketen forderte, die weit in die Staaten des Warschauer Vertrages eindringen können. Nachdem die Sowjetunion Anfang letzten Jahres die NATO aufforderte, gegenseitig auf den atomaren Erstschlag zu verzichten, bekräftigten die westdeutschen Politiker der CDU/CSU Mertens und von der SPD Leber und Apel in der Öffentlichkeit dieses Recht ausdrücklich. Der NATO-Gipfel in Bonn bekräftigte diese Position in seiner „Bonner Erklärung“ erneut.

Verbunden war diese Strategie mit einer beständigen konventionellen Aufrüstung der NATO-Staaten, einem umfangreichen Ausbau der Luftbrücke von den USA zur BRD und dem Anlegen von großen Waffendepots (Host Nation Support), um einen konventionellen Krieg führen zu können. Der Anteil der Ausgaben für schweres Gerät an den Gesamtverteidigungsausgaben stieg in der BRD von 11,8% in den Jahren 1971 bis 1975 auf 17% in den Jahren 1981/82. Die USA entmotteten zur Zeit die alten schweren Schlachtschiffe aus dem 2. Weltkrieg, die zuletzt beim Vietnam-Krieg eingesetzt wurden. Bereits zwei von diesen „unzerstörbaren 60000 Tonnen Stahlriesen“ hat die USA mit Marschflugkörpern aufgerüstet und jetzt in Dienst genommen – drei weitere sollen folgen. Die USA haben ihr Programm zum Bau weiterer Flugzeugträger beschleunigt, um sie vorfristig in Betrieb zu nehmen.

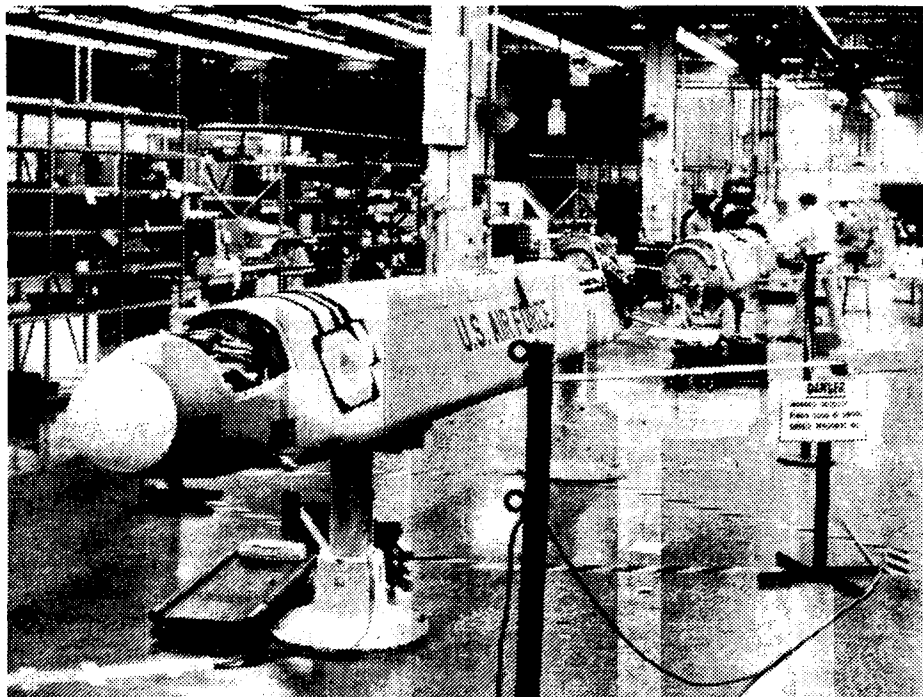
Der NATO-Doppelbeschluß diente dazu, den Staaten des Warschauer Vertrages ein Ultimatum für 1983 zu stellen. Entweder Zugeständnisse oder Stationierung! Diese Tatsache hat auch die öffentliche Meinung in den letzten Monaten stark beschäftigt. Mit den Vorschläge eines gegenseitigen Gewaltverzichts sind die NATO-Staaten bei ihren Kriegsvorbereitungen in der öffentlichen Meinung „kalt“ erwisch worden. Die „FAZ“, reaktionäres Sprachrohr der Kapitalisten, klagt: „Die sowjetische Friedensoffensive wird viele offene Ohren finden.“

Vor allem die Politiker von CDU, CSU und FDP versuchen in der öffentlichen Diskussion, den Gewaltverzicht mit Hinweisen auf die „Glaubwürdigkeit“ der Sowjetunion abzulehnen. Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Todenhöfer erklärte im „Deutschland-

Union-Dienst“: „Sie (die CDU/CSU, d. Red.) fordert die Sowjetunion auf, endlich ihr Taktieren in der Frage der atomaren Mittelstreckenraketen aufzugeben und im Interesse des Friedens nicht nur einige, sondern alle SS-20-Atomraketen abzurüsten. Die Sowjetunion kann schon morgen den Verzicht auf die Nachrüstung erreichen, wenn sie heute ihre SS-20 verschrotet.“ Und eine weitere Bedingung: „Die Sowjetunion könnte daher einen wichtigen Beitrag zur Glaubwürdigkeit ihres Gewaltverzichtsangebotes machen, wenn sie als ersten Schritt hierzu den Krieg in Afghanistan beenden würde.“

Diese Bedingungen für ein Gewaltverzichtsabkommen sind unverfroren,

steht, kann der Westen gerade dieses Versprechen nicht abgeben: Er muß bei der Drohung bleiben, bei konventioneller Unterlegenheit im Kriegsfall sich mit Atomwaffen zu wehren.“ Die angesprochene „Unterlegenheit“ ist demagogisch und als Argument nicht haltbar. Denn der Truppenvergleich zwischen NATO-Truppen in Europa mit den in Europa stationierten Truppen des Warschauer Vertrages ist unzutreffend. Mit diesem Trick werden wohl die meisten sowjetischen Truppen, die vor allem im europäischen Gebiet stationiert sind, berücksichtigt, aber nicht die Luftlandetruppen der USA, die im „Spannungsfall“ in wenigen Stunden in die BRD eingeflogen werden.



Die Fertigung der Marschflugkörper läuft auf vollen Hochtouren

dreist und expansionistisch. Den Vorschlag eines Gewaltverzichtsabkommen könnte die BRD schlecht unterbreiten. Im Gegensatz zu den Staaten des Warschauer Vertrages erhebt die BRD mit Unterstützung der NATO territoriale Ansprüche gegenüber den Staaten des Warschauer Vertrages, die sie in der Verfassung als *unabänderliche* Ziele mit Verfassungsrang festgeschrieben hat. Damit hat sich's auf jeden Fall mit der Glaubwürdigkeit bei der BRD!

Nachdem die Sowjetunion sich bereits vor Monaten einseitig bereit erklärte, „nicht als erster Kernwaffen einzusetzen“, wird dies in dem Vorschlag der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages von allen „Kernwaffenmächten“ verlangt. Dies lehnt der Kommentator der „FAZ“ Robert Held entschieden ab: „Doch solange die enorme Überlegenheit der Sowjetunion auf konventionellem Gebiet be-

Der Vorschlag des Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages geht noch einen Schritt weiter: „Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages treten seit langem dafür ein, die beiden Bündnisse – und als ersten Schritt ihre militärischen Organisationen – aufzulösen. Dieser Vorschlag bleibt in Kraft, und sie sind bereit, mit den Mitgliedsstaaten der NATO Verhandlungen aufzunehmen, um ein entsprechendes Abkommen – beginnend mit den Fragen der gegenseitigen Reduzierung militärischer Aktivitäten – abzuschließen.“ Dieser Vorschlag besteht seit 1955: Der Warschauer Vertrag wurde nach der Gründung der NATO gebildet und sieht in seinem Vertragstext, anders als die NATO, seine Auflösung vor, wenn die Staaten des Nordatlantik-Vertrages die Auflösung ihres Bündnisses zusichern. In der öffentlichen Meinung wurde jetzt der Vorschlag der Staaten

des Warschauer Vertrages heruntergespielt, und die „FAZ“ heuchelt über Friedfertigkeit bei der NATO: „Und schon gar nicht wird gesehen, daß die NATO sozusagen in ihrer Verfassung schon einseitig auf Nichtangriff angelegt ist.“

Die reaktionären Kräfte bangen in der öffentlichen Diskussion über die Abrüstung vor allem um die Mobilisierungsfähigkeit der Bundeswehr. „Besondere europäische und deutsche Interessen“ werden deshalb für die Stationierung der nuklearen Mittelstreckenraketen angeführt. Nachdem in der Zeitschrift „Europäische Wehrkunde“ im September 1980 die Notwendigkeit einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft wieder erörtert wurde, schlugen zwischenzeitlich „Die Welt“ und jetzt die FAZ mit einem Kommentar am 11. Januar in die gleiche Kerbe: „Sicherheit gegenüber der Sowjetunion könnten sich die Westeuropäer selbst schaffen – das Potential dafür hätten sie. Doch sie haben es versäumt. Der einzig ernsthafte Versuch dahin war das Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Es scheiterte 1954 am französischen Parlament.“ Ob den reaktionären Kräften unter der Losung „Ein freies Europa braucht auch eine Armee“ eine reaktionäre Sammlungsbewegung gelingt, ist nicht auszuschließen.

Die BRD-Imperialisten sind auf jeden Fall dagegen, die britischen und französischen Nuklearstreitkräfte in die Rüstungs-Kontroll-Verhandlungen mit einzubeziehen. Sie sollen strategische Atomwaffen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft werden. Dies wäre aber kein „Kompromiß“ für die Abrüstungsverhandlungen, sondern ein weiterer Ausbau des westlichen Militärbündnisses.

Quellenhinweis: FAZ, div. Ausgaben Januar 1983; NATO-Briefe 1/82; Deutschland-Union-Dienst v. 6.1.83; Dokumente der Presseagentur Nowosti vom 3.1. und 6.1.83

Libanon USA will Friedensvertrag erzwingen

Ohne konkretes Ergebnis sind bislang die Verhandlungen zwischen der libanesischen Regierung auf der einen, den US-Unterhändlern und den Zionisten auf der anderen Seite verlaufen. Die libanesischen Regierung hatte vor Beginn der Verhandlungen die Forderungen veröffentlicht, die für sie unabdingbar für einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen sind. Sie verlangt: Abzug aller fremden Truppen, territoriale Integrität des Libanon und gestärkte Rechte der libanesischen Regierung



Die US-Truppen trainieren die libanesische Armee, damit sie ihrem Auftrag zur Verfolgung und Unterdrückung der fortschrittlichen Organisationen der Libanesen und der Palästinenser gerecht werden kann.

über das gesamte Territorium, mehr multinationale Friedenstruppen und längere Stationierungszeit dieser Truppen und einen Abzug der anderen fremden Truppen in zwei Phasen, der vor dem 15. Februar abgeschlossen sein sollte. Sowohl der US-Unterhändler wie auch die zionistische Regierung haben sich bis jetzt Verhandlungen über diese Punkte widersetzt, die israelische Regierung verlangt, daß noch vor einem Abzug ihrer Besatzungstruppen die Verhandlungen über die „Normalisierung“ der Beziehungen beider Staaten geführt werden sollen.

Die US-Imperialisten haben die libanesischen Forderungen in den Verhandlungen bislang nicht unterstützt. Sie wollen den Libanon vollständig unter ihre Kontrolle bringen, sich neben Israel und der Türkei eine weitere Bastion der Imperialisten im Nahen Osten verschaffen. Darum zögern sie die Aufstockung ihrer Truppen solange heraus. Ohne die Aufstockung der imperialistischen Truppen werden die israelischen Truppen auf keinen Fall abziehen. Ohne Zugeständnisse der libanesischen Regierung an Israel aber, den Zionisten den Südlibanon in Form einer „Sicherheitszone“ zu überlassen, werden die imperialistischen Truppen nicht aufgestockt. Auf keinen Fall sollen diese Truppen in langwierige Auseinandersetzungen mit den palästinensischen und libanesischen Guerrillaeinheiten verstrickt werden. Diese Arbeit sollen die israelische Armee im Süden und die libanesische Armee im nördlichen und östlichen Libanon übernehmen, wenn die imperialistischen Mächte ihren Standpunkt durchsetzen können. Unter solchen Bedingungen ist auch die ehemalige Kolonialmacht über Palästina, Großbritannien, bereit, mit ihren Soldaten die US-amerikanischen, französischen und italienischen Truppen zu verstärken.

Die libanesische Regierung kann sich mit ihrer Forderung nach sofortigem Abzug aller fremden Truppen, vor allem der israelischen Besatzungstruppen, bislang auf die Kampftätigkeit der vereinigten Streitkräfte der palästinensischen und libanesischen Organisationen stützen. Ohne deren dauernde Angriffe auf die zionistischen Besatzungstruppen wären die Zionisten kaum überhaupt zu Verhandlungen bereit. Die „FAZ“ sorgt sich inzwischen, ob man nicht von einem „Pyrrhus-Sieg“ der Zionisten sprechen müsse angesichts der weiter geführten militärischen Auseinandersetzung, die für die Israelis täglich Verluste an Material und Menschen fordert. Arafat hat eine Verstärkung der militärischen Anstrengungen der PLO angekündigt.

Quellenhinweis: Xinhua News Agency, 23.12.82 – 5.1.83; FAZ v. 8.1.83

Heiliger Stuhl Die frommen Werke des Erzbischofs Marcinkus

War der Hl. Stuhl an einem betrügerischen Bankrott, windigen Kreditgeschäften, illegalem Waffenhandel, womöglich gar der Finanzierung reaktionärer Putschpläne in Italien beteiligt? Nach monatelangem Mauern hat sich der Vatikan jetzt bereit erklärt, in einer gemischten Kommission mit dem italienischen Staat die Beziehungen zwischen der Vatikanbank IOR (Institut für die frommen Werke) und der Banco Ambrosiano des Bankrotteurs Calvi aufzuklären.

Vor ihrem Bankrott im Juni 1982 gehörte die Banco Ambrosiano zu den größten Privatbanken Italiens. Ambrosiano-Chef Calvi hatte in den 70er Jahren eine Reihe von Auslandsniederlassungen, meist in Steuerparadiesen

wie den Bahamas, und eine Unzahl Briefkastenfirmen vor allem in Panama gegründet. Die Niederlassungen gaben Kredite in Milliardenhöhe an diese Scheinfirmen. Von dort ist das Geld auf meist ungeklärten Wegen verschwunden. Fest steht, daß ein Teil bei jener Verschwörung gegen die parlamentarische Republik gelandet ist, zu der sich Bourgeois, Politiker, hohe Beamte und Offiziere in der geheimen Freimaurerloge „P2“ zusammengetan hatten. Weitere Hinweise deuten auf internationale Waffengeschäfte.

Die Tochterbanken finanzierten ihre Kredite zum Teil durch Verschuldung bei der Mailänder Mutterbank (zuletzt 743 Mio. Dollar), zum Teil auf dem Eurodollarmarkt (788 Mio. Dollar). Als die Bank in den Strudel des Zusammenbruchs ihrer Auslandstöchter gerissen wurde, verschwand Calvi aus Italien und wurde zwei Wochen später erhängt unter einer Londoner Brücke aufgefunden.

Das IOR und sein Chef, Erzbischof Marcinkus, waren an den kriminellen Geschäften Calvis auf vielfache Weise beteiligt. Einige Beispiele:

- Obwohl dem IOR offiziell nur 1,8% der Ambrosiano-Aktien gehörten, kontrollierte es auf Umwegen 15 bis 16% des Aktienkapitals und war damit Hauptaktionär. Das jedenfalls hat der frühere Calvi-Vize ausgesagt.

- Das IOR kontrollierte mehrheitlich zwei Ambrosiano-Auslandstöchter und darüber weitere acht Firmen. Angeblich hat das der Vatikan wegen der komplizierten Verschachtelung erst im Juli 1981 gemerkt, nachdem ihn der italienische Schatzminister schon Monate vorher vergeblich aufgefordert hatte, sich von Calvi zu trennen. Der Minister wollte Calvi damit zwingen, bei der Suche nach neuen Partnern seine Geschäfte offenzulegen.

- Um weitere Kredite zu beschaffen, ließ sich Calvi im September 1981 von Marcinkus „Patronagebriefe“ über fast 1,2 Mrd. Dollar ausstellen. Die Briefe erweckten bei Gläubigerbanken den Eindruck, das Geld fließe letztlich an IOR-Firmen und der Vatikan werde für die Schulden gerade stehen. Gleichzeitig ließ sich Marcinkus in einem Schreiben Calvis von jeder finanziellen Verpflichtung des IOR entbinden. Der betrügerische Inhalt der „Patronagebriefe“ war somit von Anfang an klar.

Bisher hat der Hl. Stuhl jede Haftung für die Milliardenverluste der Banco Ambrosiano abgelehnt. Im Kommuniqué der Kardinäleversammlung vom November heißt es, das IOR sei in ein „dunkles Projekt“ verstrickt worden. Sollte der Vatikan wirklich nicht gewußt haben, wozu die Milliardenengeschäfte dienten, bei denen das IOR Calvis wichtigster Partner war?

Quellenhinweis: l'Unità, Okt. 1982 bis Jan. 1983

Zwei Jahre nach dem Militärputsch können die Arbeiterfamilien ohne Frauen- und Kinderarbeit nicht mehr überleben

Gleich drei Erfolge kurz hintereinander konnten die westdeutschen Kapitalisten in den letzten Wochen aus der Türkei melden. Ende Oktober hatte die türkische Zeitung Tercüman berichtet, „daß Mercedes und weitere 30 deutsche Firmen in der Türkei eine Fabrik im Werte von 350 Millionen DM errichten werden ... Wie wir erfahren haben, wird sich am Bau der Fabrik für Mercedes-Autos in Aksaray auch die türkische Autofirma Otomarsan (an der Daimler-Benz mit 36% beteiligt ist, d. Red.) beteiligen. Die Fabrik wird spätestens in zwei Jahren die Produktion aufnehmen und nach entsprechenden Erweiterungen 8 – 10000 Arbeiter beschäftigen.“ Am 5. Januar meldete die FAZ, die türkische Regierung habe den Bau des Werks nun endlich „nach zehnjährigen Verhandlungen“ genehmigt. Die Daimler-Benz-Kapitalisten werden mit diesem neuen Werk eine Monopolstellung beim LKW-Bau in der Türkei gewinnen, direkt vor den Toren der arabischen Absatzmärkte. Zudem steigen die Direktinvestitionen der BRD-Kapitalisten durch dieses Werk mit einem Schlag auf 500 Mio. DM, das Dreifache ihres bisherigen Fabrikreichtums in der Türkei. Die Zahl der Arbeiter, die westdeutsche Kapitalisten künftig in der Türkei zu einem Zehntel des westdeutschen Lohnstandards ausbeuten werden, verdoppelt sich ebenfalls mit einem Schlag auf 20000.

Erfolg Nummer zwei: Am 7.12. führte eine Delegation der „Vereinigung zur Koordinierung des ausländischen Kapitals“ (YASED), des Dachverbandes der in der Türkei vertretenen ausländischen Kapitalisten, eine Unterredung mit dem türkischen Ministerpräsidenten Uluşu. Thema des Gesprächs, an dem von Seiten der YASED u.a. das Siemens-Vorstandsmitglied in der Türkei, Hornfeld, teilnahm: ein neuer Gesetzentwurf für ausländische Kapitalanlagen in der Türkei, den die YASED ausgearbeitet hat und der den Imperialisten künftig freie Hand bei ihren Kapitalanlagen sichern soll. Das Generalkonsulat der BRD in Istanbul berichtete am nächsten Tag dem Bonner Auswärtigen Amt: „Ministerpräsident Uluşu verhielt sich bei dieser Besprechung außerordentlich entgegenkommend und konzessionsbereit. Er erklärte ausdrücklich, daß er sich dafür einsetzen werde, den Gesetzentwurf der YASED durchzusetzen und daß er dankbar dafür sei, daß man seiner Administration diese gesetzgeberische Arbeit abgenommen habe.“

Erfolg Nummer drei: Am 30.12. meldete die türkische Zeitung Milliyet, daß die von der Junta eingesetzte „Beratende Versammlung“ ihre Beratungen über ein Gesetz zur Errichtung von Freizonen in der Türkei beschleunigen werde. Grund: die positiven Ein- drücke, die Juntachef General Evren

während seines gerade beendeten Besuchs in Süd-Korea von diesen Freizonen gewonnen habe. Tatsächlich sind diese Freizonen, die außer in Süd-Korea in Ländern wie Taiwan, Hongkong, Singapur und den Philippinen bestehen, wahre Freibeuterzonen für die Imperialisten. Sie genießen in diesen Zonen völlige Freiheit bei der Anlage von Kapital und bei der Rückführung ihrer Profite. Zölle und Steuern sind weitgehend aufgehoben, jede gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiter wird brutal unterdrückt.

Kein Wunder, daß die Imperialisten angesichts solcher Erfolge in ihrer Presse der Militärjunta eine „erfolgreiche Arbeit“ bescheinigen. Tatsächlich hat die Militärjunta in den zwei Jahren ihrer Regierungstätigkeit nicht nur das Land für Kapitalanlagen weit geöffnet. Vor allem hat sie die Arbeiter und Bauern des Landes in einem Ausmaß ins Elend getrieben wie noch keine türkische Regierung zuvor. Die „wirtschaftliche Sanierung“ der Türkei, das bedeutete für die Arbeiter und Bauern, binnen zwei Jahren auf einen Lebensstandard hinabgedrückt zu werden, der nur noch mit dem Elendsstandard südafrikanischer Wanderarbeiter zu vergleichen ist. Für viele von ihnen ist nicht einmal mehr die roheste physische Reproduktion ihrer Arbeitskraft möglich.

Wir haben im folgenden die Lohnangaben der türkischen Sozialversicherung nach dem vom Statistischen Bundesamt angegebenen „Kaufkraftkurs“ der türkischen Lira in DM umgerechnet, so daß man die türkischen Löhne einigermaßen mit den westdeutschen vergleichen kann.



Ausbeutung türkischer Frauen bei Siemens/Westberlin (rechts) – türkische Frauen bei Bauarbeiten in der Türkei (links). Für die Imperialisten ist die Frauenarbeit in der Türkei ein zusätzlicher Anreiz zur Kapitalanlage – zumal sie nur 1 – 2 DM Stundenlohn zahlen müssen

Jahr	Tagesbruttolohn eines Arbeiters (Durchschnitt)
1972	15,26 DM
1973	17,51 DM
1974	20,37 DM
1975	22,72 DM
1976	27,50 DM
1977	21,29 DM
1978	20,73 DM
1979	19,57 DM
1980	13,83 DM
1981	13,98 DM
1982	11,96 DM

Quelle: Statistical Yearbook of Turkey, 1979; Statistical Handbook of Turkey, 1982; Statistisches Jahrbuch der BRD, 1982.

Das Ergebnis zeigt, wie weit die Imperialisten zu gehen bereit sind, wenn

Über den Kampf der Bergarbeiter von Yeni Celtek und den Aufbau ihrer Gewerkschaft

Vor dem Kriegsgericht der Dritten Armee in Erzincan in Ostanatolien wird von der Militärjunta in der Türkei ein Massenprozeß vorbereitet, den die Staatsanwaltschaft „Yeni Celtek und THKP/C Devrimci Yol“ nennt. Bei diesem Prozeß sind von den 666 Angeklagten 468 Arbeiter des Bergwerkes von Yeni Celtek. Die Arbeiter sind u.a. wegen folgendem Punkt angeklagt: „... 3. Mit dem Ziel der Veränderung oder des Umsturzes oder der gewaltsamen Abschaffung der Verfassung der Türkischen Republik, eine ideologische Besetzung des Braunkohle-Betriebs Yeni Celtek durchzuführen, die Produktionsstätten und die Produktionsmittel im Namen der Organisation zu beschlagnahmen und im Namen der Organisation zu betreiben, und Grund für die Schließung des Betriebes darzustellen.“

Tatsächlich haben die Arbeiter von Yeni Celtek in ihrer Braunkohlenmine eine Gewerkschaft gegründet, die ihre Interessen durchgesetzt hat, die Yeralti Maden-Is (DISK). Bis 1975 waren die damals ca. 110000 türkischen Bergarbeiter in der Gewerkschaft Cevher-Is organisiert. Cevher-Is gehört der Föderation von Türk-Is an, von der die türkischen Kapitalisten 1977 sagten, daß sie „vergleichsweise maßvoll in ihrer Philosophie und ihrer Haltung gegenüber ökonomischen und sozialen Problemen“ sei, was eine schönfärberische Umschreibung ihrer wirklichen Machen-

schaften war, die darin bestanden, daß sie mit den Unternehmern und faschistischen Kreisen zusammenarbeiteten.

Die Kohlevorkommen sind neben der Wasserkraft die größten bekannten Energiepotentiale der Türkei. Steinkohle und Braunkohle werden gefördert. Die Steinkohle wird vor allem in der Eisen- und Stahlindustrie und für Vergasung verwendet, die Braunkohle zu Heizzwecken in Industrie und Haushalten. Sie dient aber zunehmend der Stromversorgung, 1979 betrug der Anteil schon 28%. Die Kohlegruben werden hauptsächlich von der staatlichen Kohlebehörde TKI betrieben, auch bei der Braunkohle ist der Staat mit einem Anteil von 70% der größte Produzent.



Die Arbeiter der Braunkohlemine von Yeni Celtek im Streik

Yeni Celtek ist eine kleine Stadt im Norden der Türkei in der Region Amasya, in der sich eine Braunkohlemine mit dem selben Namen befindet. Die Mine mit den 980 Arbeitern ist der größte Betrieb in der Region, die Mehrzahl der Bevölkerung, die in den kleinen Dörfern wohnt, arbeiten in der Landwirtschaft und sind Kleinbauern. Die Löhne in der Mine waren so niedrig, daß die Arbeiter kaum ihre Familien ernähren konnten. Nur, wer 30 Jahre im Betrieb gearbeitet hatte, bekam bei Erreichen des Rentenalters eine einmalige Summe vom Unternehmen und eine regelmäßige Zuwendung durch den Staat. Wer vor dem Rentenalter entlassen wurde, bekam nichts und mußte sich so durchschlagen. Die Arbeitsbedingungen in der Mine waren sehr schlecht. Obwohl gesetzlich festgelegt war, daß der Anteil an giftigen Gasen im Stollen regelmäßig gemessen werden sollte, wurde das nicht gemacht

es gilt, ihre Tributforderungen an ein bei ihnen hochverschuldetes Land gegen die Arbeiter und Bauern dieses Landes mit den Mitteln einer von ihnen an die Macht gebrachten Militärjunta zu vollstrecken.

Noch deutlicher wird die Entwicklung der Lage der Arbeiter seit dem Putsch, wenn man den gesetzlichen Mindestlohn heranzieht. Nur etwa 30% der Arbeiter in der Türkei sind sozialversichert, insbesondere die Arbeiter in den großen Betrieben und im öffentlichen Dienst. Der Rest hat keinerlei Versicherungsschutz und verdient in der Regel nur den gesetzlichen Mindestlohn. Dieser aber beträgt heute gerade 10000 TL brutto im Monat, das sind umgerechnet 180 DM oder, bei 26 Arbeitstagen im Monat, 6,90 DM pro Tag. Selbst nach den Angaben des von der Junta noch zugelassenen Gewerkschaftsbundes Türk-Is ist das real weniger, als diese Arbeiter noch 1963 nach dem damaligen Mindestlohn gezahlt bekamen. 1,2 Mio. Arbeiter wer-

den nach Angaben der Junta heute in der Türkei zu diesen Elendslöhnen ausgebeutet. Zum Vergleich: um täglich 3500 kcal Nahrung zu sich zu nehmen und sich mit der nötigsten Kleidung versorgen zu können, brauchte ein Arbeiter im November 1982 *netto* 19500 TL. Die Mindestausgaben einer Arbeiterfamilie mit zwei Kindern beliefen sich entsprechend auf 50000 TL. Das entsprach ziemlich genau dem Dreifachen dessen, was ein Arbeiter zu diesem Zeitpunkt durchschnittlich verdiente.

Die Folgen dieses brutalen Niederreißens des Lohnstandards entfallen sich inzwischen in ihrer ganzen Pracht. Konnte vor wenigen Jahren ein Arbeiter noch mit ständigen Überstunden und regelmäßiger Nacharbeit seiner Familie wenigstens ein kümmerliches Auskommen ermöglichen, so ist dies jetzt völlig ausgeschlossen. Ohne Frauen- und Kinderarbeit müssen die Arbeiterfamilien hungern. Folglich nehmen Frauen- und Kinderarbeit weiter

zu. Die Säuglingssterblichkeit, in der Türkei schon vor Jahren fast siebenmal so hoch wie in der BRD und mit 15,3% eine der höchsten in der Welt, steigt. Fast jedes zweite Kind stirbt, bevor es das vierte Lebensjahr erreicht hat, an Hunger, Unterernährung oder Krankheit. Tausende von Arbeiterfamilien in den Städten nähern sich damit einem Elendsstandard, wie er bisher nur in den kurdischen Hungergebieten der Türkei anzutreffen war.

Diese physische, gesundheitliche Schwächung der Arbeiterbevölkerung hindert die Kapitalisten freilich nicht, in ihren Betrieben weiterhin Höchstleistungen zu verlangen. Die Zahl der Betriebsunfälle, der Verstümmelungen der Arbeiter und der tödlichen Unfälle, steigt rapide. Schon 1981 meldete die staatliche Unfallversicherung jede vierte Stunde einen tödlichen Arbeitsunfall. Die vielen kleinen und Kleinstbetriebe sind darin noch gar nicht erfaßt.

und Todesfälle durch giftige Gase waren nicht selten. 70% der Arbeiter litten an Staublunge und viele starben an Silikose.

1975 hatte die Unzufriedenheit der Minenarbeiter von Yeni Celtek ihren Höhepunkt erreicht. Die Cevher-Is wollte nichts gegen die Zustände unternehmen, so gründete ein Teil der Minenarbeiter die neue Gewerkschaft Yeralti Maden-Is, in die bald die Mehrheit der Arbeiter der Mine eintrat. Die Direktion erkannte die Yeralti Maden-Is nicht an.

Bei den nächsten Tarifverhandlungen Anfang 1976 mußte die Minendirektion die Gewerkschaft anerkennen und die Yeralti Maden-Is konnte nach 23tägigem Streik die Lohnforderung der Arbeiter durchsetzen. Nach diesem Erfolg verließen auch die restlichen Arbeiter die Cevher-Is und schlossen sich der Yeralti Maden-Is an. Der erfolgreiche Streik der Minenarbeiter hatte in der Region zur Folge, daß unter den Kleinbauern landwirtschaftliche Kooperativen gegründet wurden, die Arbeiter der Zuckerfabrik und die Mühlenarbeiter begannen, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Und die Arbeiter aus den kleinen Gruben in der Gegend schlossen sich Yeralti Maden-Is an. In den anderen großen Bergwerken, auch in den Erzbergwerken bauten die Arbeiter Sektionen der neuen Gewerkschaft auf.

Der Streik, den die Arbeiter von Yeni Celtek 1978 durchführten, war noch härter als der von 1976. Die Betriebsleitung versuchte mit allen Mitteln, die Gewerkschaft in eine Niederlage zu

zwingen. Nach zweimonatigem Streik konnten die Arbeiter durchsetzen, daß die Abfertigung und Rente nicht erst nach 30 Jahren Betriebszugehörigkeit ausgezahlt wurde, außerdem wurde die Abfertigungssumme um 50% erhöht. Weiter mußte die Geschäftsleitung eine Herabsetzung des Verrentungsalters der Untertagearbeiter zugestehen. Die Direktion mußte jedem Arbeiter pro Jahr drei Tonnen Kohle kostenlos liefern und der 1. Mai mußte als Feiertag der Arbeiter anerkannt werden, was in den anderen Regionen der Türkei noch nicht durchgesetzt war.

Nicht umsonst ist der Militärputsch in der Türkei von den Imperialisten und den reaktionären türkischen Bourgeois 1980 durchgeführt worden. Mit 7,7 Mio. Streiktagen führte die Arbeiterbewegung 1980 die meisten Streiks seit mindestens 20 Jahren durch. Die Kapitalisten und faschistischen Kräfte mußten eine Wende durchsetzen, um die Macht in den Händen zu behalten und die Imperialisten wollten das IWF-Programm endlich durchsetzen und ihren NATO-Stützpunkt besser in den Griff bekommen. Der Kampf der Bergarbeiter von Yeni Celtek macht das deutlich. Anfang 1980 war der vorgesehene Termin für das dritte Tarifabkommen. Die Arbeiter hatten Forderungen vorbereitet, die von der Direktion nicht akzeptiert wurden. Eine Schlichtungskommission wurde eingesetzt und fast wäre es zu einem positiven Abschluß für die Arbeiter gekommen. Da verließen die Vertreter der Geschäftsleitung den Verhandlungssaal und brachen das Gespräch ab. Als die Arbeiter daraufhin den Streik ausriefen, was nach türkischem Recht le-

gal war, ordnete die Direktion die Schließung der Mine an. Anfang Mai besetzten die Arbeiter das Bergwerk, führten Unterhaltungsarbeiten durch, damit die Stollen nicht verroteten und bauten die Kohle in eigener Regie ab. Bis Juni konnten sie das durchhalten, dann wurde nicht mehr weiterproduziert, weil die Regierung die Kohlelieferungen mit Gewalt unterband. Aber der Streik wurde fortgeführt bis am Abend des 11. September 1980 Panzer um die Grube Aufstellung nahmen. Am Morgen des 12. September wurden Massenverhaftungen durch die faschistischen Truppen vorgenommen.

Quellenhinweise: Die Arbeiter von Yeni Celtek, Arbeitsgemeinschaft Türkei/Flüchtlinge, c/o Longo Mai, Postfach, CH-4002 Basel; Material der Türkei-Informationsstelle zum Prozeß, Ebertplatz 17, 5000 Köln 1, vom 14.10.82; Türkei, Energiewirtschaft 1980, Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Dezember 1981



„Wir produzieren Kohle in Selbstverwaltung“ und „Faschismus heißt Armut, ständige Teuerung, Arbeitslosigkeit, Unterdrückung und Folter“

Wird ein Arbeiter entlassen und arbeitslos, so wird seine Lage noch hoffnungsloser. Denn die Kapitalisten haben bis heute jeden Aufbau einer Arbeitslosenversicherung verhindert. Vor dem Putsch hatten die Gewerkschaften deshalb die Kapitalisten in vielen Tarifverträgen zu hohen Entlassungsgeldern verpflichtet. Diese Entlassungsgelder hat die Junta gleich nach ihrem Antritt beschnitten. Sie verfügte, daß die Entlassungsgelder den 7,5fachen gesetzlichen Mindestlohn nicht überschreiten dürfen. Bei den geltenden Mindestlöhnen bedeutet das, daß den Familien entlassener Arbeiter binnen zwei Monaten das Geld ausgeht, wenn die Arbeiter nicht einen neuen Ausbeuter gefunden haben – bei einer Arbeitslosenrate von offiziell 18,2% ein reichlich schwieriges Unterfangen.

Zudem strömen täglich neue von ihrem Land vertriebene, enteignete oder einfach hoffnungslos verelendete Bauernfamilien in die Städte und vermehren dort das Heer der Arbeitsuchen-

den. 1981 hat die Junta die Steuern, die die Bauern zahlen müssen, um 50 Mrd. TL erhöht – das sind umgerechnet 1,6 Mrd. DM. Für viele Bauern bedeutete diese Steuererhöhung eine Einkommensminderung von 10% und mehr. Die von der Junta nicht mehr subventionierten Düngemittelpreise und die ebenfalls auf Forderung der Imperialisten gesenkten Aufkaufpreise für ihre Produkte haben ihre Lage weiter verschlechtert, sofern nicht schon ihre Grundherren unter dem Schutz der Junta die Pacht in unerträgliche Höhen geschraubt hatten. Schon 1981 kündigte die Junta zudem an, sie werde eine „Landreform“ einleiten, durch die „auch auf Wirtschaftlichkeitsüberlegungen abgestellte Mindestgrenzen für Landbesitz festgelegt“ und durchgesetzt werden sollten. Folglich werden vor allem die kleinen und zum großen Teil schon als landlose Pächter wirtschaftenden Bauern endgültig von ihrem Land vertrieben. Wenn sie nicht schon vorher vor dem Hunger in die

Städte geflohen sind – allein in Ostanatolien sterben jährlich 4000 Menschen am Hunger – oder von der Junta im Zuge der „Terroristenbekämpfung“ mit Gewalt aus ihren Dörfern verjagt wurden. 1982 meldete das staatliche Planungsamt, daß sich die Zahl der in den städtischen Elendsvierteln, den „gecekondu“, hausenden Armen weiter erhöht habe. In Ankara machen diese Bewohner der Elendsviertel inzwischen 73% der Stadtbevölkerung aus, in Izmir 42%, in Istanbul 51%. Insgesamt 23,8% der Bevölkerung der Türkei leben heute nach offiziellen Angaben in diesen Elendsvierteln im Umkreis der großen Städte.

Währenddessen melden die Kapitalisten, insbesondere die großen Ausbeuter und unter diesen insbesondere die Niederlassungen der Imperialisten, sprudelnde Gewinne. Allein in den ersten sieben Monaten des vergangenen Jahres erhöhten sie ihr Betriebskapital um 190 Mrd. TL, das sind etwa 3,4 Mrd. DM. Auch wenn diese Zahlen

Lehrer sollen in den faschistischen Spitzelapparat gepreßt werden

Mit dem „Gesetz über das Hochschulstudium“ vom 4.11. 1981 verpflichtete die Junta die Hochschullehrer auf die herrschende Ideologie: „Ziel des Hochschulstudiums ist es, die Studenten in Verbundenheit zu Reformen, Prinzipien und dem Nationalismus Atatürks, versehen mit den nationalen, moralischen, seelischen und kulturellen Werten der türkischen Nation ... auszubilden.“ Der Staatspräsident erhielt das Recht, den Vorsitzenden des Hochschulrats und alle Rektoren einzusetzen. Im August 1982 erließ der Hochschulrat ein weiteres Gesetz zur Knebelung der Hochschullehrer. Sie dürfen „außer bei wissenschaftlichen Diskussionen ... keine Verlautbarungen oder Erklärungen an die Nachrichtenagenturen, Radio- oder Fernsehgesellschaften geben“.

Die Personalpolitik der Junta zielt auf die völlige Unterwerfung der Hochschulen unter die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals. Ende Dezember kritisierte das Staatliche Planungsamt, die Universitäten sollten sich mehr mit Forschung und nicht mit theoretischer Arbeit befassen. Zahlreiche Hilfsdozenten, Forschungsbeauftragte und Assistenten sind entlassen worden. An ihre Stelle rücken Mitglieder und Unterstützer der faschistischen MHP. Der Dekan der medizinischen Fakultät der Universität Ankara hat als Vorsitzender des Verwaltungsrats der „Middle East University“ 300 Aktivisten der MHP als Arbeiter eingestellt und diese Truppe gegen die Linken eingesetzt, um diese Universität zu einem Hort der Faschisten zu machen.

Schon vor Verabschiedung der neuen Verfassung ergingen Beschlüsse über das Vereinswesen, die die Rechte der Schüler und Studenten einengen. Schüler der weiterbildenden Schulen dürfen keinem Verein außer dem Schulverein beitreten. Studenten können seit der Gleichschaltung der Universitäten im Mai 1982 nur einen Studentenverein an der Hochschule bilden.

Mit dem Verbot und der Verfolgung der Lehrervereinigung TÖB-DER (Verein für den Zusammenschluß und die Solidarität aller Lehrer), die 1973 aus der Lehrgewerkschaft der Türkei TÖS gegründet wurde, bemühte sich die Junta frühzeitig, den Widerstand der Lehrer gegen die Aufherrschung der faschistischen Ideologie und den Zwang, sie den Schülern einzupflegen, zu brechen. Im Verbotsprozeß im Juni 1981

wurde die Vereinigung aufgrund ihrer Satzungsziele angeklagt. Insbesondere griff der Staatsanwalt sie wegen ihres Eintretens für die Rechte der kurdischen Nation an. Absicht des TÖB-DER sei, zu „behaupten, daß in der Türkei nicht nur eine Nation, sondern mehr als eine Nation existent sei und darunter auch die kurdische Nation vorhanden sei, nationale Gefühle zu schwächen und das Land zu spalten“. Zahlreiche Lehrer wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Gegen 178 weitere Lehrer wurde im Juni 1982 ein Verfahren eröffnet, weil sie dem Aufruf des TÖB-DER zum Streik am 24. Dezember 1979 gefolgt waren. Wegen der gleichen Aktion, die sich gegen die Massaker in Kahramanmaraş richtete, wurden 64 Lehrer in Izmir angeklagt. Der Staatsanwalt forderte je sechs Monate Haft. Zur gleichen Zeit war das erste Urteil gegen TÖB-DER noch nicht in Revision gegangen, weil sich „die Zustellung an einige Angeklagte herausgezögert hat“.

An den Schulen sollen die Lehrer die Schüler mit militärischer Disziplin unterdrücken. Im Juli 1981 gab die Kriegerrechtskommandantur in Konya eine Verordnung heraus, in der die Lehrer angewiesen werden, äußere und innere Haltung ihrer Schüler zu bespitzeln: „Die Kleidung und die Sitzhaltung jedes Schülers, alle seine Einstellungen und Verhaltensweisen sind ständig vom Fachlehrer zu kontrollieren. Wer sich widersetzt, wird einem Disziplinarverfahren unterzogen.“

Quellenhinweis: Türkei-Informationen, hrsg. vom Bundesvorstand der FIDEF, 15. 1. 1982. Türkei Infodienst der Alternativen Türkeihilfe 1982. Türkei Information, hrsg. von Devrimci Yol 1982



Die Lehrer sollen die Gesinnung der Schüler kontrollieren

nicht direkt mit den westdeutschen vergleichbar sind – so müßten bei der Türkei die neuen Kapitalanlagen der Imperialisten abgezogen werden, bei der BRD müßten die Kapitalexporte hinzugezogen werden – die westdeutschen Kapitalisten erhöhten ihr Betriebskapital in der BRD im gleichen Zeitraum etwa um das Dreifache.

Die Junta bestreitet all diese Angaben nicht, ebensowenig die Imperialisten. Beide verweisen aber darauf, daß im gleichen Zeitraum die Lohn- und Einkommenssteuer bedeutend gesenkt



Wohnverhältnisse in den „gecekondu“ – für 23,8% der Bevölkerung

worden sei. Das stimmt – aber nur für die besser verdienenden Teile der Angestellten und Beamten, für die Soldaten und vor allem für die Kapitalisten. Die Steuerlast der Arbeiter dagegen ist durch die Anfang 1982 in Kraft getretene Steuerreform weiter erhöht worden.

Wir haben im folgenden die bis Ende 1981 gültigen Steuersätze der Lohn- und Einkommenssteuer den seit Anfang 1982 geltenden gegenübergestellt. Zum Verständnis: ein verheirateter Arbeiter, der den gesetzlichen Mindestlohn von 10000 TL monatlich oder 120000 TL im Jahr bezog, kommt bei zwei Kindern abzüglich Sozialversicherungsbeiträgen und Steuerfreibeträgen auf ein „zu versteuerndes Einkommen“ von etwa 30000 TL, ein Arbeiter, der den Durchschnittslohn von knapp über 200000 TL bezog, auf ein

Versteuertes Einkommen	alter Steuersatz	neuer Steuersatz
30000 TL	23,75%	40%
60000 TL	30,21%	40%
120000 TL	38,02%	40%
240000 TL	46,51%	40%
480000 TL	52,99%	40%
1000000 TL	60,00%	40%

Quelle: Recent amendments in the turkish taxation system. Republic of Turkey, Ministry of Finance, General Directorate of Revenues, Februar 1981. Ankara

„zu versteuerndes Einkommen“ von etwa 120000 TL.

Man sieht: die Steuerlast ist erst ab Einkommensklassen erleichtert, die ein gewöhnlicher Arbeiter in der Regel nie erreicht. Wo dies dennoch der Fall war, haben die Kapitalisten prompt betriebliche Zulagen gestrichen. Tatsächlich war der Zweck dieser Steuerreform zu keinem Zeitpunkt, die Steuerlast der arbeitenden Klassen zu senken. Sie sollte vielmehr umgekehrt deren Steuerlast dermaßen steigern, daß die Junta sowohl die Zinsen und Tilgungen an die Imperialisten aufbringen konnte, wie auch den zahlenmäßig wenigen, aber für Imperialisten wie die Junta umso wichtigeren hochbezahlten Teilen der Angestellten und Beamten sowie den Kapitalisten selbst die Steuern senken konnte. Dem gleichem Zweck dienten auch die seit dem Putsch verfügbaren zahlreichen Erhöhungen einzelner Verbrauchssteuern und die Senkungen von Steuern, die nur die Kapitalisten zahlen.

Allein 1981 hat die Junta so den Steuertribut der arbeitenden Klassen mehr als verdoppelt und den größten Teil davon sogleich an die Imperialisten als Zins tribut weitergereicht. Spätestens bis 1984 wird sie diesen Steuertribut noch einmal drastisch steigern müssen. Dann laufen nämlich die in den bisherigen „Umschuldungsabkommen“ für einen Großteil der Auslandsschulden gewährten rückzahlungsfreien Jahre aus. Zusätzlich zu den schon jetzt mehr als 900 Mio. \$ Zinszahlungen auf ihre Auslandsschuld von 22 Mrd. \$ muß die Junta dann die Tilgungszahlungen wieder aufnehmen. Nach Angaben des türkischen Finanzministeriums werden so die Tribute auf die Auslandsschuld von 1982 etwa 2 Mrd. DM auf über 6 Mrd. DM 1985 steigen. Um diese Zahlungen aufzubringen, hat die Junta der „Beratenden Versammlung“ bereits ein weiteres Steuergesetz vorgelegt. Es sieht ab 1984 zusätzlich zu den bestehenden Verbrauchssteuern die Einführung einer allgemeinen Mehrwertsteuer in Höhe von 14% nach EG-Muster vor. Die Imperialisten werden diesen zusätzlichen Steuertribut mit Freuden entgegennehmen. Nicht nur, weil die Junta damit ihren Zins- und Tilgungsforderungen nachkommt. Der steigende Steuertribut wird zudem die Lage der Arbeiter und Bauern weiter verschlechtern, noch mehr Bauern in die Städte, noch mehr Frauen und Kinder auf den Arbeitsmarkt und damit direkt in die bis dahin zu errichtenden Fabriken der Imperialisten treiben.

Quellenhinweis: Alternative Türkeihilfe (Hrsg.), Türkei-Infodienst, Nr. 36 bis 46/82; ders., NATO-Land Türkei, Militärs an der Macht, Bielefeld 1982; Föderation der Arbeitervereine der Türkei (FIDEF), Türkei-Informationen 2/81 bis 4/82; Europäische Wehrkunde 1/82; J. Roth und K. Taylan, Die Türkei, Republik unter Wölfen, Bornheim 1981; Financial Times, 18.5.81 und 17.5.82; Wall Street Journal, 27.12.82; Handelsblatt, 16.12.82; FAZ, 6.1.83; Wirtschaftsbericht der OECD, Türkei, April 1982.

Türkei: NATO-Bastion gegen die UdSSR und den Nahen und Mittleren Osten

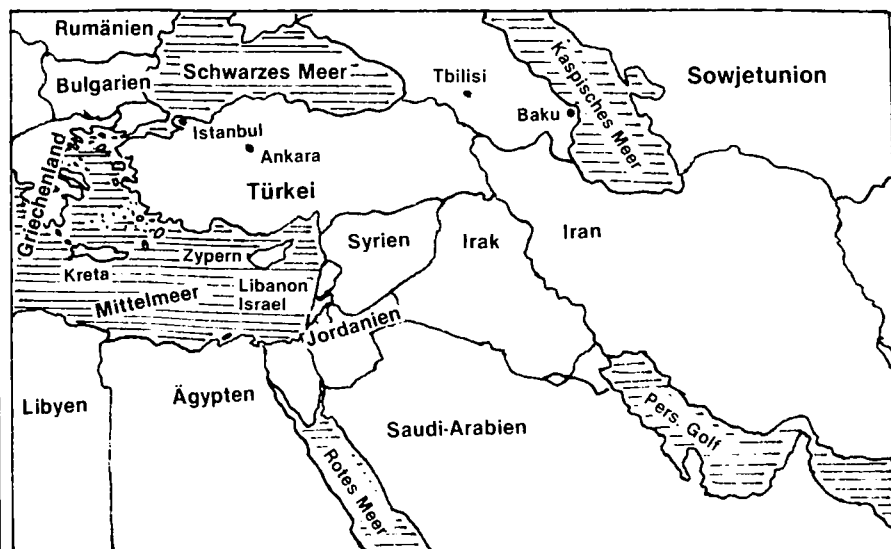
Mit dem Militärputsch in der Türkei haben sich die imperialistischen Staaten in der NATO unter anderem auch die unbedingte Verfügung über die NATO-Stützpunkte in der Türkei gesichert. Der Ausbau der NATO-Stützpunkte, die Auf- und Umrüstung der türkischen Armee zu einer Truppe, die im Rahmen der NATO einsetzbar ist, ist rasant. Im Rahmen der NATO-Frühjahrstagung 1981, ein halbes Jahr nach dem Putsch, vereinbarten die NATO-Mitgliedsstaaten nach Berichten der „Österreichischen Militärischen Zeitung“ angesichts der „Ereignisse im Nahen und Mittleren Osten“ die Modernisierung der 2. und 3. türkischen Armee, die an der 600 km langen Grenze zur Sowjetunion und an den Grenzen zum Iran, Irak und zu Syrien stationiert sind. Allein in den kommenden 18 Monaten wird die BRD 100 bis 120 Flugzeuge F 104, 77 Leopard-Panzer und vier Fregatten MEKO 200 in die Türkei liefern. Die USA haben im vergangenen November über die Modernisierung zweier Flughäfen und den Bau eines neuen in Ostanatolien verhandelt, die Flughäfen sollen sowohl der NATO als auch der „Schnellen Eingreiftruppe“ der USA zur Verfügung stehen.

Den Hauptteil der ausländischen NATO-Truppen in der Türkei stellen nach wie vor die US-Imperialisten, die seit 1952 zahlreiche Raketenstützpunkte und Flughäfen entlang der sowjetischen Grenze errichtet haben. Die Nutzung der türkischen Mittelmeerhäfen durch die Mittelmeerflotte der NATO und vor allem die Kon-

trolle der Meerengen zum Schwarzen Meer sind der zweite wichtige Grund für die Imperialisten, die Türkei in der NATO zu halten. Gründe genug für die westdeutschen Imperialisten, sich neben den USA als einziger weiterer NATO-Staat auch mit eigenem Personal an der Ausbildung der türkischen Armee zu beteiligen. Denn „die Heranführung an den Leistungsstandard anderer NATO-Luftwaffen setzt eine gezielte Ausbildungshilfe voraus. Den richtigen Weg hierzu hat die deutsche Luftwaffe durch die Entsendung von Mobile Training Teams eingeschlagen sowie durch die Wiederaufnahme des Staffelaustauschs ... und den ... Personalaustausch“, begeistert sich die „Europäische Wehrkunde“. Im Klartext: Nicht nur westdeutsche Militärausbilder befinden sich in der Türkei, sondern auch BRD-Fliegerstaffeln mit allem Gerät. So schaffen sich die BRD-Imperialisten die Bedingungen, zu verwirklichen, was schon 1969 die Zeitschrift „Europa-Archiv“ ankündigte:

Die Türkei „ist der bestgeeignete Ausgangsraum für einen Schlag gegen die wichtigsten Industrieobjekte der Sowjetunion. Von ihr aus sind die Flugwege kürzer als von jedem anderen NATO-Land ... Außerdem sind die sowjetischen Schwarzmeerhäfen ... äußerst verwundbar gegenüber einer relativ geringen Anzahl moderner Waffen, die vom türkischen Festland aus eingesetzt werden.“

Quellenhinweis: Europa Archiv Nr. 2/1969; Europäische Wehrkunde 1/1982; Türkei-Infodienst, Ausgaben 1982



Seit der Revolution im Iran verfügen die USA und die NATO nur noch in der Türkei über eine direkte Grenze zur UdSSR. Die Raketenstellungen und Flugplätze werden beschleunigt ausgebaut.

ÖTV Nord-Ost-Nds.: Lohnforderungen

Vertrauensleute Wehrwissenschaftliche Dienststelle Munster: Festgeld um 140 DM; die genaue Höhe wird festgelegt, wenn die Entscheidung der großen Tarifkommission vorliegt. Ortsverwaltung Walsrode: 140 DM, sechs Wochen Urlaub für alle. Mitgliederversammlung Soltau: 160 bis 180 DM, sechs Wochen Urlaub für alle, genaue Forderung erst nach Entscheidung der großen Tarifkommission. Kreiskrankenhaus Soltau: 180 DM, ein Tag Urlaub mehr für alle gleich. Der ÖTV-Bezirk Niedersachsen hat den Hauptvorstand aufgefordert, eine Forderungsempfehlung in Festgeld herauszugeben.

RCDS fordert Strafe für AStA

Im November 1982 hat der Präsident der Uni Hannover dem AStA ein Bußgeld angedroht, weil dieser eine Veranstaltungsreihe „Ursachen von Kriegen“ durchführte. Gegen den AStA der Uni Göttingen wurde kurz darauf ein Bußgeld von 2000 DM verhängt, weil er sich zum Atomüllager in Salzgitter, zum Regierungs-

Bremen. Die Wertmarken der Asylanten sollen wieder zu Bargeld werden! Mit öffentlichen Umtauschaktionen werden Maßnahmen des Bremer Senats bekämpft, die seit dem 1.9.82 zu einer Kürzung der Regelsätze für Sozialhilfe um 10% bei Asylbewerbern führten und dazu, daß der größte Teil des Geldes in diskriminierenden Essensmarken statt in bar ausgezahlt wird. Allein am 24. Dezember wurden bei der Aktion auf dem Marktplatz Essensmarken im Wert von 1500 DM in Bargeld verwandelt. Das Ziel ist die Zurücknahme der Verschärfungen.

wechsel sowie zu den Kriegen in Nicaragua und im Libanon äußerte. Grundlage dafür ist das niedersächsische Hochschulrahmengesetz, das u.a. Studentenvertretern nur „hochschulpolitische“ Äußerungen gestattet. Die Landesregierung will wie in NRW und Bayern die „Verfaßte Studentenschaft“ abschaffen. Der RCDS-Hannover hat jetzt vom Uni-Präsidenten gefordert, dem AStA ein Zwangsgeld wegen erneuter „allgemeinpolitischer Äußerungen“ aufzuerlegen.



Ba-Wü: Grüne gegen Sonderschulen

Die Fraktion der Grünen hat im Landtag einen Antrag eingebracht, in dem die Landesregierung ersucht wird zu prüfen, „ob und wie durch eine Auflösung oder Verringerung von Sonderschulen eine bessere Integration von Kindern mit Handicaps erreicht werden kann.“ Zur Begründung dienen die positiven Erfahrungen in Italien, wo seit 1977 für behinderte und nicht-behinderte Kinder das Recht gesetzlich fixiert ist, gemeinsam zu lernen, das heißt Besuch eines staatlichen Kindergartens, dann Pflichtschule bis zum 14. Lebensjahr, in der die Noten 1979 abgeschafft worden sind, anschließend Berufsschule oder höhere. Der Antrag richtet sich gegen die Aussonderung und Ausgrenzung von behinderten und für verhaltensgestört erklärten Schülern. Er richtet sich in diesem Punkt gegen die mit dem erblichen Begabungsbegriff gerechtfertigte Schulartprofilierung der CDU-Landesregierung.

Blauer Dunst für Westberlin

Der sogenannte Wirtschaftsgipfel zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Westberlin zeigt erste Wirkung. Nach Angaben der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG), plant der größte Zigarettenhersteller in der BRD und Westberlin, die Reemtsma Cigaretten GmbH, wesentliche Teile seiner Produktion in Westberlin zu konzentrieren. Hauptaktionär der Reemtsma Cigaretten GmbH ist Tschibo. Nach den bisher bekannt geworde-

nen Vorstandsplänen werden aus den Werken Bahrenfeld in Hamburg die Fertigungsbetriebe, Druckerei und Kartonage nach Westberlin und die Feinschnittproduktion nach Lahr oder Langenhagen verlagert. Bereits 1982 hat die Reemtsma die Gesamtzahl der Beschäftigten um 400 auf 4080 abgebaut. Die in Westberlin geplanten Investitionen von 100 Mio. DM gefährden weitere 1000 Arbeitsplätze in der Bundesrepublik. Der Reemtsma Cigaretten GmbH werden durch die Neufassung des sogenannten Berlinförderungsgesetzes erhebliche Steuerpräferenzen garantiert. Der Hauptvorstand der NGG hat sich gegen die geplante Verlagerung nach Westberlin ausgesprochen, da unter dem Strich weniger Arbeiter beschäftigt sein werden.

Blüm als Mai-Redner wieder eingeladen

Bonn. Auf Beschluß des DGB-Kreisvorstandes Bonn ist der bereits als Redner für die diesjährige 1. Mai-Kundgebung in Bonn eingeladene Bundesarbeitsminister Blüm wieder eingeladen worden. Diese Entscheidung begründet der DGB-Kreisvorstand mit Blüms Lohnpausenzumutung und seinen heftigen Angriffen auf die DGB-Gewerkschaften während der Haushaltsdebatte im Bundestag. Blüm habe die gewerkschaftliche Kritik an den „Spar“-maßnahmen der Bundesregierung als „egoistisch“ bezeichnet. Trotz Kritik an dem Beschluß durch den DGB-Landesvorsitzenden von NRW, Geuenich, und durch Mitglieder des DGB-Bundesvorstandes will der DGB-Kreis Bonn an der Ausladung festhalten.



Mit einer Welle von Streiks und Straßendemonstrationen haben die italienischen Arbeiter auf die Haushaltsbeschlüsse der Regierung Fanfani geantwortet. Zum Jahresende hatte die Regierung eine Reihe indirekter Steuern und Gebühren erhöht, die Haushaltszuweisungen an die Gemeinden gekürzt (die damit zu drastischen Erhöhungen u.a. der Nahverkehrstarife gezwungen werden) und eine neue Sondersteuer auf Wohnungsbesitz eingeführt. Gleichzeitig wurden die Strompreise heraufgesetzt. Am 7. Januar hat die Regierung den zweiten Teil des Haushaltspaketes verabschiedet: Kürzung von Leistungen der Rentenversicherung, weitere Erhöhung der „Selbstbeteiligung“ an den Krankheitskosten. Unter dem Druck der Demonstrationen wurden die Lohnabhängigen von einer Ergänzungsabgabe zur Einkommenssteuer in letzter Minute ausgenommen. Überall im Land legten in der ersten Januarwoche Belegschaften spontan die Arbeit nieder. In Genua und Rom besetzten streikende Arbeiter die Rollbahnen der Flughäfen. In Florenz und anderen Städten blockierten Demonstranten den Eisenbahnverkehr. In Mailand beteiligten sich am Freitag 50000 an einer gewerkschaftlichen Demonstration (unser Bild).

Behinderte in Werkstätten: „Mehr Nächstenliebe, weniger Lohn“

Freiburg. Die Behindertenwerkstätten des Caritasverbandes Freiburg haben von einer bankrott gegangenen Triberger Uhrenfabrik die Produktionsanlagen übernommen und wollen laut Auskunft des Leiters der Caritas, Deufel, 150 Behinderte 40000 Uhren pro Jahr produzieren lassen. 10000 Bestellungen liegen bereits vor. Gleichzeitig hat der Verband zusammen mit dreizehn weiteren Verbänden Verfassungsbeschwerde eingelegt, weil sich die Caritas insbesondere durch die Werkstättenverordnung „in ihrer Arbeit für die Behinderten erheblich beeinträchtigt“ fühle. Das staatliche Kontrollrecht hätte zu einer „Überbürokratisierung“ geführt.

Die Werkstättenverordnung von 1980 sieht u.a. vor, daß ein Fachauschuß, bestehend aus je einem Vertreter der Werkstatt, der Bundesanstalt für Arbeit und des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe, bestimmte Kontrollfunktionen ausüben soll: Er entscheidet über Aufnahme, Entlassung, Weiterbeschäftigung von Behinderten, Wiederholung der Rehabilitationsmaßnahme, wacht darüber, daß die Arbeitszeit von in der Regel 35 – 40 Stunden sowie gewisse Voraussetzungen betreffend die bauliche Gestaltung der Werkstatt, begleitende Dienste etc. eingehalten werden.

In diesen – wenn auch minimalen – Kontrollen sieht der Caritasverband schon zu viel des Guten. Auch diese Bestimmungen sollen fallen, um die Voraussetzungen zu schaffen für eine ungehinderte Ausbeutung der Behinderten.

Zum zweiten geht es den Betreibern der Verfassungsbeschwerde darum, den Behinderten den Status von Lohnabhängigen abzusprechen, so ein Herr Jacobi in der Caritas-Korrespondenz 3/78. Ein Prof. Maydell führt dazu aus: „Die Tätigkeit der Behinderten ist Mittel zur Erreichung des Rehabilitationsziels. Die Beschäftigung der Behinderten dient somit in erster Linie den Belangen der Behinderten selbst und nicht denen des Betriebs. Als Leistungsempfänger haben die Behinderten ... aktiv – hier durch Arbeit – am Leistungsempfang mitzuwirken. Deshalb besteht grundsätzlich der Arbeitsverhältnis prägende Interessengegensatz nicht zwischen Werkstatt und Behindertem.“

Wenn also die Tätigkeit der Werkstatt aus „Gefälligkeit“, zur „Erfüllung einer karitativen Verpflichtung“ ausgeübt wird, „Heilung, Wiedereingewöhnung, Erziehung“ im Vordergrund stehen, dann können diese Behinderten keine Lohnabhängigen sein.

Der Vorsitzende Richter am Bundesarbeitsgericht D. Neumann ergänzt, daß das „bewundernswerte Engagement“ der Behindertenwerkstätten durch Anwendung arbeitsrechtlicher Schutzvorschriften nur gemindert würde: „Derjenige, der auf Dauer in einer Werkstatt tätig sein kann, nur dort das Gefühl erhält, nützliche Arbeit zu leisten und nicht völlig abgeschrieben zu sein, braucht auch keine Lohnfortzahlung, Urlaubsanspruch oder Kündigungsschutz ... die Werkstatt arbeitet nicht mit dem Behinderten, sondern für solche Behinderte.“

Prof. Maydell meint außerdem: „Da die Zahl der beschäftigten Behinderten in einer Werkstatt um ein vielfaches größer ist als die der Betreuer, wäre ein Betriebsrat möglich, der sich nur aus Behinderten zusammensetzt.“

Tatsache ist, schon jetzt werden die Behinderten in solchen Werkstätten unter dem Mantel der christlichen Nächstenliebe ausgebeutet. Die Werkstatt Stetten z.B. hat 1977 in Anwendung der REFA-Methoden ein Lohnsystem mit zehn Lohngruppen entwickelt. Der höchste Lohn, den ein Behindelter hier erzielen kann, liegt bei 615 DM/Monat (DM 3,57/Stunde).

Noch christlicher sind die Werkstätten in Kork bei Kehl: fünf Lohngruppen von 0,25 DM/Stunde („keine Leistung“) bis 0,63 DM/Stunde, das sind 30 – 76 DM/Monat. Dazu kommt ein Prämienlohnsystem, durch das maximal 0,36 DM/Stunde hinzukommen.

An der Willkürlichkeit der Entlohnung ändert die Werkstättenverordnung nichts – im Gegenteil: Der Grundlohn „soll der Höhe nach die Leistung nicht unterschreiten“, die die Bundesanstalt für Arbeit Behinderten im Arbeitstrainingsbereich zahlt: 65 – 85 DM/Monat (§ 13). – Die Caritas Freiburg rechnet schon dieses Jahr mit einem „Überschuß“.

Niedersachsen

CDU-Landesregierung: Beförderungssperre

Hannover. Die CDU-Landesregierung in Niedersachsen will am 11.1. 1983 weitere Angriffe gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst beschließen. 20 Mio. DM sollen durch eine einjährige Beförderungssperre den Beamten und Angestellten im Landesdienst vorenthalten werden. „Vorgesehen ist, daß ein Bediensteter die ihm zugewiesene höhere Planstelle zwar übernimmt, aber zunächst für ein Jahr zu seinem alten Gehalt weiterzuarbeiten hat.“ (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 18./19.12.82) Von dieser Regelung sollen nur Hochschullehrer und Richter ausgenommen bleiben.

Für die Beamten und Angestellten, die von dieser Regelung betroffen sind, macht diese Maßnahme eine Kürzung von rund 140 DM bis 200 DM monatlich im mittleren und gehobenen Dienst aus. Umgerechnet auf die 20 Mio. DM müßten von diesen Kürzungen 8000 bis 10000 Beschäftigte in diesem Jahr getroffen werden. Das sind rund 5% der Beschäftigten.

Aber die Landesregierung ist sich selbst noch nicht sicher, ob sie diesen Angriff auf die Beamten und Angestellten durchsetzen kann. Bei den An-

LOHN/GEHALT BRUTTO		S.	MONAT	ABR.NR.	PERS.NR.	NAME	
1			1.76	0016	001015 01100	XY I	
ART	BEZEICHNUNG	KOSTENST.	TAGE	STD./JANZ.	SATZ	%	BETRAG
1	ZEITLOHN			12,00	25		3,00 P
2	LEISTUNGSLOHN			12,00	6		72 P
4	BEZ. URLAUB		11	77,00	31		23,87 P
5	LOHNFORTZAHLG		4	28,00	31		8,68 P
7	BEZ. FEIERTAG		4	28,00	31		8,68 P
12	FEHRTAG		1	2,00			
13	URL.TG.GUTSCHR		32				
P = STEUERPFÄHIG F = STEUERFREI S = SACHBEZUG A = ABZUG W = KEINE VERRECHNUNG		REST URLAUBSTAGE		GEARBEITET	BEZÜGE (P.F.S)		ABZUG(BI.S)
		RESTURL.: 21		12,00	44,95		

Lohn eines Behinderten in den Korker Anstalten: 0,31 DM pro Stunde

gestellten würde der Tarifvertrag angegriffen. Deshalb heißt es zu den Angestellten vorsichtig: „Es gibt juristische Bedenken, ob die Angestellten, die anders als Beamte dem Tarifvertrag unterliegen, überhaupt mit einer Beförderungssperre belegt werden können.“ Inzwischen hat die ÖTV den DGB zur Stellungnahme aufgefordert, schließlich zielt diese Maßnahme auf eine allgemeine Senkung der tariflichen Bezahlung über die Eingruppierung. Sie ergänzt somit die beabsichtigte Lohnsenkung, die für die Beamten für dieses Jahr schon beschlossen ist.

Die Beförderungssperre ist aber auch eine zusätzlich drückende Maßnahme der Landesregierung gegenüber den Landesbediensteten. Schon seit Jahren gilt in Niedersachsen eine Wiederbesetzungssperre für freigewordene Planstellen (ausgenommen Polizeibeamte und Lehrer), durch die für jähr-

lich rund 40 Mio. DM Stellen nicht wieder besetzt werden. (HAZ 21.12.82) Bei durchschnittlich 50000 DM jährlichen Personalkosten pro Planstelle entsprechen die 40 Mio. DM der Nichtbesetzung von 1600 Stellen für ein halbes Jahr. Das sind rund ein Prozent der beschlossenen Planstellen.

Außerdem wurden im letzten Jahr in Niedersachsen 1262 Stellen gestrichen, das entspricht einer Kürzung von 0,7%. Dabei wurden die Stellen im höheren Dienst (vorwiegend Dienstaufsicht) sogar um 3,5% erhöht (1132). Um so mehr Stellen wurden im mittleren und einfachen Dienst gestrichen: 1 bis 1,5%; bei den Arbeitern 0,6%; bei den einfachen Beschäftigten in den Landeskrankenhäusern 2,2%; am meisten aber bei den beamteten und richterlichen Hilfskräften mit 9,2% (1538). (vgl. Haushaltsplan Niedersachsen 1982, 2. Teil)

Abwassergebühren

Die Kapitalisten verursachen Kosten, die Haushalte zahlen

Mannheim. Seit 1.1. 1982 zahlen die Mannheimer Haushalte für Wasser 1,84 DM/cbm, für Abwasser 1,55 DM/cbm, geplant ist eine Erhöhung um 8%. Die Großbetriebe fördern das Grundwasser kostenlos in einer Menge von 75 Mio. cbm, die Menge des von den Haushalten verwendeten Wassers beträgt 30 Mio. cbm. Die Folge der unkontrollierten Wasserförderung durch die Kapitalisten ist: 1. Der Grundwasserspiegel ist von 40 auf 150 m gesunken, es müssen teure Tiefbrunnen geschlagen werden. 2. Das Wasser reicht für die Haushalte nicht mehr aus, es muß jetzt für viel Geld aus der ca. 30 km entfernten Schwetzingen Haardt

geholt werden. 3. Verschmutztes Rhein- und Neckarwasser dringt in das Grundwasser ein, hinzu kommt die Grundwasserverschmutzung durch die Industrie. Teure Aktivkohlefilteranlagen sind notwendig geworden.

Bei der Wasserversorgung wird also ganz offensichtlich nicht das Verursacherprinzip angewandt. Die Kapitalisten plündern kostenlos das lebensnotwendige Grundwasser, obwohl sie größtenteils geklärtes Flußwasser verwenden könnten und halsen der Gemeinde die Folgekosten auf.

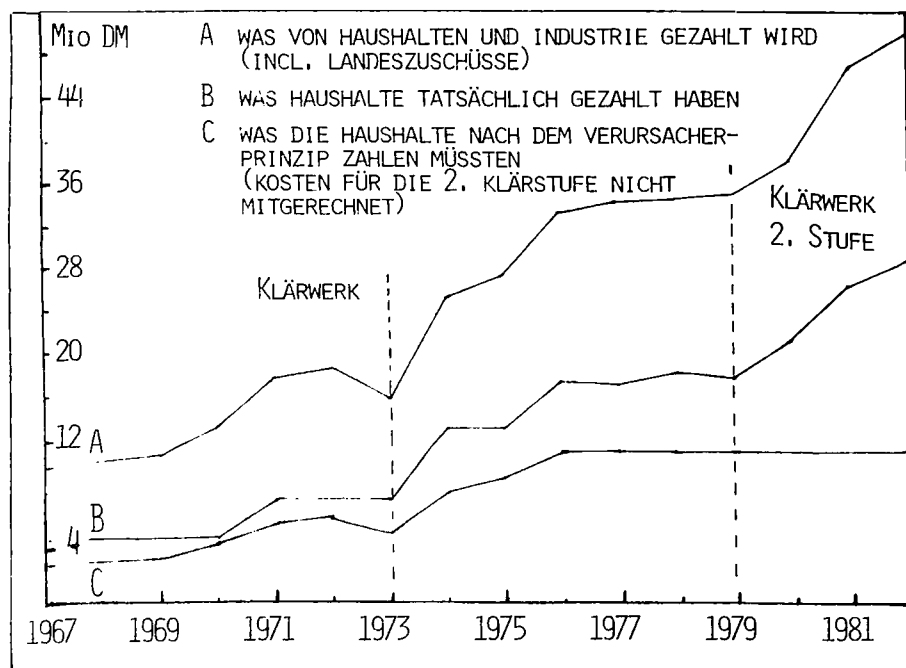
Wie verhält es sich bei dem Abwasser? Im unteren Schaubild sind die Ko-

sten nach Haushalten und Industrie dargestellt. Bekannt war die Menge und der Preis von den Haushaltsabwässern sowie die Gesamtmenge und Gesamtkosten. In Mannheim leiten nicht alle Betriebe ihre Abwässer in die Kanalisation und damit in das Klärwerk ein. So fließt das Abwasser der Papierwerke Waldhof Aschaffenburg z.B. immer noch relativ ungeklärt in den Rhein, in einer größeren Menge als die Haushaltsabwässer insgesamt. Von den am Klärwerk anfallenden 45 Mio. cbm Abwasser geben die Haushalte inkl. Regenwasser 18 Mio. cbm ab, also etwa ein Drittel der gesamten Menge. Geht man vom Verursacherprinzip aus, müßten auch die Kosten für die Abwasserreinigung zu einem Drittel von den Haushalten getragen werden. Tatsächlich zahlen sie zwei Drittel der Gesamtkosten.

Die giftigen Abwässer der Kapitalisten verursachen immer höhere Kosten, so wurde ab 1979 eine 2. Stufe des Klärwerkes für 62 Mio. DM notwendig. $\frac{2}{3}$ des Abwassers stammt von ihnen, sie zahlen aber nur $\frac{1}{3}$ der anfallenden Kosten. In dem Schaubild wurden nur Mengen verglichen. Wäre eine Berechnung nach Verschmutzungsgrad möglich, würde die Industrie sicher noch schlechter abschneiden. Zwischen unterer und mittlerer Kurve liegt mindestens die Menge, mit der die Industrie von den Haushalten bezuschußt wird. Ihr Abwasser ist so dreckig, daß die bestehende Kläranlage eine Reinigung nur zu 75% schafft und damit den Werten nach dem Abwasserabgabengesetz nicht entspricht. Weil als Einleiter die Gemeinde gilt, muß sie die Strafgebühr an das Land zahlen. Damit ist nun auch gesetzlich abgesichert, daß nicht die Verursacher selbst zahlen müssen.

Die Stadt holt sich das Geld im wesentlichen über die Abwassergebühr von den Haushalten. Für die Kapitalisten werden Sonderverträge gemacht. Sie zahlen nur 0,98 DM pro cbm und können diese Gebühren auch noch von der Steuer absetzen. Während der Stadtrat für die Haushalte in den letzten Jahren die Gebühren schwungvoll erhöht hat, sind für die Betriebe Fünfjahresverträge vorgesehen mit im wesentlichen gleichbleibenden Kosten.

Was den Verschmutzungsgrad angeht, rühmt z.B. die Fa. Boehringer (Chemiebetrieb in Mannheim-Nord) ihre guten Meßwerte. Richtig ist, daß die Firma vor 1972, wie alle anderen Betriebe auch, ihre 1,8 Mio. cbm Produktionsabwasser direkt über den Stinkkanal in den Rhein pumppte, darunter allein 4,6 Mio. kg Nitrat. Boehringer leitet seine Abwässer inzwischen in das städtische Kanalnetz. Der Nitratwert liegt immer noch um das 60-fache über dem zugelassenen Grenz-



wert von 50 mg/l. Von dem noch giftigeren Nitrit (Grenzwert 30 mg/l) werden 600 mg/l und mehr erreicht. Außerdem werden nichtorganische Lösungsmittel eingeleitet, die in der amtlichen Grenzwerttabelle wahrscheinlich noch gar nicht erfaßt sind. Sie würden für die stärkere Verschmutzung ihres Abwassers auch ca. 300000 DM Zuschlag jährlich zahlen, argumentiert Boehringer. Das ist bei der Menge mit diesem hohen Verschmutzungsgrad eine lächerliche Summe, mit der sich die Firma freikaufte.

Nicht nur, daß die Kapitalisten mit langjährig festgelegten Preisen weniger zahlen als die Haushalte, sie laden auch noch die durch ihr Dreckwasser notwendig gewordenen Kosten für den Ausbau der Kläranlage und die Beseitigung des Trockenschlammes auf die Haushalte ab. Selbst für irgendwelche Schäden, die durch das giftige Abwasser am Kanalnetz, im Grundwasser oder bei zu starker Verschmutzung durch das Zusammenbrechen des biologischen Prozesses in den Faultürmen des Klärwerkes entstehen können, kann die Industrie nicht haftbar gemacht werden. Für eine Pauschalsumme von 50000 DM übernimmt die Stadt alle denkbaren Risiken.

Nürnberg KOMM-Prozeß gescheitert

Nürnberg. Am 22. Dezember hob die 13. Strafkammer beim Landgericht Nürnberg-Fürth ihren Beschluß aus dem Jahre 1981 auf, im KOMM-Prozeß gegen 17 Angeklagte wegen schweren Landfriedensbruchs zu verhandeln. Da die Staatsanwaltschaft auf eine Beschwerde verzichtet hat, dürfte damit auch das gesamte – insgesamt 64 Anklagen umfassende – Strafverfahren erledigt sein.

Nachdem der bayerische Ministerpräsident am 4. März 1981 mit Blick auf die Hausbesetzungen versprochen hatte, „der Polizei jede Rückenbedeckung zu geben, die zur Erfüllung ihres Auftrages notwendig ist“, waren tags darauf in einer für die BRD großen Verhaftungsaktion 141 Personen aus dem Jugendzentrum KOMM verhaftet und zum Teil mehrere Wochen festgesetzt worden. Bei einer nächtlichen Demonstration waren einige Glasscheiben zu Bruch gegangen.

Als es dann im November 1981 zu dem Verfahren gegen die oben erwähnten 17 kam, wurde deutlich, daß die Staatsanwaltschaft in ihrem Bemühen, die nächtlichen Demonstranten im Rahmen des bestehenden Landfriedensbruchrechts einzufangen, sich nicht zu einem lauterem Umgang mit

den Akten in der Lage gesehen hatte. Es waren nämlich derart zahlreiche Vernehmungsprotokolle aus den Akten verschwunden, so daß die Strafkammer am 24. November 1981 um den Preis der Lächerlichkeit das Verfahren aussetzen mußte.

Das Justizministerium mußte die Ermittlungen der Nürnberger Staatsanwaltschaft entziehen. Es stellte sich heraus, daß der Hauptzeuge der Anklage, ein V-Mann der Polizei, gar kein Augenzeuge der von ihm bezeugten Steinwürfe war. Im dadurch entstandenen Hin und Her konnte dann zwar ein zweiter V-männischer Augenzeuge aufgetan werden. Seine gerichtliche Präsentation genehmigte – und man sollte meinen in Abwägung aller Umstände – der mittlerweile Innenminister gewordene vormalige Justizminister jedoch schließlich nicht, womit er dem Gericht zu erkennen gab, daß eine Prozeßfortführung nicht für sinnvoll erachtet wird.

Für die Reaktion ist damit zwar keineswegs alles im Lot, doch der neue Justizminister „respektiert die Gerichtsentscheidung“ und verweist in seiner ersten Stellungnahme auf die „Tatsache, daß der Tatbestand des Landfriedensbruchs so verändert sei, daß er weithin wirkungslos wird“. Die Union hat bewiesen, daß sie in der Lage ist, Polizei und Justizorgane zu offen terrormäßiger Volksunterdrückung anzutreiben und einen solchen Kurs eine beachtliche Zeit gegen heftigen öffentlichen Widerstand auszuhalten, ohne selbst dabei Schaden zu nehmen, selbst wenn, wie ihr Justizminister jetzt zugesteht, der Staat keine – sagen wir, ausreichende – *gesetzliche Grundlage* dafür hat. Dieser Erfolg ermutigt die Reaktion in ihrem Verlangen nach verschärften Gesetzen.

Heimarbeit Entspricht dem politischen Konzept der CSU

München. Die christlich-konservativen Regierungen in der BRD fördern die Unternehmen, die Heimarbeit vergeben, gern, da die Heimarbeit wiederum die Durchsetzung von gesellschaftspolitischen Interessen der CDU/CSU erleichtert. Der bayerische Arbeits- und Sozialminister begründet in seinem Bericht über „Dreißig Jahre Entgeltüberwachung in der Heimarbeit“ ausdrücklich sein Interesse am Fortbestehen der Heimarbeit für „Frauen mit Kindern“, „Personen, die kranke oder gebrechliche Angehörige pflegen müssen“. Das deckt sich mit den Erklärungen der CDU/CSU-Regierung: „Der Familie wieder mehr Bedeutung zu messen“. Die Ausgaben für Kinder-

krippen und -gärten, die Ausgaben für Krankenhäuser, Pflegekräfte usw. kann der Staat dann einsparen und den Kapitalisten zuführen.

Durch staatliches Lohndiktat (die Mindest-Stundenentgelte liegen zwischen 3,28 DM und 10,73 DM) wirkt sich die Heimarbeit lohnsenkend auf alle Arbeiter und Angestellten aus. In den Heimarbeitsausschüssen, die nach dem Heimarbeitsgesetz von 1951/54 gebildet werden, sind die Gewerkschaften nicht vertreten. Sie setzen sich zusammen aus drei Heimarbeitern, drei Heimarbeit vergebenden Kapitalisten plus einem Vorsitzenden, der vom Bundesarbeitsminister bestimmt wird. Der DGB fordert: „Für besonders

.AO (Adria).

Nebentätigkeit für Zuhause im kaufm. organisatorischen Bereich zu vergeben.
☎08092/4336

8000 anrufen (0 89) 1500 363

Interessante Nebenbeschäftigung von zuhause aus. Keine Investition. Je nach Zeitaufwand monatlicher Verdienst DM 100,- bis 1500,-, ☎428284

Gute Verdienstmöglichkeit für junge Frauen und Männer, die frei und für sich arbeiten wollen. ☎08621/1370

- nenmoden-Ges -

Anzeigen aus „Süddeutsche Zeitung“ v. 5./6. Jan. 1983

schutzbedürftige Arbeitnehmergruppen, bei denen die Voraussetzungen zur tarifvertraglichen Regelung der Löhne, Gehälter und sonstigen Arbeitsbedingungen fehlen, sind unter maßgeblicher Beteiligung der Gewerkschaften Mindestentgelte und sonstige Mindestarbeitsbedingungen festzusetzen.“ (Grundsatzprogramm 1981)

Der bayerische Arbeitsminister rechtfertigt die Niedriglöhne der Heimarbeiter beflissen: „Es nützt nämlich wenig, wenn ein Heimarbeitsausschuß Spitzenlöhne festsetzt, die Heimarbeiter aber keine Aufträge mehr erhalten.“ Wie die Heimarbeiter von den Kapitalisten behandelt und bezahlt werden, zeigt schon, daß aufgrund der staatlichen Entgeltüberwachung allein 1981 in Bayern 1 Mio. DM Lohngelder nachgezahlt werden mußten.

Bayern ist mit rund einem Drittel aller Heimarbeiter das heimarbeitsreichste Land der BRD. Im 2. Halbjahr 1981 waren in Bayern 51721 Heimarbeiter für 3583 Firmen tätig. 92% aller bayerischen Heimarbeiter sind Frauen, davon rund 60% zwischen 26 und 50 Jahren.

Die meisten Heimarbeiter sind für die Textil- und Bekleidungsindustrie tätig. Ein großer Teil arbeitet für die elektrotechnische Industrie. In den letzten Jahren hat besonders die Büroheimarbeit zugenommen – in Bayern z.Zt. rund 3000 Personen (s. Anzeige).

Wichtige Erfahrungen des Betriebsrates im Kampf gegen die Überstunden

Hamburg. Im März 1982 beschließt der Betriebsrat der Hamburger Aluminiumwerke, sämtliche Überstunden abzulehnen. Dies war unmittelbare Reaktion auf die angedrohte Absicht der HAW-Kapitalisten, bis zu 7% der Belegschaft zu entlassen. Da 1981 noch 80000 Überstunden gemacht worden waren, erhoffte sich der Betriebsrat vom Überstundenboykott erhebliche Produktionsstörungen und wollte so die Entlassungen verhindern.

Ein Überstundenboykott ist von vornherein durch die Bedingung erschwert, daß die meisten Arbeiter in den unteren Lohngruppen auf Überstunden angewiesen sind, um ihre Familie ernähren zu können. Aber auch Arbeiter und Angestellte der mittleren und höheren Lohnstufen rechnen mit Überstunden, um z.B. Kredite für einen Hausbau abzahlen zu können. Trotz dieser Bedingungen wird der Beschluß des Betriebsrates auch von diesen Arbeitern unterstützt. Die Belegschaft will die Entlassungspläne verhindern.

Die HAW-Kapitalisten reagieren auf den Überstundenboykott mit dem Versuch, die Arbeiter bedingungslos anzutreiben und den Arbeitstag zu verdichten. Entstehende Schwierigkeiten bei Reparaturarbeiten werden durch Einsatz von Fremdfirmen bewältigt. Und wo es nicht ohne Überstunden ging, gelang es ihnen, auch Überstundenverfahren zu lassen, obwohl der Betriebsrat sie abgelehnt hatte.

Als bewußter Kampfschritt, der ausführlich in der Belegschaft beraten wurde, hat der Überstundenboykott den Kampf gegen die Entlassungen gestützt. Verschiedene Auswirkungen, die sich die HAW-Geschäftsführer von der Androhung von Entlassungen erhofft hatten, blieben aus. Der Krankenstand sank nur vorübergehend und erreichte bereits im Mai wieder 15%. Die Beteiligung am Bildungsurlaub stieg 1982 auf 15% (1980 lag sie bei 10%). Betriebliche Entlassungen wurden nicht vorgenommen, aber dennoch gelang es den HAW-Kapitalisten, einzelne Kündigungen durchzusetzen und auch von Arbeitern erkämpfte Pausen abzubauen. In einigen Abteilungen haben sie Schichtbesetzungen reduzieren können.

Ab Mai/Juni änderte der Betriebsrat seine Taktik. Vom vollständigen Boykott der Überstunden ging er dazu über, die Überstundensperre in einzelnen Abteilungen anzuwenden, um auf

die Abteilung bezogene Forderungen durchzusetzen. Hierfür ein Beispiel:

Die Entladung des Rohstoffs wird durch eine Abteilung, die im Zweischichtrhythmus arbeitet, durchgeführt. Legte ein Schiff an, soll auch nachts entladen werden, damit HAW Liegekosten spart und keine Vertragsstrafen zahlen muß, die fällig werden, wenn das Schiff nicht rund um die Uhr entladen wird. Die Vertragsstrafen belaufen sich auf bis zu 5000 Dollar pro Tag der Verzögerung. Die Arbeiter sollen deshalb jeweils in 12-Stunden-Schichten entladen. Dreimal bereits hatte der Betriebsrat die 12-Std-Schicht abgelehnt. Jedesmal gelang es der Abteilungsleitung, die Arbeiter vom Betriebsrat zu spalten und zwar im wesentlichen mit der Drohung, Fremdfirmen einzusetzen.

Der Betriebsrat informierte die Gewerbeaufsicht, die 12-Std-Schichten genehmigen muß, und beriet mit den Kollegen erneut die Lage. Es wurden Forderungen beraten, an deren Erfüllung in Zukunft die Genehmigung von 12 Stunden gekoppelt werden soll: Erhöhung der Schichtzulage und Freizeitregelung nach 12 Stunden. So wurde die Front erneut gefestigt. Die Auseinandersetzung darum ist noch nicht beendet.

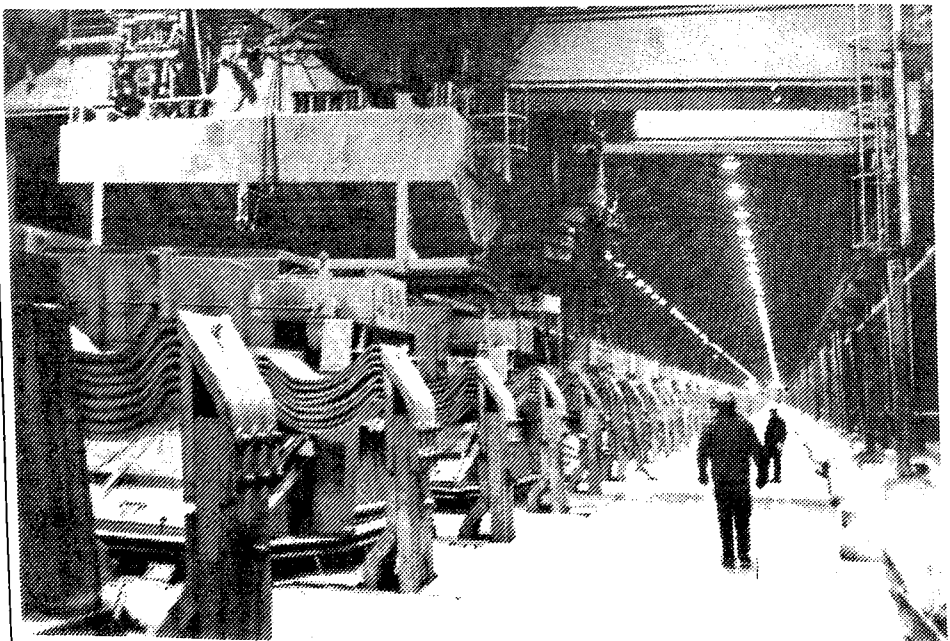
Um den HAW-Kapitalisten die Möglichkeit zu nehmen, das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates, wie oben geschildert, zu unterlaufen, stell-

te der Betriebsrat beim Arbeitsgericht den Antrag, HAW bei jedem erneuten Verstoß gegen das Mitbestimmungsrecht zu einer Geldbuße zu verurteilen. Nach §23 des Betriebsverfassungsgesetzes kann die Geldbuße bis zu einer Höhe von 20000 DM festgelegt werden. Das Verfahren wird im Januar entschieden und kann nach herrschender Rechtslage nur vom Betriebsrat gewonnen werden. Das wird die Bedingungen für den Betriebsrat auf jeden Fall bessern und es ermöglichen, die zuletzt entwickelte Taktik konsequenter anzuwenden.

Betriebsräte stehen im Kampf gegen Überstunden vor einem doppelten Problem. Auf der einen Seite müssen sie versuchen, den Kapitalisten Grenzen zu ziehen, über die sie den Arbeitstag nicht verlängern können. Die grenzenlose Verlängerung des Arbeitstages erschwert die Bedingungen für den Lohnkampf erheblich. Auf der anderen Seite liegt es nicht in der Macht der Betriebsräte, die entscheidenden Bedingungen zu schaffen, um den Arbeitstag auf acht Stunden zu begrenzen. Diese Bedingungen bestehen in folgendem:

1. Im Verbot der Leiharbeit, da die Kapitalisten abgelehnte Überstunden durch Fremdfirmen verfahren lassen können.
2. Im gesetzlichen Verbot der Überstunden, das eine ähnliche Wirkung ausüben wird, wie das Nachtarbeitsverbot für Frauen.
3. In gesetzlichen und tariflichen Festlegungen gegen die Intensivierung der Arbeit, und
4. grundlegend im Kampf für einen ausreichenden Lohn für den 8-Stunden-Normalarbeitstag.

Dies sind die entscheidenden Voraussetzungen.



Die Gießerei im Hamburger Aluminiumwerk (HAW).

Gesetze und Chemietarife zu Überstunden

Arbeitszeitordnung

§ 3 *Regelmäßige Arbeitszeit.* Die regelmäßige werktägliche Arbeitszeit darf die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten.

§ 6 *Arbeitszeitverlängerung an dreißig Tagen.* Die Gefolgschaftsmitglieder eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung dürfen an dreißig Tagen im Jahr über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus mit Mehrarbeit bis zu zwei Stunden täglich, jedoch nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden.

§ 12 *Arbeitsfreie Zeit und Ruhepausen.* Den Gefolgschaftsmitgliedern ist nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens elf Stunden zu gewähren ...

§ 14 *Außergewöhnliche Fälle.* (1) Die Vorschriften der §§ 3 bis 13 über die Dauer der Arbeitszeit, arbeitsfreie Zeiten und Ruhepausen finden keine Anwendung auf vorübergehende Arbeiten in Notfällen und in außergewöhnlichen Fällen, die unabhängig vom Willen der Betroffenen eintreten und deren Folgen nicht auf andere Weise zu beseitigen sind, besonders wenn Rohstoffe oder Lebensmittel zu verderben oder Arbeitserzeugnisse zu mißlingen drohen.

Betriebsverfassungsgesetz

§ 87 *Mitbestimmungsrechte.* (1) Der Betriebsrat hat, soweit eine gesetzliche oder tarifliche Regelung nicht besteht, in folgenden Angelegenheiten mitzubestimmen:

3. vorübergehende Verkürzung oder Verlängerung der betriebsüblichen Arbeitszeit.

Gewerbeordnung

§ 105 a-j *Arbeiten an Sonn- und Feiertagen.* Zu Arbeiten an Sonn- und Feiertagen können Gewerbetreibende die Arbeiter nicht verpflichten. Arbeiten, welche nach den Bestimmungen dieses Gesetzes auch an Sonn- und Feiertagen vorgenommen werden dürfen, fallen unter die vorstehende Regel nicht. (Es folgen Ausnahmeregelungen)

Tarifvertrag der chemischen Industrie

§ 3 IV. *Betriebliche Maßnahmen.* Mehrarbeit ist, soweit angängig, durch innerbetriebliche Umsetzungen von Arbeitskräften oder Neueinstellungen nach Maßgabe der betrieblichen oder technischen Möglichkeiten zu vermeiden. Andernfalls ... ist notwendige Mehrarbeit im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zu leisten.

Vertriebenenverbände Zur Machtübernahme bereit

Hannover. Am 12. November 1982 stellte der CDU-Abgeordnete H. Czaja (Bund der „Vertriebenen“) im Bundestag eine mündliche Anfrage: „Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Verfassungsorgane und auch alle Ämter und öffentlichen Stellen von der im Grundgesetz verankerten Existenz Gesamtdeutschlands mit einem (Gesamt-)Staatsvolk und einer (gesamt-)deutschen Staatsgewalt auszugehen haben?“ (Ostpreußenblatt 48/82). Die Antwort des Staatssekretärs Dr. Henning: „Die Bundesregierung teilt diese Auffassung.“

Die „Vertriebenenverbände“ halten für die beabsichtigte Rückeroberung der ehemaligen „Ostgebiete“ schon die „deutsche Staatsgewalt“ in Form von Exilregierungen bereit. Dies geht von „Abgeordnetenversammlungen“ über Kreistag und Kreisrat bis hinunter zum Vertreter der Kirchenspiele. So tagte kürzlich in Kiel die „Pommersche Abgeordnetenversammlung“, vor welcher Philipp von Bismarck (CDU-Europaabgeordneter) als Sprecher der Landsmannschaft Pommern sprach. Im Ostpreußenblatt, dem Organ der Landsmannschaft Ostpreußen, wurde unter der Rubrik „Aus den Heimatkreisen“ bekanntgegeben: „Das große Treffen der Gumbinner und Salzburger 1983 wird mit gewohntem Ablauf am 4./5. Juni in der Patenstadt Bielefeld stattfinden. Vorgesehen sind eine öffentliche Kreistagssitzung im Bielefelder Rathaus ...“ Der „Ortelsburger Kreistag“ traf sich am 27.11.82. Für „Königsberg-Land“ hat der „Kreisausschuß“ das nächste Hauptkreistreffen festgelegt. Im „Kreis Labiau“ starb der „Bezirksvertreter des Kirchenspiels Groß Baum“.

Wie weit sich die „(gesamt-)deutsche Staatsgewalt“ erstrecken soll, bleibt nach Osten hin völlig offen. Auf der im November 1982 veranstalteten Delegiertentagung der Landsmannschaft Ostpreußen, Gruppe Niedersachsen-Nord, führte der stellvertretende Vorsitzende Harry Poley aus: „Wir halten auch Kurs gegen solche Politiker, die nur vom ‚anderen Teil Deutschlands‘ sprechen und nicht von den anderen Teilen ... Die Landsmannschaft Ostpreußen beklagt das Schwinden des gesamtdeutschen Bewußtseins bei den Bundesbürgern. Wir sollten endlich damit aufhören, von den Grenzen von 1937 auszugehen. Die Grenzen vom 31. August 1939 waren völkerrechtlich anerkannt; so ist als

Beispiel das 1923 von Litauen völkerrechtswidrig besetzte Memelland auf friedlichem Wege völlig korrekt und völkerrechtsgültig in den Verband des Deutschen Reiches zurückgekehrt. Das Deutsche Reich besteht nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil fort. In diesem Urteil ist auch nicht von den Grenzen von 1937 die Rede.“ Am 31. August 1939 hatte der deutsche Imperialismus sich bereits Österreich (März 1938), das „Sudetenland“ (September 1938) und die Tschechoslowakei (15.



Patenschaftsfeier „Ostpreußen“/Bartenstein (Baden-Württemberg): Berittene Kreuzritter waren „optischer Höhepunkt“.

März 1939) einverleibt. An die „westlichen Bündnispartner“ wurde auf der Delegiertentagung die Forderung gestellt, „den Polen die Verwaltung wieder abzunehmen“. Allerdings: „Eine Hoffnung auf Rettung durch fremde Mächte ist trügerisch.“

Auf solche Pläne sollen „alle öffentlichen Stellen“ – insbesondere die Lehrer – verpflichtet werden.

Berufsschulen Angriffe auf den zweiten Berufsschultag

Bielefeld. Die Kapitalisten nutzen die Jugendarbeitslosigkeit, insbesondere den Lehrstellenmangel, zu verstärkten Angriffen auf den zweiten Berufsschultag mit dem Ziel, ihn abzuschaffen. Der Bielefelder Verband der Gießereikapitalisten fordert dies seit längerem, konnte sich bisher aber nicht durchsetzen. Als Beispiel für ein Vorkommen mag ihm die Aktion von zehn Bielefelder Buchhandlungen dienen, die seit dem 15.10.82 39 ihrer Auszubildenden zu einer privaten statt zur staatlichen Berufsschule schicken.

Ihre Begründung, das Ausbildungsniveau und die Prüfungsergebnisse

hätten sich aufgrund des ständig gesunkenen Anteils an Fach- und Literaturkundeunterricht verschlechtert, widerlegte der Leiter der Berufsschule: Die Stundenzahl des Literaturkundeunterrichts wurde vor einiger Zeit verdoppelt, und die Abschlußprüfungen seien im Vergleich zu anderen Berufsgruppen zufriedenstellend.

Der Verband der Verlage und Buchhandlungen in Nordrhein-Westfalen gibt offen zu, daß der Grund für den Boykott der staatlichen Berufsschule nicht in der Qualifikation der Auszubildenden liegt, sondern darin, daß der Buchhandel ca. 25% seines Jahresumsatzes in der Vorweihnachtszeit macht. Deshalb fordert er unterrichtsfreie Zeit in den Wintermonaten und die Abschaffung des zweiten Berufsschultages, der für das erste Ausbildungsjahr im August 1982 erst eingeführt wurde. In der privaten Schule erhalten die 39 Auszubildenden entsprechend nur neunehalb Monate einen Tag Unterricht pro Woche.

So trifft zu, wenn die GEW sagt, daß der Buchhandel eine „effektivere ökonomische Verwertbarkeit der Azubis“ durchsetzen will. Die GEW empfiehlt ihren Mitgliedern, nicht mehr bei den zehn Buchhandlungen zu kaufen und Schulbücher bei anderen zu bestellen. Die HBV-Gewerkschaftsjugend rief zum Boykott der Privatschule auf und stellte in einem Flugblatt fest, daß sich die Unternehmen durch Privatausbildung „angepaßte, kritiklose und dem Unternehmen verbundene Mitarbeiter“ schaffen. Auf einer Veranstaltung lehnten HBV und GEW eine Privatisierung der Berufsschule ab.

Die Schulbehörden sagten dem Verband der Verlage und Buchhandlungen zu, daß 1983 während des Weihnachtsgeschäfts in dieser Branche kein Berufsschulunterricht stattfinden werde; die Reduzierung auf einen Berufsschultag pro Woche haben sie noch nicht akzeptiert, aber auch nicht strikt abgelehnt.

Werftenhilfe Landesregierung für Rentabilität von HDW

Kiel. Kurzarbeit bei den Howaldtswerken-Deutsche Werft AG in Kiel seit drei Monaten, in Hamburg seit ca. einem halben Jahr, angekündigte Massenentlassungen in vierstelliger Höhe, das ist die Situation bei HDW. Die Landesregierung hat jetzt ihr „Schleswig-Holstein-Programm für Arbeitsplätze“ vorgestellt.

Mit 421 Millionen DM will die Regierung „Arbeitsplätze erhalten“. Der Hauptanteil dieser Summe ist das um 150 Millionen DM aufgestockte Werft-hilfeprogramm. Die Begründung dafür lieferte Wirtschaftsminister Westphal in einem Interview der „Kieler Nachrichten“:

„Aufgrund der dramatischen Verschlechterung der Lage der Werften und die dadurch verursachte unzureichende Auslastung der Kapazitäten auch auf schleswig-holsteinischen Werften in 1983 sowie der auch für die Jahre 1983 bis 1984 zu erwartenden Schwächetendenzen im Welthandel beabsichtigt die Landesregierung, das bestehende Programm für den Zeitraum 1983 bis 1985 um 150 Millionen DM aufzustocken. Schwerpunktartig sollen diese Mittel für Umstrukturierungsmaßnahmen und Investitionshilfen eingesetzt werden. Eine detaillierte Aufteilung des zur Verfügung stehenden Kontingents ist zur Zeit nicht möglich. Eine aus diesem Gesamtumsatz zu leistende Kapitalzuführung kann erst beziffert werden, wenn der Vorstand von HDW das neue Strukturkonzept für die Werft erarbeitet und dies von den zuständigen Organen beschlossen ist.“

Was sich so dramatisch verschlechtert hat, ist die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Großwerften. Sie konnten bei geschrumpftem Welt-schiffbaumarkt die Aufträge nicht hereinholen und damit ihre Kapazitäten nicht auslasten. Dennoch konnte die westdeutsche Schiffbauindustrie ihre Position gegen anderen Konkurrenten in der Welt ausbauen. Rangierte sie 1979 in der Weltrangliste der Schiffbauindustrie noch auf Platz 10, so war es 1980 Platz 8 und 1981 Platz 5. Die USA und Frankreich, 1979 auf Platz 2 und 3, wurden überholt, nur die Billiglohnländer liegen vor der BRD. (Angaben nach Verband der deutschen Schiffbauindustrie e.V.)

Da sich für die nächsten Jahre ein weiteres Schrumpfen des Welthandels ankündigt (erste Auflieger von Stückgutfrachtern), sehen sich die westdeutschen Kapitalisten gezwungen, ihre Kapazitäten der Großwerften zu reduzieren. Dies macht erhebliche Investitionen nötig.

Daß diese Investitionen für HDW fließen, wird der Aufsichtsrat am 28. Januar beschließen. Immerhin sind jetzt schon 30 Millionen DM von den staatlichen Anteilseignern (Bund 74,9%, Land Schleswig-Holstein 25,1%) zugesagt. Ahlers, Vorstandsvorsitzender, verbürgt auch für die Rentabilität der Investitionen: Streichung der außertariflichen Sozialleistungen.

Spionage-Prozeß Gewerkschaftssekretär unter Beschuß

Hamburg. Seit dem 18.11.82 steht der Bildungssekretär der IG Metall Hamburg, Hermann Gaßmann, vor Gericht. Am 28.3.81 wurde er unter dem Vorwand der geheimdienstlichen Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR verhaftet, sechs Monate Isolationshaft folgten. Vorgeworfen wird ihm, was er nie bestritten hat: daß er sich seit 1955 in regelmäßigen Abständen mit dem DDR-Bürger Erich Brehmer getroffen hat. Verdächtig sei u.a., daß er die Besuche gegenüber seinem Gewerkschaftsvorstand verheimlicht habe. Warum? Er fürchtete um seinen Arbeitsplatz. Zu Recht, wie sich herausstellte; IGM-Vorsitzender Loderer im Prozeß: „Wenn ich davon gewußt hätte, hätte ich mich des Mannes entledigt.“

Angeklagt ist Gaßmann nach § 99 des Strafgesetzbuches, nach dem zu verurteilen ist, „wer 1. für den Geheimdienst einer fremden Macht eine geheimdienstliche Tätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland ausübt, die auf die Mitteilung oder Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gerichtet ist ...“. Seit 1968 ist diese Tätigkeit ausdrücklich nicht mehr an den Begriff des Staatsgeheimnisses geknüpft. So konnte 1979 der Wissenschaftler Fahrig verurteilt werden, weil er einem Kollegen (seinem Schwager) in der DDR 30 öffentlich zugängliche Publikationen über Krebs- und Genforschung gegeben hatte.

Daß besagter Brehmer MfS-Mitarbeiter war, wird vorausgesetzt, nicht bewiesen. War er einer, und Gaßmann wußte es nicht, so ist dies laut Rechtsprechung unerheblich: „Auch ohne die Vorstellung des Täters, in einem Geheimdienst mitzuarbeiten“, kann er verurteilt werden, wenn „objektive Beobachter“ den Eindruck haben, daß er wichtige Informationen weitergegeben hat (BGH 24/372-73). Die „objektiven Beobachter“ sind die westdeutschen Verfolgungsbehörden.

Solcherlei auf fadenscheinige Verdachtsmomente gegründete Prozesse gibt es seit dem Fall V. Agartz 1957 regelmäßig. Sie richten sich gegen gewerkschaftliche Bestrebungen, durch Tätigkeit und Beschlußfassung mit „Wiedervereinigung“ und Revanchismus aufzuräumen. Sie sollen von vornherein mit dem Geruch der Agententätigkeit behaftet werden. Eigentlich ein Grund für die Gewerkschaften, dem § 99 StGB den Kampf anzusagen.

Selbstheilung und Kräuter, Familie und Nachbarschaft zur Rettung des Volksganzen

München. Zwei praktische Ärzte berichten über Auswirkungen der Kostendämpfung im Gesundheitswesen in ihrer Praxis. Die liegt im Stadtteil Milbertshofen, in dem in München die niedrigsten Löhne und Renten anzutreffen sind. Dementsprechend findet sich ein hoher Anteil von Nacht- und Akkordarbeitern, deren Arbeitskraft vorzeitig verschlissen ist. Sie leiden vor allem unter chronischen, oft kombiniert auftretenden Erkrankungen.

„Die Patienten kommen jetzt später in die Praxis und haben oft auf eigene Kosten Medikamente gekauft. Viele versuchen durch Bettruhe nach der Arbeit und am Wochenende eine Krank-

ansteigt: 1981 waren das allein 60% aller Antragsteller, davon zu 40% wegen Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Jeder Dritte war unter 55 Jahre alt.

„Unter dem Druck der Kostendämpfung befürchten die Patienten, daß ihnen wichtige Medikamente vorenthalten werden, und bieten an, Teile der Kosten zu übernehmen. Bei der Behandlung des Bluthochdrucks spielt die selbstständige Kontrolle der Blutdruckwerte eine entscheidende Rolle. Die Bezuschussung der Meßgeräte durch die Kasse wurde jetzt verboten. So sollen die Versicherten gezwungen werden, aus Sorge um ihre Gesundheit aus eigener Tasche zu zahlen.“

Leistung steigern-



Alkohol meiden!

Zwei Männer --

zwei Weltanschauungen



„Der Verschuldensmaßstab muß verschärft werden. Für den Ausschluß von Leistungen muß genügen, daß der Versicherte die Gefährlichkeit und Verantwortungslosigkeit seines Verhaltens kennt. Karenztage, ein Freiraum für Eigenverantwortung.“ Stellungnahme von Dr. jur. W. Schmitt, Richter am Bundessozialgericht, in „Der Kassenarzt“, Nr. 50/1982. Bild: Nazipropaganda für Wehrrüchtigung und Leistungssteigerung.

schreibung zu umgehen. Oft müssen wir sie überreden, zu Hause zu bleiben und sich auszukurieren. Gleichzeitig häufen sich die Anrufe von Arbeitgebern, die sich nach den Ursachen der Arbeitsunfähigkeit oder deren weiterer Dauer erkundigen. Besonders bei akuten Schmerzzuständen an Knochen und Gelenken müssen wir oft gegen unsere Überzeugung eine starke Schmerzspritze geben, damit die Leute wieder zur Arbeit gehen können.“

Mit 4,3% ist der Krankenstand in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) der niedrigste seit 15 Jahren. Die Anträge auf Durchführung eines Heilverfahrens (Kur) sind in Bayern um ca. 30% zurückgegangen, während die Zahl der Frührentner wegen Berufungs- oder Erwerbsunfähigkeit weiter

Mit Verkürzung der Verweildauer und Abbau der Planstellen sind die Verhältnisse in den Krankenhäusern unerträglich geworden. Das Krankenhaus München-Schwabing, das für den Stadtteil zuständig ist, hatte bereits 1979 eine durchschnittliche Verweildauer von 11,6 Tagen, während der Bundesdurchschnitt 1981 bei 16,6 Tagen lag. „Insbesondere die chronisch Kranken weigern sich immer öfter, ins Krankenhaus zu gehen, zum Teil mit der Begründung: ‚Sterben kann ich auch daheim‘. Viele werden von ihren Angehörigen gepflegt und gefüttert, teilweise auch mit Getränken und frischem Obst versorgt. Der Begriff ‚Heilung‘ ist aus dem Wortlaut des Krankenhausfinanzierungsgesetzes gestrichen worden (1981). Die Untersuchun-

gen werden in einer Geschwindigkeit an den Patienten durchgeführt, daß sie zu Hause oft Tage brauchen, bis sie sich erholt haben. Um kurzfristig Besserung und damit Entlastung zu erreichen, werden starke Medikamente eingesetzt. Langfristig zeigt sich dann, daß keine wirkliche Linderung eingetreten ist. Viele gehen deshalb zum Heilpraktiker oder benutzen natürliche Heilmittel, müssen aber dafür bezahlen, da die GKV dafür nicht aufkommt.“

Solche Selbsthilfe wurde durch die Kostendämpfungspolitik der letzten Jahre praktisch erzwungen, und CDU und CSU wollen jetzt darangehen, sie für weitere Einsparungen zu nutzen. Die „soziale Marktwirtschaft“, jene „Schicksalsgemeinschaft der in der Wirtschaft Tätigen“, erklärt der damalige CSU-Generalsekretär Stoiber auf dem Gesundheitspolitischen Kongreß der CSU, 17. Juli 1982, „ist in Gefahr“, eine „Tendenzwende“ müsse eintreten. Ein Umerziehungsprozeß müsse zur „Neubelebung der Solidarüberzeugung der Versicherten“ führen, präzisierten die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in ihrem gesundheitspolitischen Programm vom 1. September 1982. Der Arbeiter soll endlich begreifen, daß „nicht abänderbare Mängel und Beschränkungen (der) körperlichen, geistigen und seelischen Fähigkeiten als Teil (der) Lebenssituation akzeptiert werden“ müssen. „Eigenverantwortung“, Bemühen um „gesunde Lebensführung“, das soll ihm von der Wiege bis zum Tod einge-trichtert werden. Beim Eintreiben unbezahlter Krankenpflege liegt in der Familie der „wichtigste Ansatzpunkt für solidarische Selbsthilfe bei chronischen Krankheiten und Pflegebedürftigkeit“.

Im Krankenhaus sollen deshalb die Besuchszeiten so gelegt werden, daß sie „den Familien der Kranken breite Möglichkeiten zur Betreuung ihrer Angehörigen und zur Mithilfe bei deren Heilung eröffnen“. Sollte sich dann herausstellen, daß dem chronisch Kranken sowieso nicht mehr zu helfen ist, dann kann das „Recht auf menschenwürdiges Sterben“ besonders kostengünstig in der Familie verwirklicht werden. Nicht die Krankenhäuser sollen so gestaltet werden, daß die Sterbenden nicht ins Bad abgeschoben werden müssen, sondern die Familie muß sich darauf einstellen, daß sie zu Hause abgeladen werden. Übergänge

Kapitalisten: Ohne Karenztage kein Wirtschaftswachstum

Nicht daß man die SPD verteidigen möchte für ihre Sozialpolitik, aber die Behauptung von Kapitalistenvertretern und christlicher Reaktion, der Minister Ehrenberg wäre kein guter Kostendämpfer gewesen, ist wirklich falsch. 1982 wird es in der gesetzlichen Krankenversicherung zum erstenmal einen Einnahmeüberschuß von ca. 1,5 Milliarden DM geben (s. Graphik).

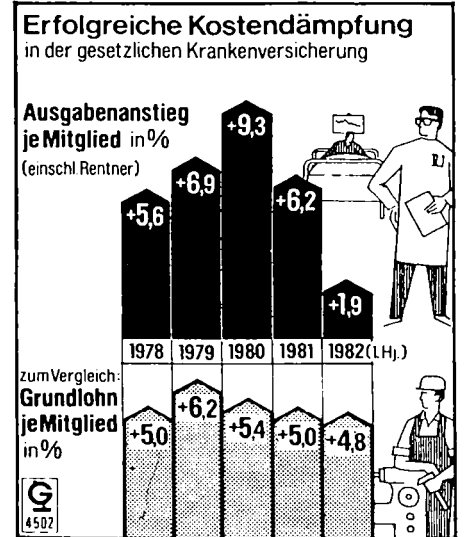
Das ist ungefähr der Betrag, den Minister Blüm (CDU) jetzt durch weitere Erhöhung der Rezeptgebühr auf 2 DM, durch Kostenbeteiligung von 5 DM pro Krankenhaustag für die Dauer von 14 Tagen und die Streichung von Bagatellarzneimitteln aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen (GKV) bei den Versicherten eintreiben will. Nein, daran soll es nicht gelegen haben, nur die Gangart war den Kapitalisten nicht schnell und nicht ergiebig genug. Der SPD-Regierung wäre auch eine offene Einführung von Karenztagen, das sind unbezahlte Krankheitstage bei Arbeitsunfähigkeit und damit Einschränkung des Rechtes auf Lohnfortzahlung, schlecht zu Gesicht gestanden.

Diesen Angriff soll jetzt die christliche Reaktion führen, und sie vollendet

erst einmal, was die SPD angefangen hat. Die Krankenhausbühren (s.o.) werden bei der Gelegenheit gleich von 7 auf 14 Tage ausgedehnt. Das alles ist notwendig, um die Krankenkassen wieder zu Kapitalgebern zu machen. Darin waren sich Kohl, Strauß, Genscher und Schmidt schon vor sieben Jahren im Bundestagswahlkampf einig. Wer immer politischer Geschäftsführer in Bonn wird, das Finanzkapital fordert, daß „eine schärfere Trennlinie zwischen den Aufgaben des Bundes und den Aufgaben der Sozialversicherung eingehalten wird.“

Staatliche Zuschüsse an die Sozialversicherung werden also nicht mehr hingenommen, stattdessen soll der Staat „Risikokapital ... schaffen, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken.“ Die ist auf Grund der hohen Lohnnebenkosten der Kapitalisten bedroht. 1981 kostete in der Industrie eine Arbeiterstunde durchschnittlich 25,03 DM, davon sind 10,89 DM für Sozialversicherung, Lohnfortzahlung, bezahlter Urlaub u.a. 34 Milliarden DM mußten sie allein für Lohnfortzahlung während der ersten sechs Wochen zahlen, ca. 90% aller Krankheiten fallen in diesen Zeitraum.

Die westdeutschen Imperialisten sind fast die einzigen in der EG, die es nicht geschafft haben, Karenztage gegen die Arbeiterbewegung durchzusetzen. Um nun diese „Rahmenbedingungen“ zu verbessern, wird entweder eine „zeitliche Staffelung des fortzuzahlenden Entgelts“ gefordert oder die „Wiedereinführung der Karenztage“. Ab April 1983 sollen bei Bagatellerkrankungen die Versicherten die Kosten für „Bagatellarzneimittel“ übernehmen. Blüm zielt auf die Grippe, die rund 30% des Krankenstands ausmachen soll. In Japan müssen die Arbeiter bei Grippe Urlaub nehmen. (Quellen s. S. 27)



und Abgrenzung lassen sich dabei fließend festlegen.

Ausbau des Selbstverschuldungsprinzips bei „nachweislicher Mitverursachung durch persönliches Fehlverhalten“ und stufenweise Ausgrenzung von Leistungen aus der GKV durch „solidarische Selbsthilfe“ bis hin zur Achtung und Verfolgung der Versicherten, die sich dagegen wehren, sind

die gesundheitspolitischen Ziele der christlichen Reaktion. So soll dem Staat geholfen werden, das „Versorgungsdenken, das für jeden einzelnen Bürger schädlich ist und dem Volksganzen keinen Nutzen bringt“ (CSU), bei den Versicherten auszurotten. Dazu liegen einschlägige Erfahrungen in der Arbeiterbewegung vor.

„Niedriger Wochenlohn und Ka-

renztage“, berichten zwei Arbeiterhepaare, „waren die Hauptmittel, mit denen die Nazis uns trotz Krankheit zur Arbeit gezwungen haben. Wir mußten viel auf Schulden oder Abzahlung einkaufen. Wenn freitags dann der Lohn von drei Arbeitstagen wegen Krankheit fehlte, dann gab's nichts zu essen. Nach drei Tagen gab es Krankengeld, das waren zwei Drittel vom Lohn, nach acht Tagen kam die Vorladung zum Vertrauensarzt. Da die Miete bis zu einem Wochenlohn betrug, konnte man auf die Dauer vom Krankengeld nicht leben. Die Bespitzelung durch die Krankenbesucher der AOK war scharf. Wurde man auch nur beim Einkaufen erwischt, konnte ein Tagesatz gestrichen werden. Es gab Vertrauensärzte, die dafür sorgten, daß man sich auskurirt. Dann kamen die Hausbesuche von der Arbeitsfront (d.i. die Betriebsorganisation der Faschisten nach Zerschlagung von Gewerkschaft und Betriebsrat), und sie haben einen unter Druck gesetzt. 1942/43 war die Gesundheitslage so schlecht, daß die Frauen nach der Entbindung ihre Kinder schlecht stillen konnten. Wer einen Garten hatte oder Beziehungen auf's Land, konnte sich helfen.“



Wohnung von Tuberkulosekranken – Nazipropaganda



Die CDA fordert in ihrem gesundheitspolitischen Programm, „das Wissen über natürliche Heilverfahren und Heilmittel, das bis zum Beginn unseres Jahrhunderts in der Bevölkerung weit verbreitet war, muß den Menschen wieder nahegebracht werden. Homöopathische Medizin und natürliche Heilmittel müssen größeren Raum bekommen. Medizinstudenten und jungen Ärzten muß verstärkt Gelegenheit gegeben werden, diese Verfahren während ihres Studiums und bei der praktischen Ausbildung kennenzulernen. Insbesondere sind Medikamente und Verfahren zu bevorzugen, die die Abwehrkräfte und Selbstheilungsmechanismen des Körpers nicht ausschalten, sondern stützen.“

Die christliche Reaktion versucht, die wachsende Protestbewegung gegen Verschlechterung der Gesundheitsversorgung und Versagen der Schulmedizin vor ihren Karren zu spannen. Dagegen wird man vorgehen können unter anderem mit der Forderung nach Bezahlung aller Naturheilmittel und Behandlungen, auch beim Heilpraktiker, durch die gesetzliche Krankenversicherung. Die Homöopathin Dr. med. V. Carstens, Gattin des Bundespräsidenten, hat eine gemeinnützige Stiftung gegründet, da für solche Zwecke „vom Staat zur Zeit kaum Geldmittel zu erwarten sind“.

Psychologie des Sozialversicherten

CSU: „... daß in unserem Volk die Tendenz dahin geht, lieber eine Krankheit zu haben als gesund zu sein. Der Staat hat hier psychologisch ungeheure Fehler gemacht und schafft allmählich ein Volk von Fröhrentnern und Hobbyarbeitern.“

NS-Propaganda: „Scheu vor jeder selbständigen Entscheidung, vor Verantwortung; stattdessen Vorliebe für alles Sich-gehen-lassen, Begehrlichkeit, kritiklose Forderung an die ‚Kasse‘ oder den ‚Staat‘ ... Verlust allen Stolzes, aber auch aller menschlichen Wärme (Familie!), Neigung zu politischer Hetzerei.“

Gesundheit

CDA: „Gleichzeitig ist durch die Abschwächung von religiösen und ethischen Sinnwerten, die über das Leben des einzelnen hinaus tragfähig sind, Gesundheit für viele zum höchsten Lebenswert geworden. Der Inhalt des Begriffs Gesundheit ist überdehnt worden – wie dies in der Definition der Weltgesundheitsorganisation zum Ausdruck kommt, wo Gesundheit als der Zustand des völligen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens bezeichnet wird. Krankheit, Schmerz und Tod werden nicht mehr als etwas Natürliches angesehen, das ertragen werden muß und bei dessen Bewältigung die Medizin lediglich helfen und lindern kann.“

NS-Propaganda: „Selbst ein defekter, geschädigter, in seiner Kraft beschränkter Organismus kann noch Leistung vollbringen und muß sich nicht

in jedem Fall wertlos und überflüssig fühlen. Ja, er hat dazu streng genommen nicht einmal das Recht. Wir sind nicht nur eine Volksgemeinschaft, sondern auch und zwar gerade deswegen eine Leistungsgemeinschaft.“

Arbeitsunfähigkeit

CSU: „An der Sozial- und Finanzfront sieht es aber so aus, daß derzeit 49% des Bruttosozialprodukts vom Staat verteilt werden. Den Frontbesucher muß man fragen, ob er nicht glaubt, daß sich viele Bürger überlegen, bei den 49% sein zu wollen, weil es ja keine Rolle spielt, ob man arbeitet und dann zu den 51% gehört oder nicht arbeitet und dann bei den 49% ist.“

„Wir treten nach wie vor für die sinnvolle Bewahrung des sozialen Netzes ein, das aber nicht zu einer sozialen Hängematte und zu einem Selbstbedienungsladen entartet werden darf.“

NS-Propaganda: „Freie Bahn dem Untüchtigen! Tag für Tag stürmt das gewaltige Heer der Krankengeldbegehrenden gegen die gesamte deutsche Ärzteschaft an, welche dasteht wie eine Mauer und alle ihre gute Kraft damit verschwenden muß, den Ansturm abzuwehren.“

Arbeitsmedizin

CDA: „Die Arbeitswelt ist für den arbeitenden Menschen neben der Familie der wichtigste Lebensbereich. Sie hat zentrale Bedeutung als Gefährdung und Ursache zahlreicher Krankheitszustände. Wir wiederholen die Forderung der CDA von 1975: ‚Gesundheitsschutz muß Vorrang vor Ren-



Wie lange noch darf jüdischer Geist die Deutsche Reform knebeln?

„Wie lange noch darf jüdischer Geist die Deutsche Reform knebeln?“ (NS-Zeitschrift „Deutsche Volksgesundheit aus Blut und Boden“, 1933)

tabilität haben. Menschengerecht ist eine Arbeit, wenn sie keine gesundheitliche Gefährdung hervorruft ...“

NS-Propaganda: Das „Amt für Schönheit der Arbeit“ inszenierte in der „Deutschen Arbeitsfront“ Kampagnen für „Warmes Mittagessen im Betrieb“, für „Sonne und Grün allen Schaffenden“, für „Gutes Licht – Gute Arbeit“ und „Saubere Menschen im Betrieb“.

Die Entwicklung der gesetzlichen Unfallversicherung und Krankenversicherung zeigt am klarsten, was davon zu halten ist:

Die Arbeitsunfähigkeitsfälle je 100 Mitglieder der GKV stiegen trotz schwerster Unterdrückung von 36,1 (1933) auf 47,6 (1939). Die durchschnittliche Krankheitsdauer wurde gedrückt von 25,6 Tagen (1933) auf 22,6 Tage (1937). Die Zahl der Verletzten und Erkrankten in der gesetzlichen Unfallversicherung stieg von 3,7% (1933) aller Versicherten auf 6,0% (1938), wobei im gleichen Zeitabschnitt die tödlichen Unfälle von 24,1 pro 100000 Versicherte anstiegen auf 30,2. Die Anerkennung als Arbeitsunfall oder Berufskrankheit wurde gesenkt von 7,9% aller neu gemeldeten Fälle (1933) auf 5,1% (1938).

Gesundheitsführung

CDA: „Die Eigenverantwortlichkeit ist zu stärken. Dem Konsumenten und der Anspruchsinflation im Gesundheitswesen muß entgegengewirkt werden. Die Menschen sind verstärkt hinzuführen zu gesundheitsbewußtem Verhalten und zur Entfaltung und Anwendung von Selbstbehandlungswissen und Selbsthilfefähigkeit.“

NS-Propaganda: „Alle Gesundheitsführung kann darum auch nur in verständnisvoller Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft und jedem einzelnen Erfolg haben ... Er muß in freimütiger Zustimmung selbst diese Maßnahme unterstützen durch Körperpflege, Ausnützung der natürlichen Heilkräfte wie Licht, Luft, Sonne und zweckmäßige Lebensweise.“

„In diesem Daseinskampf unseres Volkes ist Gesundheit eine Pflicht, schon um damit auch die Arbeitskraft zu erhalten.“

Quellenhinweis: Sozialausschüsse der Christlich-DEMOKRATISCHEN Arbeitnehmerschaft (CDA). Gesundheitspolitisches Programm vom 1. September 1982; Gesundheitspolitischer Arbeitskreis der CSU, Kongreßmanuskripte, München, 17. Juli 1982; Projektgruppe „Volk und Gesundheit“ (Hrsg.), Volk und Gesundheit, Heilen und Vernichten im Nationalsozialismus, Tübingen, 1982; W. Wuttke-Groneberg, Medizin im Nationalsozialismus, Würmlingen 1982; Verschiedene Ausgaben des Jg. 1982 von „Der deutsche Arzt“, Zeitschrift des Hartmannbundes; „Der Kassenarzt“, „Deutsches Ärzteblatt“

Belgische Stahlkapitalisten: Löhne senken!

Die belgische Regierung hat zur Bedingung für die Zahlung der Verluste des Stahlkonzerns Cockerill-Sambre die Senkung der Löhne und Gehälter gemacht. Konzernleitung und Regierung fordern, daß die Löhne und Gehälter noch in diesem Monat um 5 bis 10% gesenkt werden. Erst zu Ende letzten Jahres hatte die Stahlarbeitergewerkschaft einem Lohnvertrag für die Stahlarbeiter zugestimmt, der eine reale Senkung der Löhne um 8% bedeutet. Die Kapitalisten und die Regierung erklären, ohne weitere Lohnsenkungen sei an eine Sanierung des Konzerns nicht zu denken. Nachdem zu Beginn des letzten Jahres die Stahlkapitalisten eine Senkung der Produktionskapazitäten von derzeit 11 Mio. t Stahl im Jahr auf 6,5 Mio. Jahrestonnen im Jahr 1985 angekündigt hatten, sollen die Produktionskapazitäten 1985 noch höchstens 5 Mio. Jahrestonnen betragen. Mehr als die Hälfte der insgesamt 25000 Arbeiter sollen bis 1985 entlassen werden. Kapitalisten und Regierung verweisen mit ihren Forderungen nach Lohnsenkung und ihren Sanierungskonzepten auf

Papstbulgarenmörder-ente aufgefliegen

Etwa ein halbes Jahr Zeit und der Besuch italienischer Geheimpolizisten bei dem Papst-attentäter Ali Agca, einem türkischen Faschisten, waren nötig, um die Presselüge um die Welt zu jagen, der bulgarische Staat habe an dem Mordversuch mitgewirkt. Nicht vergessen ist das Unternehmen, dem bulgarischen Kommunisten Dimitroff wegen des von den Nazis gelegten Reichstagsbrandes einen tödlichen Prozeß zu bereiten. Diesmal richtete sich die Verleumdung gegen das sozialistische Bulgarien, erklärte der Generaldirektor der bulgarischen Nachrichtenagentur



BTA am 19.12. 1982. Der italienische Untersuchungsrichter ist in die VR Bulgarien eingeladen, um seiner Wahrheitsfindung auf die Sprünge zu helfen. Die Lüge war zuerst von dem US-amerikanischen

„Reader's Digest“ verbreitet und den italienischen Behörden „erläutert“ worden. Sie erwies sich als Mittel zur Kolportage, daß jeder hochgestellte westliche Politiker die Dolche östlicher Agenten zu fürchten habe. (FAZ am 14. 12.) Feststeht, daß der von Agca angeblich auf einem Foto identifizierte Angestellte der bulgarischen Luftfahrtgesellschaft Antonow in Wirklichkeit ein amerikanischer Tourist ist. Wahr ist ferner wahrscheinlich, daß der CIA einen weiteren, vom bulgarischen Staat inhaftierten Türken vor der Aussage der Wahrheit bewahren möchte, die den Geheimdiensten und den USA nicht gut bekäme.

die Zugeständnisse, die ihre europäischen Konkurrenten gegenüber den Stahlarbeitern in Luxemburg und im Saarland schon durchsetzen konnten.

Frankreich: Kämpfe der Automobilarbeiter

Nachdem im Dezember vergangenen Jahres bei Citroen und Peugeot in Frankreich die Arbeiter mit Unterstützung der CGT für eine Änderung

der Taktzeiten an den Montagebändern, für Erhöhung der Duschzeiten und Lohnzulagen gekämpft haben, streiken derzeit 200 Arbeiter im Werk Flint des französischen Staatskonzerns Renault. Sie fordern eine höhere Lohneinstufung, die Zahlung einer Prämie in Höhe von 300 Francs und die Ausdehnung der täglichen Duschzeit von 15 auf 25 Minuten. Renault versucht, den Streik durch Aussperrung der gesamten Belegschaft zu brechen.

Gegen Hatz auf illegale Einwanderer

Angesichts der US-amerikanischen Vorbereitungen, die Einwanderungsgesetze für illegale Einwanderer in die USA zu verschärfen, erklärte der Generalsekretär der „National Union of Immigrant Workers of the Republic of Mexiko“, J. Medina: Diese verschärfte Verfolgung der illegalen Einwanderer bedeute für US-amerikanische Kapitalisten ein Werkzeug, die Ausbeutung illegaler Arbeiter noch weiter zu verschärfen. Ca. 3,5 Mio. mexikanische Arbeiter würden durch das Gesetz aus den USA verwiesen. Da sie über keine andere Lebensgrundlage verfügen als die illegale Arbeit zu Hungerlöhnen auf den US-Farmen und bei anderen Kapitalisten und in Mexiko schon jetzt mehrere Millionen arbeitslos sind, stünden diese Arbeiter den US-Kapitalisten dann noch billiger zur Verfügung, unter verschärfter Strafverfolgung müßten sie jede Arbeit annehmen.

Miami: Aufruhr der Schwarzen

Nachdem in Miami, Florida, Ende Dezember ein Polizist einen schwarzen Jugendlichen in einer Spielhalle erschossen hatte, demonstrierten 600 schwarze Jugendliche. Als die Polizei die Demonstration angriff, schlugen die Demonstranten zurück. Die Kämpfe in dem Stadtviertel Overtown dauerten drei Tage. Die Polizei tötete dabei einen zweiten Schwar-

zen. Sie besetzte ganze Straßenzüge, riegelte das Stadtviertel nach außen vollständig ab und unterdrückte den Aufstand brutal. Seit dem Aufstand 1980 in dem benachbarten Stadtviertel Liberty, bei dem die Polizei 18 Schwarze tötete, hat der Staat die Unterdrückung der Schwarzen in den Ghettos verstärkt. Nach dem Aufstand 1980 in Miami

hatten die Schwarzen in anderen Städten mehrere Aufstände organisiert. Die US-Bourgeoisie weiß, wie stark sie die Lebensbedingungen der Schwarzen weiter verschlechtert hat und fürchtet, daß der Aufruhr in einer Stadt sich rasch auf andere Städte ausweiten kann. In Miami sind über 70% der schwarzen Jugendlichen arbeitslos. In den Ghettos in Miami verdient die Hälfte der schwarzen Familien weniger als die Hälfte des mittleren Einkommens. Schon 1980 verdienten 38% aller schwarzen Familien weniger als das offizielle Existenzminimum. Die Sozialleistungen, auf die Familien für das Überleben angewiesen waren, hat die Reagan-Regierung zu einem großen Teil gestrichen. Die 240000 Schwarzen in Miami stellen das Rekrutierungsfeld für die Hotelketten, Restaurants und Vergnügungsbetriebe. Die Kapitalisten nutzen die Hunderttausende von Flüchtlingen aus Lateinamerika und die Exilkubaner, um die Löhne auf einen Hungerstand zu drücken.



OAS: Malwinen gehören zu Argentinien

Aus Anlaß des 150. Jahrestages der Eroberung der Malwinen durch die britischen Imperialisten bekräftigte die Organisation amerikanischer Staaten (OAS) mehrheitlich den argentinischen Souveränitätsanspruch über die Malwinen. Die OAS forderte Großbritannien auf, den Beschluß der UNO-Generalversammlung über neue Verhandlungen über die Souveränität über die Malwinen einzuhalten.

Dänemark

Hafenarbeiter in 32 Häfen streiken gegen neue Arbeitslosengeld-Regelung

Am 15. Dezember hatte der Streik in einigen kleineren Häfen begonnen. Nach und nach haben sich die Arbeiter in den anderen Häfen angeschlossen. Noch vor Weihnachten wurden alle 32 Häfen erfolgreich bestreikt.

Die von der konservativen Regierung beschlossene Regelung sieht vor: Für Tage, an denen nicht gearbeitet werden kann, erhalten Arbeiter eine Arbeitsausfallunterstützung von 266 Kronen statt wie bisher 335 Kronen (statt 117 DM nur noch 93 DM). Das bedeutet für Hafenarbeiter, die nie an allen Tagen der Woche arbeiten können, eine Einbuße von 10000 bis 15000 Kronen im Jahr.

Presse, Rundfunk und Fernsehen haben über diese Aktionen, die sich gegen die Regierung richten, eine totale Nachrichtenblockade verhängt. Am 29.12.82 kam eine Delegation von drei Vertretern der streikenden Hafenarbeiter aus Aarhus nach Hamburg, um über ihren Streik zu informieren und um Unterstützung zu bitten. In einem Flugblatt wird berichtet:

„Wir haben sehr viel Sympathiebekundungen von Gewerkschaften, Betrieben und sogar von einzelnen Arbeitgebern bekommen. Die dänische Arbeitgebervereinigung hat an das Folketing (Parlament) die Forderung gestellt, daß die neue Regelung für drei Monate ausgesetzt wird. Das gibt uns aber keine Garantie. Es ist in allen dänischen Häfen nicht ruhig geblieben. Es ist deutlich, daß die Arbeitgeber versuchen, unseren Zusammenhalt zu zerstören. Sie versuchen, den Streik in den kleineren Häfen zu brechen. In

Hirtshals hat es sich zu einer regelrechten Schlacht zwischen Hafenarbeitern und der Polizei entwickelt. Seeleute haben die dreckige Streikbrecherarbeit geleistet. Hafenarbeiter von Aalborg sind hingefahren, um den Kollegen von Hirtshals zu helfen.

Am Montag 27.12.82 wurde ein Hafenarbeiter aus Aalborg bei der Blockade von bestreikten Gütern im Hafen von Hirtshals getötet. Während die Polizei den Hafen abspernte und Seeleute das Schiff löschten, blockierten Hafenarbeiter die Lagerhalle, von der aus die Güter weiterverladen werden sollten. Bei dieser Aktion wurde



„Hafenarbeiter und Seeleute – gleicher Kampf“. „Nein zur 266-Kronen-Regelung“. Hafen Esbjerg.

unser Kollege getötet, als ein holländischer LKW, von einem Direktor der Firma herangewunken, in die Reihe der Streikposten fuhr.

Gerade weil dies passiert ist, fordern wir alle Arbeiter auf, unseren Streik noch stärker zu unterstützen.“ (Beschlossen auf einer Versammlung der Hafenarbeiter von Aarhus am 28.12.82).

In der Zwischenzeit hat sich die Auseinandersetzung verschärft. Die Regierung hat am 6.1.83 noch einmal bekräftigt, daß die Hafenarbeiter von der neuen Regelung nicht ausgenommen werden.

Der dänische Arbeitgeberverband hat bei einer Schiedsstelle beantragt, daß jeder Hafenarbeiter, der trotz Aufforderung zur Wiederarbeit den Streik fortsetzt, Strafe zahlen muß. Dies ist auf der Grundlage eines alten Gesetzes möglich. Die Strafe beträgt 32 Kronen pro Stunde Streik. Diese Summen können nicht ernsthaft eingetrieben werden. Bisher wurde auf dieses Gesetz auch bei ähnlichen Aktionen nicht zurückgegriffen.



Polizeiaktion 30.12.82 Esbjerg.

Die Hafenarbeiter können den Streik und die Blockade gegen massive Polizeieinsätze halten. Kolding, 6.1.: „Zusammenstöße zwischen Polizei und Hafenarbeitern, als ein Schiff mit Futtermitteln boykottiert wurde. Mehrere Hafenarbeiter wurden von Hunden gebissen. Ein Polizeiasistent verlor mehrere Zähne ... Große Polizeieinheiten aus ganz Süd- und Sonderjütland halten sich diese Nacht in der Stadt auf. Es werden weitere Auseinandersetzungen erwartet.“ Esbjerg, 5.1.: „Landwirtschaftliche Produkte wie Schinken, Butter und Käse im Wert von wöchentlich 60 Mio. Kronen werden blockiert. Es wird überlegt, diese Verschiffung über Hamburg oder holländische Häfen zu machen.“ Am 10.1. haben sich 500 Frauen der Fischindustrie in Nordjütland dem Streik angeschlossen. Sie sind durch die Senkung der Unterhaltssätze in gleicher Weise wie die Hafenarbeiter betroffen.

Im Streikinfo 3 heißt es zur Lage: „An allen Stellen der Streikbruchversuche trafen sie (die Arbeitgeber) auf Blockade. In den allermeisten Fällen ist es geglückt, den Streikbruch zu verhindern.“

Weil die Gewerkschaft den Streik als politischen Streik nicht tragen kann, wird kein Streikgeld gezahlt. Eine wichtige Unterstützung ist deshalb die Spendensammlung. Kontakt: Ostergade 46, 8000 Aarhus C, Tel. 191674. In Hamburg wurde ein Solidaritätskonto eingerichtet. Postscheckkonto Hamburg Nr. 70183-203, U. Gay. Kennwort „Hafenstreik DK“.

Quellenhinweis: Flugblätter der Hafenarbeiter Aarhus, Solidarität Dez. 82 bis Jan. 83; Politiken verschiedene Ausgaben; Amtsavisen Randers 23.12.82.

Irland

Imperialisten erhoffen willfähige Regierung

Die Erhöhung von Benzin-, Tabak- und Alkoholsteuern kündigte die neue irische Koalitionsregierung unter Premierminister FitzGerald am letzten Freitag als Vorgeschmack auf ihren Haushalt an, der am 9.2. veröffentlicht werden wird. Der Haushalt soll ein „Sparhaushalt“ werden.

Die Wahl Ende November, die FitzGerald wieder ins Amt des Premierministers brachte, war notwendig geworden, weil sein Vorgänger Haughey daran gescheitert war, ein Spar- und Ausgabenkürzungsprogramm durchzusetzen. Die Wahl zuvor, im Februar 1982, folgte dem Rücktritt des jetzigen Premierministers FitzGerald, der erfolglos versucht hatte, die höhere Besteuerung von Kinderkleidung und die Versteuerung der Sozialhilfe durchzusetzen.

Die diversen Sparprogramme werden Irland von seinen europäischen „Partnern“, die auch die größten Gläubiger des Landes sind, diktiert. Irlands Pro-Kopf-Verschuldung gegenüber dem Ausland ist die höchste in Westeuropa. Mitte 1982 schuldete das Land dem Ausland etwa 4,7 Milliarden irische Pfund, ca. 16,5 Milliarden DM. Der größte Teil davon ist in DM rückzahlbar (1,9 Milliarden Pfund).

Vor allem die britischen Imperialisten erhoffen sich von der Regierung FitzGerald eine ihnen bequemere Nordirland-Politik. Schließlich hatte FitzGerald, als seine Fine Gael Partei zuletzt in der Regierung war, über Verfassungsänderungen nachgedacht, die den Anspruch auf die Einheit Irlands aufgeben würde. Haughey lehnte solche Änderungen ab, verärgerte Margaret Thatcher, als er gegen die britische Aggression gegen die Malwinen-Inseln Stellung nahm und die neue, von der Regierung Thatcher konstruierte „nordirische Versammlung“ verurteilte.

Aber keineswegs war Haughey bei den Wahlen der „fortschrittlichere Kandidat“ für die Arbeiterklasse. Die ungelöste nationale Frage in Irland verzerrt die Fronten. Der „radikalere“ Haughey, selbst ein Bourgeois, ist vehementester Vertreter von Lohnstopp und Steuererhöhungen und lehnt jeden Versuch, die Scheidung zu legalisieren, ab. FitzGerald dagegen ist bereit, Nordirland mehr oder weniger aufzugeben und koalitiert dabei mit der kleinen, gleichwohl von einigen Gewerkschaften unterstützten Labour-Partei.

Die republikanischen Organisationen, u.a. die der IRA nahestehende Sinn Féin, haben sich an der letzten Wahl nicht beteiligt, weil sie das Parlament der Republik als Produkt der Spaltung der Insel bekämpfen.

Quellenhinweis: Troops Out, Dezember 1982; Financial Times, versch. Ausgaben; Economist, versch. Ausgaben

Japan

Ein Haushalt für weitere Expansion

Der japanische Militärhaushalt wird im kommenden Jahr um 6,5% steigen, wenn sich die Regierung mit ihrer Haushaltsvorlage im Parlament und gegenüber der Gewerkschaftsbewegung durchsetzen kann. Die gesamten Haushaltsausgaben sollen um 1,4% gegenüber dem Vorjahr angehoben werden, neben der Erhöhung des Militär-etats plant die Regierung Nakasone die Erhöhung der Ausgaben für Entwick-

lungspolitik um 7% und eine Anhebung des Etats für den Ausbau von Energievorräten und Vorräten anderer Rohstoffe, vor allem für die Metallverarbeitung, um 6,1%. Der japanische Kapitalistenverband Keidandren erklärte, die Steigerung des Militärhaushaltes sei unvermeidlich, und zeigte sich zufrieden über die Ankündigung der Regierung, in den nächsten drei Jahren einen Erdöl-, Metall- und Veredelungsmetallvorrat anzulegen, der den Bedarf der Industrie für sechs Wochen decken soll.

Finanzieren will die Regierung diese Ausgabensteigerungen zur Sicherung der japanischen Imperialisten vor allem durch drastische Kürzungen in den Sozial- und Bildungsausgaben und durch Kürzung der Gehälter und Pensionen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten und der Kriegssopfer aus dem zweiten Weltkrieg. Durch eine Steuerreform, die die Kapitalisten bei Investitionen fast vollständig von Gewinnsteuern befreit und die die scharfe Besteuerung der Lohnabhängigen beibehält, rechnet die Regierung mit fast gleichbleibenden Steuereinkünften.

Die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst führen seit Wochen Warnstreikaktionen gegen diese Planungen der Regierung durch. Am 28. Januar konnten sich die meisten Gewerkschaften der Industrie und des öffentlichen Dienstes auf eine Erklärung einigen, in der sie a) die Zurücknahme des Lohnstopps im öffentlichen Dienst fordern, b) eine Steuerreform, die die meisten Löhne und Gehälter von der Besteuerung ausnimmt, c) die Rücknahme der Steigerungen des Militärhaushaltes. Sie wandten sich gemeinsam gegen die Ankündigung des Premierministers vom 9. Dezember, daß die Regierung die Verfassung darauf überprüfen werde, ob die Festlegungen in Artikel 9 noch „zeitgemäß“ seien. Der Artikel 9 der japanischen Verfassung nimmt dem Staat das Recht auf Kriegsführung.

Auch ohne Änderung der Verfassung arbeiten die japanischen Imperialisten zielstrebig daraufhin, ihr Versprechen an die USA einzulösen und sich mit einer Flotte und einer Luftwaffe zu versehen, die in einem Umkreis von 1600 km um die japanischen Inseln „verteidigungsbereit“ sein soll. Dieser Radius würde der japanischen „Selbstverteidigungsgruppe“ militärische Aufgaben bis weit in die VR China, Korea und die Sowjetunion zuweisen. Premierminister Nakasone erklärte am 30.12., ebenfalls müsse überprüft werden, ob in den kommenden Jahren die Militärausgaben nicht über ein Prozent des Brutto sozialproduktes gesteigert werden müssen.

Quellenhinweis: Xinhua News, 10.12., 17.12. und 30.12.82; The Japan Times, v. 30. u. 31.12.82; The Far Eastern Economic Review v. 15.10.82

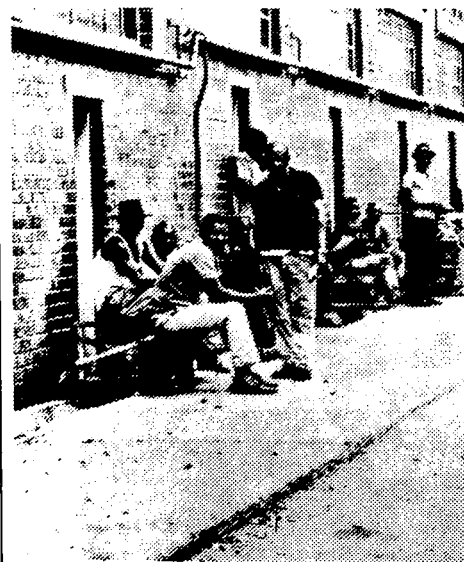
Azania

Kampf der Hafenarbeiter dauert an

Mit der Verhaftung der örtlichen Gewerkschaftsvorstände der General Workers Union (GWU) und der Deportierung von 500 Hafenarbeitern in ihre „Heimatländer“ versucht das südafrikanische Siedlerregime jetzt, den Kampf der Hafenarbeiter von Port Elizabeth und East London zu zerschlagen. Seit einem Jahr führen die Mitglieder der GWU die Auseinandersetzung gegen die staatliche Treuhandgesellschaft SATS um die Anerkennung der GWU als verhandlungsberechtigte Gewerkschaft.

Die GWU hat sich bislang nicht den Registrierungsvorschriften unterworfen, mit denen die südafrikanische Regierung die schwarze Gewerkschaftsbewegung erneut unter ihre Kontrolle bekommen will. In den beiden Hafenstädten sind die meisten Hafenarbeiter in der GWU organisiert, von 1981 auf 1982 wuchs die Mitgliedschaft der GWU von 14600 beitragszahlenden Mitgliedern und ca. 20000 aktiven Mitgliedern auf über 30000 zahlende Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder, die regelmäßig an Versammlungen der GWU teilnehmen, aber keinen regelmäßigen Beitrag zahlen können, liegt nach Schätzungen des Siedlerregimes bei weiteren 30000 bis 40000.

Die SATS hat die Verwaltung und den Betrieb der Eisenbahnen und der Seehäfen in ihren Händen. Sie ist mit 270000 Beschäftigten einer der größten Ausbeuter in Südafrika. Die von der SATS anerkannte und kontrollierte Gewerkschaft „Black Staff Workers Association“ (BSWA) hat seit Beginn der Kampagne der GWU über die



Deportation der schwarzen Arbeiter in die „Heimatländer“ ist ein Zwangsmittel der Siedlerregierung.

Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Zunächst hatte die SATS versucht, durch Zwangsmaßnahmen die Hafenarbeiter in der BSWA zu halten. Als alle Drohungen, selbst die Einbehaltung von Zwangsbeiträgen nicht fruchteten, ging die SATS zur Entlassung der GWU-Mitglieder über.

Obwohl die Arbeitslosigkeit unter den schwarzen Arbeitern in den Vorstädten der weißen Städte bei 25% liegt, gelang es der GWU und anderen schwarzen Gewerkschaften, der SATS erhebliche Schwierigkeiten zu bereiten, die leeren Stellen zu besetzen. Seit Juli führt die GWU Aktionen in den Häfen durch, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen. In den Häfen wird so langsam gearbeitet, daß die imperialistischen Konzerne über Rohstoff- und Materialmangel klagen und inzwischen selbst die SATS zur Anerkennung der GWU auffordern.

Quellenhinweis: Materialien der Informationsstelle Südliches Afrika, Bonn; Xinhua News 4.1.83

Zimbabwe

Die Lösung der Landfrage wird dringender

In diesem Monat wollen die neun afrikanischen Staaten, die sich in der „Konferenz zur Koordinierung der Entwicklung im südlichen Afrika“ (SADCC) zusammengeschlossen haben, ihre Jahreskonferenz abhalten. Ziel der SADCC ist, die wirtschaftliche Abhängigkeit der Staaten des südlichen Afrikas vom Kolonialstaat Südafrika zu verringern. Dazu wurden in den vergangenen Jahren vor allem Projekte zum Ausbau des Transportwesens beschlossen. Jetzt soll die Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung erreicht werden.

Der Zusammenschluß in der SADCC hat die Abhängigkeit von Südafrika durchaus verringern können. So kann Zimbabwe inzwischen die Hälfte seiner Ein- und Ausfuhr über die Häfen Mozambiques abwickeln, während es in früheren Jahren fast vollständig vom Transport durch Südafrika abhängig war.

Trotz dieser Erfolge sind die Kommentare aus imperialistischen Kreisen nicht einfach negativ. So schreibt ein Peter Meyns im „Europa-Archiv“ vom Mai 1982: „Das Vorgehen der SADCC ist auf eine graduelle Verringerung der wirtschaftlichen Vormachtstellung Südafrikas in der Region gerichtet. Dies macht die Unterstützung seiner Entwicklungsziele für den Westen attraktiv.“ Wie das? Als Beispiel beschreibt Meyns die Nahrungsmittelhilfe: „Nationale und regionale Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln ist von

großer Bedeutung, weil mehrere SADCC-Mitglieder, vor allem Mozambique, Sambia und Tansania, in den letzten Jahren erhebliche Mengen einführen mußten und diese teilweise von Südafrika geliefert wurden. Zimbabwe, das im ersten Jahr nach der Unabhängigkeit vor allem aufgrund der positiven Reaktion der weißen Farmer auf den Preisanreiz der Regierung große Maisüberschüsse hatte, koordiniert diesen Bereich.“

Daß also nach wie vor die Hälfte des besten Farmlandes in Zimbabwe sich in den Händen von rund 6000 weißen Farmern befindet, scheint den Imperialisten eine Gewähr, daß sie sich in der SADCC ihren Einfluß sichern können. Sie sind sich auch sicher, daß sich daran nicht so schnell etwas ändern könne. Nicht nur, daß die von den Imperialisten diktierte Verfassung Nationalisierung des Bodens der weißen Farmer ohne entsprechende Entschädigung verbietet. Die weiße Farmwirtschaft ist im wesentlichen extensiv. Durch hemmungslosen Raubbau des Landes (und der schwarzen Arbeitskraft) steigerten die großen Farmer die Produktion von Mais und Tabak. Die 162000 landlosen Familien, die nach dem Plan der Regierung Zimbabwes bis in drei Jahren angesiedelt werden sollen, können diese extensive Bodenbearbeitung nicht fortführen. Der neue Minister für Land- und Ansiedlungsfragen Moven Mahachi will jetzt verstärkt Kooperativen und Kollektivfarmen fördern, um dieses Problem zu lösen.

Quellenhinweis: Facts and Reports X u. Z, 1982; Europa-Archiv 10/82

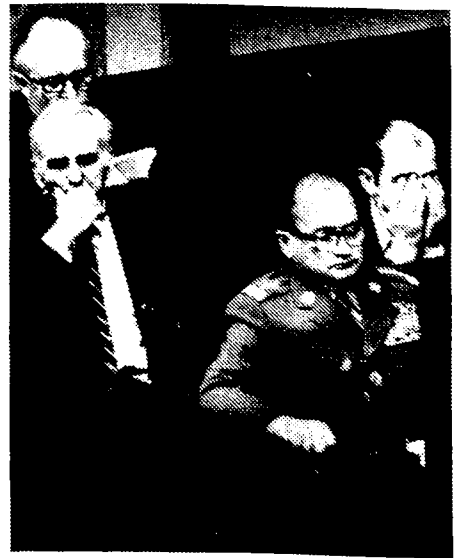
VR Polen

Kriegsrecht ausgesetzt, keine Amnestie

Zum 31.12. 1982 hat der polnische Sejm das Kriegsrecht ausgesetzt, aber das Streikrecht und das Demonstrationsrecht bleiben außer Kraft. Der Militärarat ist nicht aufgelöst, sondern bleibt als Kontrollorgan der Regierung im Amt bis zur vollständigen Aufhebung des Kriegsrechts. Der Sejm hat ein Gesetz beschlossen, daß künftig kein Beschluß seinerseits nötig ist, um die volle Geltung des Kriegsrechts wiederherzustellen.

Schon in den letzten Monaten hatte er Gesetze beschlossen zur Niederhaltung der Arbeiterbewegung, u.a. gegen „Drückebergerei“ und andere Fälle „sozialer Pathologie“, lauter Punkte, die General Jaruzelski bereits bei Antritt des Ministerpräsidentenamtes verkündet hatte.

Zum 23.12. 1982 wurden alle Internierten freigelassen und die Lager aufgelöst. Damit ist die Hauptforderung



Sitzung des Sejm am 13.12. 1982

der katholischen Kirche, mit der sie sich den Anschein gab, die Forderungen des Volkes zu unterstützen, erfüllt. Amnestie gibt es nicht. Sieben Führer der „Solidarität“ wurden verhaftet und sehen Prozessen wegen „ernster Vergehen gegen den Staat“ entgegen. Fast unauffällig entlassen und nicht verhaftet wurden die von der Regierung Jaruzelski abgelösten Staats- und Parteiführer, darunter Gierek.

Anläßlich der Suspendierung des Kriegsrechts atmet die Bourgeoisie in der BRD auf, nicht weil sie gegen Unterdrückung wäre, sondern weil die Unterdrückung mittels des Kriegsrechts zumindest den Erfolg hatte, daß die Opposition zerschlagen ist und Ordnung in Polen einkehrt. Das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien analysiert, die Verhängung des Kriegsrechts vor einem Jahr habe den „unerträglichen Schwebezustand“ beendet. Man habe ja den Eindruck haben können, „in Polen liege die Macht auf der Straße“. Nun da die Macht gesichert scheint, kann man darauf zurückkommen, wozu diese Sicherung gut sein müßte. Fällig wäre die Aufmunterung des in Passivität versunkenen Volkes, damit es wieder an die Arbeit geht und die Ernte für die Banken und die übrigen Kapitalisten einbringt. Institutionen müßten her, die vom polnischen Volk als seine Vertretung anerkannt werden könnten. Schon beobachtet die westdeutsche Bourgeoisie mit Sorge, daß die von der polnischen Regierung und der PVAP ins Werk gesetzte PRON, die „Patriotische Bewegung der Nationalen Wiedergeburt“, auf keine große Gegenliebe stößt. Sie setzt auf einen Ministerpräsidenten Rakowski, der „preußische Tugenden“ nicht nur verordnet, sondern dem Volk auch noch irgendwie schmackhaft machen kann.

Quellenhinweis: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Aktuelle Analysen 41, 1982 vom 27. 12. 1982. FAZ vom 24. 12. 1982 bis 3. 1. 1983

Unabhängigkeit von westlichen Futtermittelimporten geplant

Das alljährliche Herbstsymposium der „Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen“ kam im November 1982 im Westberliner Reichstag zu seinem alljährlichen Schluß, daß für die DDR große Schwierigkeiten zu verzeichnen seien – zwar gegenwärtig nicht so sehr, aber mit Sicherheit in den nächsten Jahren. Als Indizien dafür wurden u.a. genannt: Versorgungsschwierigkeiten im vergangenen Sommer und „Unruhe in der Bevölkerung, die solche Art von Versorgungsstörungen ... nicht mehr gewöhnt ist.“ (FAZ, 19.11.82) Aber: Rückgriffe auf Reservelager und zusätzliche Importe führten „nachweislich zu einer raschen Verbesserung der angespannten Versorgung in allen Bezirken“ (ebenda). Oder „der Sog der Zahlungsschwierigkeiten von Polen und Rumänien“. Aber: Mit einem Kraftakt sei es der DDR gelungen, „sich in den letzten Monaten Luft zu verschaffen. Im Westhandel sei, nach Angaben der DDR, ein erheblicher

Überschuß erzielt worden. Im ersten Halbjahr eine Milliarde Mark, auch im Handel mit dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet sei eine aktive Bilanz gemeldet worden. Im innerdeutschen Handel sei die Verschuldung abgebaut worden.“ (ebenda) Es müßte aber trotzdem zu Schwierigkeiten kommen, denn die DDR „tut sich sehr schwer, die Grundübel zu beseitigen. Von einer Reform des planwirtschaftlichen Systems kann, so sagte Thalheim, keine Rede sein.“ (ebenda)

Wenige Tage später gab es dann endlich etwas Handfestes zu vermelden: „Honecker gibt hohe Tierverluste in den Ställen bekannt“ (FAZ, 29.11.82). Wenngleich, was die FAZ freilich nicht erwähnte, der Tierbestand mit 5,9 Mio Rindern, 12,1 Mio Schweinen und 2,1 Mio Schafen planmäßig entwickelt werden konnte, sind die Verluste in den ersten zehn Monaten von 1982 tatsächlich hoch. Sie betragen z.T. über 10%, insbesondere bei Schweinen und Rindern. Als Gründe

werden genannt: Eine Maul- und Klauenseuche im Sommer, aber auch eine durch die anhaltende Dürre teilweise Verengung der Futtermittelproduktion. Auf die zum hohen Prozentsatz grundwasserfernen Sandböden der DDR war in den meisten Bezirken oft weniger als ein Drittel des langjährigen Mittels an Niederschlag gefallen. Ein Minus bei Futterhackfrüchten, Mais und Grünland bis hin zum Absterben der Kulturen war die Folge. Da auch aus dem Westen weniger Futtermittel importiert worden waren, entstanden Engpässe. Sie wurden auf der Sitzung des Zentralkomitees der SED im November erörtert. Beschlossen wurde, anders als in Rumänien und Ungarn, die z.T. ähnliche Probleme mit höheren Importen aus dem Westen beantworteten, „die tierische Produktion so schnell wie möglich auf eigene Futtergrundlage zu stellen“.

Obwohl es 1982 gelungen war, trotz der Dürre die höchste Getreideernte seit Bestehen der DDR einzuholen, muß nach wie vor ein knappes Drittel des benötigten Getreides importiert werden, v.a. aus den USA. 70% der Gesamtmenge dienen als Futtermittel (1978). Dazu kommt noch eine weitgehende Importabhängigkeit bei den Eiweißfuttermitteln (wie Fischmehl), die

Gleiches Niveau von Einkommen und Arbeitszeit in Landwirtschaft und Industrie der DDR

Die westdeutschen Imperialisten haben die Hoffnung auf eine ernsthafte Krise in der Landwirtschaft der DDR nie aufgegeben. In den von ihnen selbst durchgeführten Vergleichsuntersuchungen verweisen sie mit Vorliebe auf die im Verhältnis zur BRD niedrigeren Hektarerträge in der Pflanzenproduktion und die geringe-

ren Erträge in der Viehzucht, um daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, daß diese „geringeren Erträge in der DDR vorzugsweise durch ihre Agrarsystem zu erklären sind (1)“.

Zwei Dinge werden dabei in der BRD-Propaganda systematisch verschwiegen: Zum einen müssen die Bauern in der DDR, die fast alle in land-

wirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften mit hohem Anteil an gemeinsamem Eigentum zusammengeschlossen sind, auf Böden wirtschaften, die über Jahrhunderte im Besitz von Großgrundbesitzern extensiv ausgelugt worden sind. Gut ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche in der DDR ist von Großgrundbesitzern und Großbauern enteigneter Besitz. (Auf dem Gebiet der DDR verfügten 1939 1,1% der Betriebe über mehr als 100 ha, sie bewirtschafteten 28,8% der

Daten zur Landwirtschaft in der DDR und der BRD

	1960 · DDR · 1980		1960 · BRD · 1980	
Landwirtschaftliche Nutzfläche in 1000 ha	6419,75	6269,08	13279,60	12172,40
in Prozent der Gesamtfläche	59,26%	57,87%	53,04%	48,95%
Arbeitskräfte in der Landwirtschaft	1303700	878489	3623000	1437000
in Prozent aller Erwerbstätigen	17,00%	10,73%	13,70%	5,30%
Landwirtschaftliche Nutzfläche pro Arbeitskraft in der Landwirtschaft	4,9 ha	7,1 ha	3,7 ha	8,4 ha
Prozentanteil der Agrarproduktion am Bruttoinlandsprodukt	11,80%	10,74%	6,00%	2,94%
Erträge: dt Getreide pro Hektar (gerechnet in Getreideeinheiten)	25,80	36,00	29,80	40,90
Erträge in der Viehhaltung (gerechnet in dt Getreideeinheiten)	29,20	35,00	36,3	40,80
Wochenarbeitszeit in der Landwirtschaft/ Stunden im Jahresdurchschnitt	53	41	54,7	49,6
in Prozent der durchschnittlichen Arbeitszeiten in der Industrie	106,50%	100,05%	117,40%	119,00%
Monatliches Durchschnittseinkommen in der Landwirtschaft	445 M.	1020 M.	./.	2384 DM
in Prozent des Durchschnittseinkommen	73%	98%	./.	63%

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR, 1981; H. Lambrecht, die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung, Tabellenanhang; Statistisches Jahrbuch der BRD, 1982; Agrarbericht der Bundesregierung 1981



Ein Teil der Arbeitszeitanpassung wurde durch Schichtarbeit und Einschränkung privaten Haushaltes erreicht.

zur besseren Verwertung des Futtergetreides dienen.

Auf etwa 40% der landwirtschaftlichen Nutzfläche der DDR werden ausschließlich Futtermittel erzeugt. Darüber hinaus werden von weiteren Teilen der landwirtschaftlichen Nutzfläche, insbesondere von den Getreide-, Kartoffel- und Zuckerrübenanbauflächen, neben pflanzlichen Erzeugnissen für die menschliche Ernährung und die Industrie zusätzlich in größerem Umfang Futtermittel gewonnen. Das ZK der SED beschloß, die Nutzflächen weiter auszudehnen und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen.

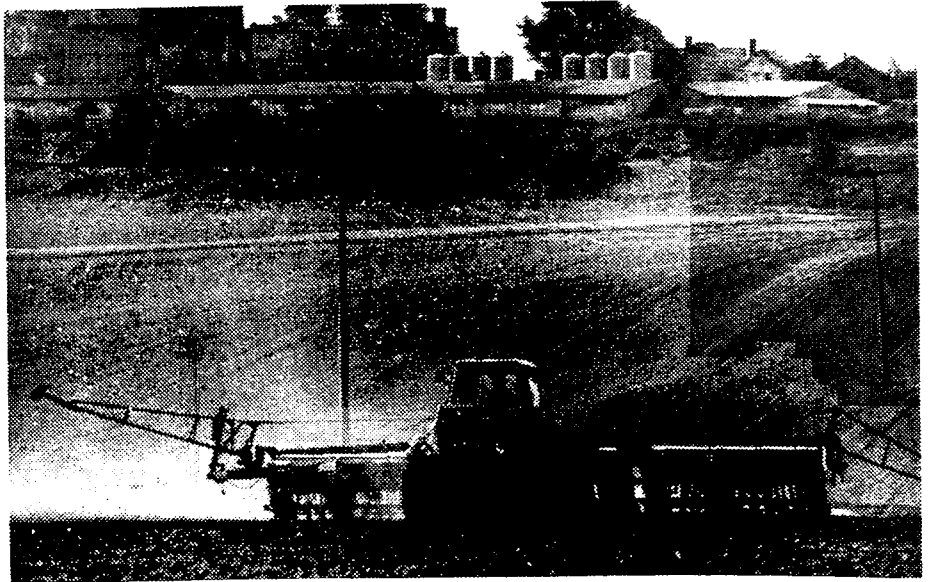
Erst Mitte der 60er Jahre konnte die DDR in größerem Umfang zur Industrialisierung der Landwirtschaft übergehen. Die dafür notwendigen großen Investitionen waren vorher aufgrund der langsamen Erholung von den Kriegsschäden nicht möglich. Immerhin waren die Zerstörungen der landwirtschaftlichen Produktionsmittel auf dem Gebiet der damaligen sowjetischen Besatzungszone wesentlich größer als in den westlichen Besatzungszonen. Die SBZ hatte rund zwei Drittel des Schweinebestandes, über die Hälfte der Schafe und knapp ein Drittel des Kuhbestandes verloren. Ähnlich hoch waren die Zerstörungen bei Maschinen

landwirtschaftlichen Nutzfläche, im BRD-Gebiet waren es gerade 0,1%, die 4,9% der Landwirtschaftsfläche bearbeiten ließen.)

Zum zweiten hat die Regierung der DDR lange Zeit ein Schwergewicht auf den Ausgleich der Einkommensunterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten in der Industrie und den Bauern und Arbeitern in der Landwirtschaft gelegt, der Akkumulationsfond der LPG's stieg über Jahre geringer als die Einkommen der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft. Seit die durchschnittlichen Einkommen und die Arbeitsbedingungen, vor allem die Arbeitszeiten, ungefähr denen in der Industrie angeglichen sind, wurden verstärkt Investitionen in der Landwirtschaft vorgenommen.

Trotzdem kann die DDR bislang die Versorgung mit Brot, Butter, Milch, Eiern, Rind-, Schweine-, Geflügelfleisch und Fisch aus ihrer eigenen landwirtschaftlichen Produktion gewährleisten. Selbst die Gemüseversorgung geschieht zu beträchtlichen Teilen (ca. 60%) aus eigener Produktion. Der Pro-Kopf-Verbrauch ist dabei in der DDR ähnlich wie in der BRD, bei einigen Produkten, wie Butter, Obst und Gemüse sogar um die Hälfte bis ein Fünftel höher.

(1) K.C. Thalheim, Die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland



Mit dem Motor-PS-Besatz pro 100 ha Ackerland steht die DDR an der Spitze des RGW

und landwirtschaftlichen Geräten. Saatgut und Transportmittel standen kaum noch zur Verfügung. Von den verbleibenden Produktionsmitteln wurde zudem ein nicht geringer Teil in die Westzonen abgeschleppt. Außerdem belasteten die Reparationsleistungen der DDR auf Jahre hinaus die landwirtschaftliche Akkumulation.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft war in den Jahren 1952 bis 1960 vorgenommen worden. In dieser Zeit wurden die rund 850 000 privaten landwirtschaftlichen Betriebe zu rund 19 300 landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) zusammengeschlossen. Die durchschnittliche Betriebsgröße betrug 1960 rund 280 Hektar. Von 1960 bis 1970 fand durch die Zusammenlegung von Genossenschaften noch einmal eine Konzentration statt, bei der über die Hälfte der Betriebe mit anderen verschmolzen wurde.

Ein großer Schub dieser Kollektivierung fand 1960 statt, nicht ohne politischen Druck, in der BRD als „Zwangs-kollektivierung“ ausgemalt. Die SED begründete diese Maßnahme damals damit, daß nicht so lange mit der Kollektivierung gewartet werden sollte, bis die kleinen Einzelbetriebe vor dem Ruin stehen. Ein Teil der bis dahin selbständigen Bauern verließ damals die DDR in Richtung BRD. Tatsächlich aber ermöglichte es erst die Kollektivierung, die Industrialisierung der Landwirtschaft in Angriff zu nehmen.

Anfang des Jahres 1980 gab es 4 135 LPGs mit 720 000 Mitgliedern. Sie bewirtschafteten über 80% der landwirtschaftlichen Nutzfläche und besaßen über 90% des Rinder- und mehr als 80% des Schweinebestandes der DDR. In über 500 volkseigenen Landwirtschaftsbetrieben waren etwa 72 000 Arbeiter und Angestellte tätig. Sie bewirtschafteten 7% der Nutzfläche und be-

sassen 8,7% des Rinder- und 10% des Schweinebestandes. Weitere 25 000 Werktätige waren in den 257 agrochemischen Zentren tätig, in denen Umschlag, Lagerung, Aufbereitung und Ausbringung von Düngemitteln vorgenommen wird. Zu diesen Betriebsstätten hinzu kommen noch: 14 volkseigene Meliorationsbetriebe und 161 Meliorationsgenossenschaften (28 000 Beschäftigte), 15 volkseigene Kombinate für landtechnische Instandhaltung (69 000 Beschäftigte) und 216 zwingenossenschaftliche Bauorganisationen (39 000 Beschäftigte).

Zur Steigerung der Arbeitsproduktivität wurden von der SED v.a. folgende Maßnahmen vorgesehen: Um auf möglichst breiter Basis die Leistungsfähigkeit der Betriebe für Pflanzen- und Tierproduktion zu steigern, wird die bisher verfolgte starke Spezialisierung in die beiden Produktionsrichtungen ein Stück weit zurückgenommen und werden mehr Produktionsgenossenschaften geschaffen, in denen Pflanzenbau und Tierzucht zu agrarwirtschaftlichen Verbundsystemen verkoppelt werden. Die Qualifikation der Tierpfleger soll außerdem verbessert werden. Und nicht zuletzt liegen laut Honecker große Reserven in den erheblichen Leistungsunterschieden zwischen den LPGs, die nicht nur auf objektive Faktoren zurückzuführen seien. Ähnliches wurde auch in einer Reihe von Diskussionsbeiträgen vorgetragen. Insbesondere ein rationellerer Material- und Energieverbrauch wurde propagiert. Daß Maßnahmen diskutiert worden wären hinsichtlich besonderer Rationalisierungsinvestitionen bei der Maschinenausstattung oder andererseits zur Intensivierung der Arbeit, ist aus den offiziellen Protokollen der ZK-Sitzung nicht ersichtlich.

Quellenhinweis: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Ausgaben November, Dezember 1982



Krimiabklatsch

Filmische Verdoppelung der „Fantome des Hutmachers“ erzeugt doppelte Langeweile

Der Regisseur Chabrol muß sich gedacht haben, daß eine so dramatische Vorlage wie Simenons Kriminalroman „Die Fantome des Hutmachers“ dafür gut ist, Dialog für Dialog und Szene für Szene ins Sichtbare und Hörbare übertragen zu werden. Die wenigen Abweichungen von seiner Vorlage führen nur zur Minderung der Spannung und zur Verletzung der Logik.

Direkt falsch ist der Einfall, im Film die gewaltsam verblichene Ehefrau des Hutmachers Labbé nicht nur in der Retrospektive, sondern auch als seine eingebildete Gesprächspartnerin einzuführen. Damit wird das seelische Dilemma, in das der Mörder dadurch gerät, daß er mit niemand sprechen kann, unsinnig. Diese Ausweglosigkeit wird im Film nochmals durchbrochen. Während im Buch der gegenüberwohnende Schneider, der die Wahrheit kennt, einfach stirbt, ohne daß Labbé über sich gebracht hätte, ihn über den Charakter seiner Verbrechen aufzuklären, findet dies im Film statt. Rührselig, wie der Hutmacher am Sterbebett beichtet und um Verständnis wirbt. Zugleich wird der Grund, warum er den Schneider nicht zu fürchten braucht, verändert. Labbés Gewißheit, daß dieser gebannt ist von dem Wunsch, die Prämie für die Überführung des Würgers zu verdienen, aber noch mehr verschreckt ist von der Angst, daß niemand ihm glauben wird, wird zur platten

Gewißheit, daß der Schneider sein Geheimnis mit ins Grab nehmen wird.

Der soziale Hintergrund, auf den Simenon Wert legt, ist im Film kastriert. Die kleinbürgerliche Honoratiorenclique, die allabendlich im selben Café Karten spielt, ist im Buch differenziert. Labbé gehört zusammen mit seinem Freund, dem Arzt, zu denen, die nicht verstanden haben, ihren ererbten Besitz – Besitz von Bauerngütern und Schiffen im Hintergrund – zu mehr. Der Arzt hatte zum Lebensziel, wenig Patienten zu bearbeiten und seine übrige Zeit noblen Forschungen zu widmen, wird aber zum Säuer. Labbés Geschäft geht langsam ein. Sie heben sich als scheiternde Existenzen ab. Die gesellschaftlichen Gründe für diese Lage eines Teils des Kleinbürgertums erklärt Simenon mit psychologischen Gespinsten hinweg. Der von Freud erfundene Todestrieb wird im Hutmacher verkörpert. Das erfolglose bürgerliche Individuum, das von seiner Klasse fallengelassen wird, rettet sich vor dem Absinken durch Töten und eigenen Tod. Im Grunde hat Labbé ein ähnliches Schicksal wie der armenische Flickschneider, der von der Kameraderie des Kleinbürgerclubs immer ausgeschlossen war.

Labbé hat seine besitzergreifende, seit Jahren gelähmte Frau umgebracht. Im Roman wird mit kühler Schilderung seine Selbstgerechtigkeit verfolgt, mit der er vor sich selber

aufrechterhält, daß seine folgenden Morde aus einer objektiven Notwendigkeit entspringen. Er muß die sieben Schulfreundinnen seiner Frau, die einmal im Jahr zum Geburtstag kommen, beseitigen, um den ersten Mord zu decken. Die siebte, eine Nonne, trifft er nicht an. Seine stolz vorhergesagte Tat kann nicht stattfinden. Erst später fällt ihm ein, daß gerade diese nie persönlich erschienen ist. Das Entfallen der Notwendigkeit für den geplanten Abschluß seiner Serie versetzt ihn den entscheidenden Knacks. Danach ist es mit seiner Planmäßigkeit und seiner gut kalkulierten Fehlerlosigkeit aus. Aus Unachtsamkeit läßt er das Dienstmädchen sehen, daß in dem verschlossenen Zimmer nicht seine kranke Frau, sondern eine Puppe sitzt. Blindlings beseitigt er die Zeugin und ist ab da verloren. Er wird sich seines Wunsches bewußt, weiter zu morden. Bei seiner letzten Leiche, der dem Kleinbürgerstammtisch dienenden Hure, schläft er ein und wird entdeckt.

Die Nonne, erfährt der Hutmacher im Film, ist gerade von selber gestorben. Der Mord an ihr entfällt. Labbé bringt das Dienstmädchen nicht in Konsequenz seiner ersten Tat um, sondern aus reiner Mordlust. Mit dieser geringen Verschiebung der Handlung werden die wenigen vernünftigen Gründe, die Simenon für das Handeln seines Mörders bereithält, wegretuschiert.

Gegen Asiaten mit Kirche und Wunderwaffe

1949, nach den Erfolgen der Revolution in verschiedenen osteuropäischen Ländern sowie in der VR China, stellte der US-Autor Heinlein in seinem SF „Die sechste Kolonne“ Überlegungen an, wie „eine Streitmacht schaffen, die nach außen hin den Forderungen der neuen Herrscher entsprach, die jedoch die Möglichkeit in sich barg, irgendwann einmal den Umsturz herbeizuführen“. Nach einer Invasion der „Pan-Asiaten“ ist die US-Armee zerschlagen. Nur ein paar Offiziere und Wissenschaftler in einer Felsenzitadelle sind nicht versklavt. Sie besitzen eine Wunderwaffe, mit der u.a. rassistisch selektiv getötet werden kann. Allerdings muß vor deren Anwendung eine Organisation geschaffen werden, die das ganze Land überzieht. Der kommandierende Offizier beschließt die Gründung einer Kirche. Mit der Wunderwaffe kann auch in unbeschränktem Umfang Gold hergestellt werden, sodaß bald überall die Tempel zu Ehren des Gottes Mota aufgebaut sind. Die pan-asiatische Führung toleriert alle Religionen, soweit sie die Unterwerfung unter die Staatsmacht predigen. Und so tun die Priester Motas, alles Geheimagenten der US-Armee, gute Werke: sie speisen Arme und werben dabei neue Agenten an. Schließlich führt die Priester-Armee den entscheidenden Schlag gegen die Pan-Asiaten, die fliehen. Heinleins Loblied auf die Dienste der Kirche für die Imperialisten ist jetzt im Heyne-Verlag neuaufgelegt.

Robert A. Heinlein, Die sechste Kolonne, SF 3297, 3,80 DM

Gezielte Geschichtsverdrehungen

Dr. H. Pentzlin, der – laut Verlagshinweis – „seit den 30er Jahren die deutsche Innen- und Außenpolitik journalistisch begleitet hat“, stellt in seiner Beschreibung der Weimarer Republik ein Arsenal von reaktionären und nationalistischen Geschichtsverdrehungen zusammen. So verherrlicht er die konterrevolutionären Freikorps: „Mit ihrem entschlossenen und mutigen, dabei oft harten und rücksichtslosen Vorgehen, retteten sie die demokratische Republik in Deutschland.“ Diese Verbrecherbanden ermordeten Tausende von revolutionären Arbeitern und bildeten später

den Kern der NS-Terrorverbände. Nach dem verlorenen Krieg arbeiteten die deutschen Imperialisten daran, deutschsprachige Minderheiten als fünfte Kolonne in osteuropäischen Ländern einzusetzen, Gebiete Polens, Litauens, der Tschechoslowakei wieder an sich zureißen unter der Parole „Selbstbestimmungsrecht der Völker“. Pentzlin behauptet: „Deutsche Minderheiten wurden ... in einem erschreckend großen Umfang ... Bedrückungen ausgesetzt ... Es war für Deutsche, die mit ihren unter fremde Herrschaft geratenen Volksgenossen fühlten, schwer zu ertragen, mit ansehen zu müssen, daß in der Welt zweierlei Recht galt.“ Pentzlin hätte seine Hetze auch ebenso gut wörtlich aus einer Hitler-Rede abschreiben können. – Die deutsche Finanzbourgeoisie brachte Hitler an die Macht, über die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, verschärfte Ausbeutung und weitere Senkung des Lebensstandards der Arbeiterklasse wollte sie die Bedingung schaffen für einen erneuten imperialistischen Krieg. Pentzlin erklärt dagegen mit gezieltem Interesse: Die Not und die Unfähigkeit der damaligen Regierungen hätten die Nazis an die Macht gebracht. Heute seien in Bonn „wieder die Maßstäbe verloren“ gegangen und „zugleich mit übersteigerten Einkommenserhöhungen die Belastungen der öffentlichen Haushalte immer mehr vergrößert“ worden. Pentzlin fordert die Unterwerfung der Arbeiterinteressen: „Ein böses Ende ist zu befürchten“, wenn die „notwendigen Maßnahmen verzögert werden.“

H. Pentzlin, Wie Hitler an die Macht kam, Bastei-Lübke 65 048, 6,80 DM

BRD-Imperialismus in Südamerika

Wer etwas über die Geschichte des deutschen Imperialismus auf dem lateinamerikanischen Kontinent und über die heutige Rolle der BRD-Imperialisten in Ländern wie Chile, Argentinien, Brasilien oder Paraguay erfahren will, der kann in dem Buch „Krauts' erobern die Welt, Der deutsche Imperialismus in Südamerika“ fündig werden. Angefangen von den ersten Versuchen der Kaufmannshäuser der berühmten Welser und Fugger, Anfang des 16. Jahrhunderts private Siedlerkolonien in Südamerika zu errichten, bis zur Beteiligung der BRD-Imperialisten am Militärputsch in Chile und

ihrer Ausbreitung unter der argentinischen und brasilianischen Militärjunta hat die Verfasserin darin gründliches Material über das Wirken des deutschen Imperialismus auf dem lateinamerikanischen Kontinent zusammengetragen. Auch wenn sich die Verfasserin dabei auf die Rolle der immerhin 800 000 „deutschstämmigen“ Siedler in Argentinien, der 200 000 in Chile und der 70 000 in Paraguay konzentriert, auf deren persönliche Beteiligung bei der Niederhaltung und Ausbeutung der Arbeiter und Bauern, der Massakrierung der Indianer, bei der Förderung reichs- und bundesdeutscher Einmischung und Ausplünderung: Die Interviews, Zeitungsmeldungen und anderen Quellen sind so umfangreich, daß auch Geschäfte der BRD-Imperialisten, bei denen sie sich nicht auf ihr Siedlerpersonal in Lateinamerika stützen, gebührend berücksichtigt wurden. Wer weiß schon, daß das Deutsche Reich vor dem ersten Weltkrieg größter Waffenlieferant Argentiniens, Chiles, Boliviens oder Paraguays war? Daß reichsdeutsche Ausbilder den bolivianischen Generalstab leiteten, die erste argentinische Heeresakademie, das chilenische Heer? Daß nach dem zweiten Weltkrieg die entweder erhalten gebliebenen oder rasch wieder errichteten Auslandsniederlassungen bundesdeutscher Konzerne Zufluchtsstätten für Hunderte, wenn nicht Tausende von Nazis waren, die VW-, Siemens- und Krupp-Niederlassungen in Brasilien „wahre Nazinester“? Daß die chilenische Juntaverfassung von 1981 „mit Hilfe deutscher Juristen“ erstellt wurde? Daß Anfang der 70er Jahre der damalige Leiter der Hoechst-Niederlassung in Paraguay persönlich an Menschenjagden auf Indianer beteiligt war? Daß der erste Wirtschaftsminister der jetzigen Militärjunta in Argentinien vorher Rechtsberater der dortigen Siemens-Niederlassung war, der jetzige Chef von VW Argentinien umgekehrt vorher Rechtsberater der Junta? Für die BRD-Imperialisten jedenfalls zahlen sich solche „traditionellen Verbindungen“ längst wieder in barer Münze aus. So ist die BRD inzwischen wieder – wie schon ihr Vorgänger vor dem ersten Weltkrieg – größter Waffenlieferant der Militärjunta Argentiniens.

Gaby Weber, „Krauts' erobern die Welt, Der deutsche Imperialismus in Südamerika, Liberäre Assoziation e.V., Hamburg 1982, 25 DM

Geschichtsklitterung

Die Trauer des Verlegers Siedler um die verlorenen Ostkolonien

Unter dem Titel „Weder Maas noch Memel – Ansichten vom beschädigten Deutschland“ hat der Verleger W. J. Siedler eine Sammlung eigener Aufsätze herausgegeben, die zwischen 1959 und 1964 und ab 1979 in verschiedenen Zeitungen erschienen sind. In den Jahren zwischen 1964 und 1979 befaßte sich Siedler als Direktoriumsmitglied des Propyläen und hernach Ullstein Verlages vor allem mit der praktischen Verbreitung konservativen Gedankenguts. Seine besondere Aufmerksamkeit in den Aufsätzen dieses Buches gilt der politischen Rehabilitation Preußens mit Ziel, aus der ausführlich dargestellten Trauer über den Verlust des Bodens der deutschen Reaktion in den ostelbischen Gebieten den Wunsch für ihre Wiedereroberung zu fördern.

In keinem Aufsatz tritt Siedler positiv für die Umkehrung historischer Ereignisse ein, allein seine Kritik des realen Zustandes läßt seine Wünsche vermuten: „Preußen ... ist darin ganz deutsch, daß es keine Dauer kennt ... Eben noch ist es nach den Niederlanden orientiert ... dann greift es in den Osten aus und nimmt eine halbpolsche Färbung an, für die bis ins 19. Jahrhundert die Raczinskis und Lichnowskys in Armee und Diplomatie Preußens zeugen. Vielleicht war dies, die Öffnung nach Osten, sogar die eigentlich deutsche, die europäische Mission des Landes, von der es gegen seinen Willen abgebracht wurde. Mit der Abtrennung Ostpreußens, Schlesiens und Pommerns hat die Geschichte dann endgültig Deutschland nach Westeuropa gestoßen.“ Auch durch Aneinanderreihung werden Lügen nicht zu historischen Tatsachen. Die kurze „Dauer“ Preußens reichte von der willigen Ernte der Früchte der Schreckensherrschaft des Deutschen Ordens über die slawischen Völker an Elbe und Ostsee bis zum Verbot Preußens durch die Alliierten Kontrollrat über eine Zeit von mehr als 500 Jahren. Die Orientierung an den Niederlanden betrieben die brandenburgisch-preußischen Feudalherren zunächst, weil sie Siedler für die Aufsidlung der Kolonialgebiete benötigten, und in späteren Zeiten, um sich neben den Pfändern der feudalen Knechtung die Möglichkeit der kapitalistischen Ausbeutung zu sichern. Seit dem Vorstoß über die Elbe in Richtung Osten gierten die preußischen Herrscher nach weiterer „Öffnung“ des Staates in diese Richtung. Die schließliche Einverleibung weiterer Gebiete Polens durch Friedrich II. und die Unterwerfung des polnischen Feudaladels unter die preußische Oberherrschaft macht aus Preußen sowenig ein auch nur „halbpolsches“ Gebilde, wie aus einem zum Kalfaktor beförderten Gefangenen ein „Halbfreier“ wird. Genauso wie Siedler den Raub fremder Gebiete zwecks Zusammenstücklung des Kolonialstaates Preußen zum „Ausgreifen“ und „Öffnen“ verkommen läßt, läßt er seine Geschichte enden: Im Dunklen verschwindet, daß es die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion waren, die der „europäischen Mission“ ein Ende machten. Die „Geschichte“, die da stieß, war die sowjetische Arbeiterklasse.

Auch die Formulierung, daß Preußen „gegen seinen Willen“ von der Durchführung kolonialer und imperialistischer Expansion abgebracht wurde, hat Methode. Neben die Tatsache, daß die Zusammenfassung der verschiedenen Staaten zum Deutschen Reich unter preußischer Vorherrschaft von den ostelbischen Junkern erzwungen wurde, stellt Siedler die Behauptung, daß dann eben dieses Reich und vor allem das dann folgende dritte keineswegs mehr preußisch geprägt waren. Sondern im Gegenteil: „Mit dem 20. Juli tritt noch einmal der Osten Deutschlands nach vorn, kurz vor seinem Untergang: das von August Bebel geschulte Arbeitertum, die norddeutsche Geistlichkeit ... , das mittlere und höhere Beamtentum, alle jene Landräte, Regierungsassessoren und Reservemajore, die Jahrzehnte hindurch Zielscheibe des Spotts waren, und dann die Witzlebens und Moltkes, die Schwerins und Kleists, die Schulenburgs, York von Wartenburgs und all die anderen.“ Ostdeutsch, preußisch und geführt vom ostelbischen Junkeradel, der schließlich in der Vorbereitung des 20. Juni nie für die bedingungslose Niederlage des deutschen Imperialismus eingetreten ist, sondern seine Position in der Führung der Reichswehr zu nutzen versuchte, um vor der vollständigen Niederlage zu retten, was diesen Junkern noch zu retten möglich schien, die Kolonien im Osten – so könnte sich Siedler für die Arbeiterbewegung erwärmen, doch wenigstens ein einziges Mal.

Bloß – der Umstand, daß die Arbeiterbewegung nichts gegen solche Kräfte zwischen den Staatsbediensteten des deutschen Imperialismus einzuwenden hatte, macht sie längst nicht zum Kumpanen dieser Sorte „Antifaschisten“, die vor allem gegen die Aufrechterhaltung dieser Sorte Terrorherrschaft über die eroberten Völker und das eigene Volk waren, weil ihnen bei bedingungsloser Kapitulation der Verlust ihrer eigenen Pfründe drohte.

Siedlers Verherrlichung preußischer Tradition wendet sich direkt gegen die Gründe des Alliierten Kontrollrats für das Verbot Preußens: „Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört. Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker und erfüllt von dem Wunsche, die weitere Wiederherstellung des politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage zu sichern, erläßt der Kontrollrat das folgende Gesetz“, das den „Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden“ auflöste.

Quellenhinweis: W.J. Siedler, Weder Maas noch Memel – Ansichten vom beschädigten Deutschland, Deutsche Verlagsanstalt, 1982, 32.- DM; Dr. J. Hohlfeld (Hrsg.), Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte, VI. Band, Berlin o. Jahr: Die Eroberungszüge des Deutschherrsennordens gegen die Völker des Ostens, hrsg. von der Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung, Frankfurt 1977

Konzentrationslager

Die deutsche Bourgeoisie hat die Verbrechen eiskalt geplant

Die westdeutsche Bourgeoisie hat eine Reihe von Legenden über den Faschismus in die Welt gesetzt, um die Spuren zu verwischen, die ihre direkte Verantwortung und Beteiligung an den Verbrechen in den Konzentrationslagern, an der Ermordung von Millionen und an der Versklavung und Plünderung ganzer Völker nachweisen. In den Schulbüchern finden sich Behauptungen wie: „Hitler machte sich zum Diktator“; „Viele Deutsche haben gar nicht gewußt, was hinter den hohen, elektrisch geladenen Stacheldrahtumzäunungen vor sich ging“; „Hitlers krankhafter Antisemitismus ... führte zur Ermordung von nahezu sechs Millionen Juden“ (1). Jede dieser und ähnlicher Behauptungen ist eine Lüge, um zu verbergen, daß die reichsdeutsche Bourgeoisie die Hitler-Regierung bewußt an die Macht gebracht hat, um ihre Hege-moniepläne für Europa und darüber hinaus zu verwirklichen. Wenn keiner etwas wußte und die Verbrechen zum Problem der seelischen Verfassung der Nazi-Größen erklärt sind, dann kann die westdeutsche Bourgeoisie Entsetzen über die Greuel heucheln und zugleich ungerührt die alten Expansions- und Kriegsziele weiterverfolgen und sich zu deren Durchsetzung erneut die Mittel verschaffen.

Von wegen „Hitler machte sich zum Diktator“! Die Hitler-Regierung stützte sich bei dem systematischen Terror gegen die Arbeiterbewegung auf Bestimmungen, die die Bourgeoisie bereits in der Weimarer Republik angewandt hatte. Die Massenverhaftungen zunächst der Funktionäre der KPD, dann auch der SPD und der Gewerkschaften, waren als „Schutzhäft“ nach den auch schon vor 1933 gültigen Polizeigesetzen „rechtsstaatlich“ abgesichert. Mit der Notverordnung vom 4.2. 1933 verlängerte der Reichspräsident Hindenburg lediglich die mögliche Dauer der „Polizeihäft zum Schutze der öffentlichen Ordnung“ auf drei Monate. Mit der Notverordnung vom 28.2. 1933, nach dem Reichstagsbrand, konnte sie dann unbegrenzt verhängt werden. Der größte Teil der fast 27000, die am 31.7. 1933 als „Schutzhäftlinge“ in den Konzentrationslagern eingesperrt waren, sind von derselben politischen Polizei festgenommen worden, die bereits in der Weimarer Republik, oft schon gemeinsam mit SA und SS, gegen die organisierte Arbeiterbewegung vorging. (2)

Sowenig der Terror von SA, SS, Gestapo und Nazi-Justiz willkürlich war, sondern gezielt im Interesse der deutschen Finanzbourgeoisie zur Beseitigung aller Organisationen, die den Kriegs-plänen ein Hindernis sein konnten, sowenig war die systematische Vernichtung der Juden und großer Teile der polnischen und der im besetzten Teil der Sowjetunion lebenden Bevölkerung das Ergebnis blinden Rassismus einiger psychopathischer Nazis.

Das Kriegsziel der deutschen Imperialisten war die Vorherrschaft in Europa. Dazu sollten im Osten die Tschechoslowakei und Polen als selbständige Staaten verschwinden und wie bereits

Österreich ins Reich einverleibt werden. Ebenfalls als „deutsches Siedlungsgebiet“ waren große Teile der westlichen Sowjetunion vorgesehen, der übrige Teil sollte als „Rohstoffbeschaffungsraum“ dienen. Auf einer Besprechung Hitlers mit Göring und anderen wurde dazu am 16. Juli 1941 ausgeführt: „Die Bildung einer militärischen Macht westlich des Urals darf nie wieder in Frage kommen, und wenn wir hundert Jahre darüber Krieg führen müßten ... das gesamte Balten-Gebiet müsse Reichsgebiet werden. Ebenso müsse die Krim mit einem erheblichen Hinterland (Gebiet nördlich der Krim) Reichsgebiet werden; ... die Wolga-Kolonie müsse deutsches Reichsgebiet werden, ebenso das Gebiet um Baku; ... die Finnen wollen Ost-Karelien, doch soll wegen des großen Nickel-Vorkommens die Halbinsel Kola zu Deutschland kommen.“ (3)

Die „Germanisierung des Ostens“ sah die massenhafte Vernichtung der dort lebenden Völker von vornherein vor, soweit sie nicht als Arbeitssklaven für deutsche Kolonialisten oder als Wanderarbeiter in den reichsdeutschen Fabriken ihr Dasein fristen sollten. In einem von der SS ausgearbeiteten „Generalplan Ost“ aus dem Jahre 1941 wird davon ausgegangen, daß in einem Zeitraum von 30 Jahren nach dem Krieg 10 Mio. „Deutschstämmige“ die nach der „Umsiedlung“ von 31 Mio. „Fremdvölkischen“ noch verbliebenen 14 Mio. Russen, Polen und Angehörige anderer Völker beherrschen sollten. (4) Und aus welchen Kreisen die Aufträge für solche Pläne kamen, zeigt der Titel einer Empfehlung des IG-Farben-Konzerns an Hitler im Frühjahr 1943: „Wege zur Entbolschewisierung und Entrussung des Ostraums“. (5)

Die deutsche Bourgeoisie beschränkte sich keineswegs auf das Schmieden von Plänen, wie ihr Kolonialreich nach dem Krieg aussehen sollte. Sofort nach dem Einmarsch in Polen begann sie mit der „Germanisierung des Ostens“. Die Gebiete Polens mit den landwirtschaftlich wertvollsten Böden und sämtliche Industriegebiete wurden dem „Großdeutschen Reich“ als „Warthegau“ einverleibt. Frank, als Generalgouverneur über das verbliebene besetzte Polen eingesetzt, schrieb am 3. Oktober 1939 zur beabsichtigten Politik: „Polen soll wie eine Kolonie behandelt werden, die Polen werden die Sklaven des Großdeutschen Reiches werden“. Die sofort begonnenen Massenerschießungen, das Verschleppen in die Vernichtungslager von Polen und vor allem polnischen Juden brachte die deutsche Bourgeoisie in den Besitz des größten Teils der polnischen Industrien sowie der großen Güter. Eigens eingerichtete „Treuhandstellen“ verteilten die „entjudeten“ Betriebe ebenso wie den Grundbesitz an reichsdeutsche Kapitalisten und Bourgeois. (6)

Die IG Farben zum Beispiel kam so in den Besitz sämtlicher chemischer Fabriken Polens, die Telefunken ergatterte sich in Lodz eine Fabrik, die vormals M. Kohn und K. Bennich gehörte. BMW, die AEG und Vorwerk Wuppertal verlagerten 1943 ihre kriegswichtigen Produktionen in ehemalige polnische Fabriken in Lodz. Kein größeres reichsdeutsches Unternehmen war damals nicht an der „Eindeutschung“ polnischer Unternehmen beteiligt. Neue riesige Industriezentren wurden sofort in Angriff genommen, die in den Konzentrationslagern eingesperrten Juden und Polen wurden als Zwangsarbeiter dafür eingesetzt. So wurde das Buna-Werk der IG Farben, das allerdings nicht mehr in Betrieb ging, ausschließlich von Häftlingen des Konzentrationslagers Auschwitz gebaut.

Zugleich ging die deutsche Bourgeoisie zielstrebig an die Schaffung einer Siedler- und Kolonialistengesellschaft. Mehrere Tausend Familien, die aus verschiedenen Teilen des „großdeutschen Reiches“ kamen, wurden auf den Ländereien und Höfen, die den Polen geraubt worden waren, angesiedelt. Manch einer dieser als Sklavenaufseher vorgesehenen Landräuber machte später als „Vertriebener“ Ansprüche auf Entschädigung geltend. (7)

So wie die deutsche Bourgeoisie mit der „Lösung der Judenfrage“ einen Konkurrenten um die Vorherrschaft in Europa beseitigen wollte (s. dazu Pol. Berichte 16/82), so hatte sie in Polen die Absicht verfolgt, die polnische Bourgeoisie ebenfalls als Konkurrenten ein für allemal zu vernichten. Darüber hinaus wollte sie, um die Pläne zur Versklavung des polnischen Volkes verwirklichen zu können, verhindern, daß sich in Polen je wieder eine Führungsschicht herausbilden kann. So schrieb Frank in seinem Tagebuch im Mai 1940, „daß wir die Tatsache, daß die Weltaufmerksamkeit auf die Westfront gerichtet ist, zur Massenliquidation von Tausenden von Polen, der führenden Vertreter der Intelligenz zuerst, benutzen sollen“. (8) Einem Drittel des polnischen Volkes haben diese Absichten der deutschen Finanzbourgeoisie bis zum Kriegsende das Leben gekostet.

Gegenüber den besetzten Gebieten der sozialistischen Sowjetunion war eine entsprechende Politik beabsichtigt und wurde auch eingeleitet. Schon vor dem Einmarsch erklärte Hitler im Dezember 1940, daß die „Entscheidung über die europäische Hegemonie“ im Kampf „gegen Rußland falle“. Die Staatsbetriebe wurden nach der Besetzung entweder wie in Polen an die „Treuhandstelle“ übergeben (obwohl einzelne Konzerne schon ihre Ansprüche angemeldet hatten, kam es allerdings nicht mehr zur Aufteilung), oder sie wurden demontiert und die Maschinen usw. ins Reichsgebiet geschleppt. Um die in der Sowjetunion ansässigen Völker versklaven zu können, erklärte Hitler vor den Spitzen der Wehrmacht im März 1941, müsse „brutalste Gewalt“ angewandt werden. Das russische Volk könne beherrscht werden, wenn der „Zusammenhalt mit dem Beseitigen der Funktionäre“ zerstört sei. Und so erhielt die Wehrmacht in dem „Kommissarserlaß“ den Befehl, alle sowjetischen Kriegsgefangenen, die politische Funktionen hatten, zu „beseitigen“, und Hunderttausende wurden erschossen oder in den KZs umgebracht. (9)

Die bei den Massenmorden und -vertreibungen in die Hände der deutschen Bourgeoisie fallenden Vermögen waren zugleich eine beträchtliche Quelle zur Kriegsfinanzierung. So hat die Reichsbank allein 33 Tonnen Zahngold, das von den Leichen der in den KZs und Gaskammern Ermordeten gefleddert wurde, entgegengenommen und dem Konto des Reichsfinanzministeriums gutgeschrieben. Insgesamt hat die Reichsbank zig Millionen Mark an so geraubten Wertsachen eingenommen. (10)

Der Feldzug, den die deutsche Finanzbourgeoisie zur Eroberung der europäischen Hegemonie begann, war von vornherein auf die Ausplünderung und Versklavung der Völker im Osten berechnet. Aus den Erfahrungen des ersten Weltkrieges war der deutschen Bourgeoisie bekannt, daß sie einen längeren Krieg nur dann erfolgreich führen konnte, wenn sie sowohl eine große Zahl unter Waffen nahm, gleichzeitig die Rüstungsproduktion aber auf vollen Touren lief und die Versorgung mit Rohstoffen und Lebensmitteln sichergestellt war.

Bewußt wurde einkalkuliert, daß die Völker in Osteuropa hungern sollten, um die Kriegsziele erreichen zu können. So sagte zu Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion der Reichsminister

für die besetzten Ostgebiete Rosenberg: „Die deutsche Volksernährung steht in diesen Jahren zweifellos an der Spitze der deutschen Forderungen im Osten, und hier werden die Südgebiete und Nordkaukasien einen Ausgleich für die deutsche Volksernährung zu schaffen haben ... Zweifellos wird eine sehr umfangreiche Evakuierung (damit wurde die direkte Ermordung umschrieben, d. Verf.) notwendig sein und dem Russentum werden sicher sehr schwere Jahre bevorstehen.“

Die brutale Zwangsarbeit, die Hunderttausenden das Leben kostete, war ebenfalls Bestandteil der Kriegsplanung der Reichsbourgeoisie. Die in die Armee eingezogenen Arbeiter sollten durch die ausländischen Zwangsarbeiter ersetzt werden. So schreibt der Vorsitzende der Reichsvereinigung Kohle Pleigers am 13.2. 1943 an den Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Sauckel: „Wie ich ihnen schon sagte, ... daß die vom Bergbau erforderte Leistungssteigerung am ehesten durch den Einsatz junger frischer Arbeitskräfte aus Polen erreicht werden könne. Ich habe dabei betont, daß die Zuführung dieser Arbeitskräfte die Voraussetzung für die Abgabe deutscher Bergleute zur Wehrmacht sei.“ (11)

Nur durch dieses System der Zwangsarbeit und der Plünderung konnte die deutsche Bourgeoisie bis fast zum Kriegsende ohne ernsthaftere Versorgungsprobleme ihre Feldzüge durchführen. Sie konnte die Rüstungsproduktion steigern, ohne daß die Zahl der Frauen in den Fabriken sich erhöht hätte oder die Schichtarbeit nennenswert ausgedehnt wurde. Wenn heute die Bourgeoisie deshalb verbreitet, unter Hitler sei's den Arbeitern doch gar nicht so schlecht gegangen: welcher Zynismus, angesichts der Leiden der Millionen Zwangsarbeiter!

Die deutsche Bourgeoisie hat die Ermordung und Versklavung von Millionen direkt geplant und durchführen lassen. Sie wurde ebensowenig wie die Mehrzahl ihrer Henker dafür in der BRD zur Verantwortung gezogen. Darüber im nächsten Heft.

(1) Unser Weg durch die Geschichte, 4. Ausgabe für Realschulen, Frankfurt 1980; (2) Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, dtv-dokumente, 1967; (3) Das Urteil von Nürnberg, dtv-dokumente 2902; (4) Verbrecherische Ziele – verbrecherische Mittel! Dokumente, Moskau 1963; (5) In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1979 T. II; (6) Kriegswirtschaft und Rüstung, hrsg. v. F. Forstmeier, H. E. Volkmann, Düsseldorf 1977; (7) Gerda Zorn, Nach Ostland geht unser Ritt, Berlin 1980; (8) Das Urteil von Nürnberg, ebd.; (9) Verbrecherische Ziele ... ebd.; (10) Das Urteil im Wilhelmstrassenprozeß, Schwabisch Gmünd, 1950. Angeklagter Schwerin v. Krosigk; (11) ebd. Angeklagter Pleiger

Arbeitsplatzstudie



Testen von Datenfernübertragungsprogrammen. H.W., Kunstgruppe München.

Krisenfolgen konkret:

„Massenarbeitslosigkeit, Reallohnsenkung, Rationalisierung, gesteigerte Arbeitshetze und Sozialabbau – das sind die unmittelbaren Auswirkungen der Krise der kapitalistischen Wirtschaft für die Arbeiterklasse.“ Diese einleitende Feststellung der gemeinsamen Wahlplattform von BWK und KPD wird auf dieser Seite konkret belegt. Die nebenstehenden Tabellen stellen an ausgewählten Beispielen dar, wie Reallohn- und Sozialabbau in ausgewählten Haushalten zu empfindlichen Einkommensverlusten geführt haben.

Aber gerecht . . .

Die SPD kritisiert heute die reaktionäre Sozialpolitik der Bonner Rechtskoalition, weil sie sozial unausgewogen sei, und gegen das Gebot der sozialen Gerechtigkeit verstoße.

Als die SPD Ende der 60er Jahre in die Regierung drängte, gewann sie die Unterstützung der großen Mehrheit der Arbeiter und Angestellten und vieler Menschen, die ein Ende der konservativen Nachkriegsära wollten, unter anderem mit dem Versprechen, soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen.

13 Jahre hat die SPD an der Regierung nie aufgehört, soziale Gerechtigkeit als Ziel ihrer Politik zu verkünden, während sie in Wirklichkeit als Regierungspartei nie in der Lage war, der durch die Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems hervorgerufenen Tendenz zur ständigen Vertiefung der sozialen Unterschiede auch nur annähernd Einhalt zu gebieten. In den letzten Jahren der sozialdemokratischen Regierung galt schließlich sogar wieder der Satz, daß nicht nur die Reichen immer reicher, sondern

auch die Armen immer ärmer wurden.

Wenn heute die SPD von sozialer Gerechtigkeit spricht, dann ist von einem umfassenden Reformversprechen nicht die Rede. Dann ist vielmehr beispielsweise folgendes gemeint: Die Bonner Koalition erhebt eine Investitionshilfe genannte Sonderabgabe auf höhere Einkommen, die später zurückgezahlt werden soll. Im Gegensatz dazu soll der Einkommensverlust, der den Sozialrentnern durch die halbjährliche Verschiebung der Rentenanpassung entsteht, nie nachgezahlt werden. Das findet die SPD ungerecht. Die Tatsache aber, daß ausgerechnet den zum beträchtlichen Teil ohnehin am Rande des Existenzminimums lebenden Rentnern noch genommen werden soll, kann von der SPD schon deshalb nicht als sozial ungerecht gewertet werden, weil die letzte sozialdemokratische Regierung die gleiche Sparmaßnahme ins Auge gefaßt hatte.

Darin, daß die arbeitende Bevölkerung Opfer bringen muß, sind sich CDU/CSU und SPD einig. Bloß: Wo CDU/CSU/FDP unverblümt der Arbeiterklasse, den Ar-

beitslosen, den Rentnern alle Lasten der Krise aufbürden will, will die SPD gleichzeitig auch noch den Schein sozialer Ausgewogenheit wahren. Mit sozialer Gerechtigkeit hat das nichts zu tun, mit dem immerwährenden sozialdemokratischen Bemühen um die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens viel. Der soziale Frieden aber, den die SPD so verbissen retten will, begünstigt tagtäglich das Entstehen neuer und größerer Ungerechtigkeit.

Wer die Steuer zahlt

Zur Jahreswende überraschte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm die Öffentlichkeit mit dem Vorschlag, den Spitzensteuersatz von gegenwärtig 56 Prozent um mindestens einen Prozentpunkt anzuheben. Blüm: „Für mich wird es keine Ausnahme geben . . . Auch der Spitzensteuersatz steht nicht unter Tabu.“ Was der CDU-Arbeitsminister im Wahlkampf als „soziale Gerechtigkeit“ an den Mann bringen will, ist alles andere als das.

1. Wenn auch der Spitzensteuersatz nicht unter Tabu stehen soll, kann man mit Gewißheit schließen, daß dasselbe für die unteren Steuerzonen gelten soll, daß die Untergrenze der Besteuerung auf noch niedrigere Einkommen ausgedehnt werden soll, daß die Mehrwertsteuer weiter erhöht wird usw.

2. Die von Blüm vorgeschlagene Erhöhung hat für die wirklich Reichen minimalste Auswirkungen. Eine tatsächlich stärkere Besteuerung der Geldsäcke, z.B. durch eine stark progressive Besteuerung gerade der höchsten Einkommen, wird überhaupt nicht ins Auge gefaßt.

Fall A: Rentnerin

Rentnerin A ist 70 Jahre alt. Sie erhält im Jahre 1980 die durchschnittliche Witwenrente in Höhe von 581 DM. Für die Warmmiete zahlt sie 267 DM im Monat. Das entspricht dem Durchschnitt der Einpersonenhaushalte. Da ihre Einkünfte unterhalb des Sozialhilfesatzes liegen, bestimmen sich die Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, nach dem, was das Sozialamt letzten Endes zugesteht.

	1980	1981	1982	Juli 83	Ø 1983
SH-Regelbedarf (Ø BRD)	309	328	337	344	340,5
Altersmehrbedarf	93	98	67	69	68
Einmalige Beihilfen	30	30	30	30	30
Wohnung	267	283	299	314	314
Sozialhilfebedarf:	699	739	733	757	752,5
Witwenrente	581	604	639	677	658
Abzüge für KVdR	–	–	–	6,77	3,39
Anrechenbares Einkommen	581	604	639	670,2	654,6
Leistung des Sozialamts	118	135	94	86,8	97,9

Vergleich mit dem Standard 1980, hochgerechnet für die Folgejahre mit dem Index für die Lebenshaltungskosten aller priv. Haushalte

Lebenshaltungskostenindex i. %	100	+ 5,9	+ 5,6	–	+ 5,0
in DM von 80	699	740	781	–	820
Unterschied Einkünfte / Stand. von 80 in DM	–	–	48	63	67,5
in % des Bedarfs nach Stand. 80	–	–	6,1%	7,7%	8,2%
in % des Bedarfs abzgl. Miete	–	–	10,0%	12,5%	15,4%

Fall B: 4-Personen-Haushalt

U = Postsekretär, A6, Beamter, der seine Krankenversicherung selbst zahlen muß. Die Erhöhung seiner Bezüge nach den Dienstaltersstufen alle 2 Jahre ist neben der Besoldungserhöhung berücksichtigt.

V = Metallarbeiterin in niedriger Lohngruppe, die im Durchschnitt der angelernten Arbeiterinnen in der metallverarbeitenden Industrie verdient.

Zwei Kinder der Familie: Das ältere Kind beginnt im Herbst 79 zu studieren und beantragt BAFÖG. Der Student hat auch in den Jahren, in denen er keine Förderung mehr erhält, diesen Antrag gestellt. Er mußte im Herbst 1983 das Studium abschließen. Das jüngere Kind kommt im Sommer 1979 in die 11. Klasse und beantragt ebenfalls BAFÖG. Nach Wiederholen wäre das Ende dieser Ausbildung im Sommer 1983 fällig.

Vergleich der Familienunterhaltsmittel jeweils für Juli des Jahres

Jahr		Brutto	Steuer	Vers.	Netto	Zusammen	Kinder-geld	Bafög	Unterhalt	Inflation	Lebenshaltung	Differ. in %
1980	U	2409	392	–	2017	3315	150	221	3686	100	3686	0,0
	V	1845	245	302	1298							
1981	U	2509	401	–	2109	3453	170	147	3770	105,9	3903	– 3,4
	V	1927	260	323	1344							
1982	U	2644	436	–	2209	3604	150	30	3784	111,8	4122	– 8,2
	V	2013	276	342	1395							
1983	U	2696	439	–	2257	3733	120	–	3853	117,4	4328	– 11,0
	V	2144	296	372	1476							

Zum Juli 1983 geht diese Rechnung von folgenden Besoldungs- bzw. Lohnveränderungen aus:

- Für den Beamten ist das 2%-Gesetz im Bundestag schon beschlossen (U).
- Für die Metallarbeiterin ist der Lohn um 6,5% erhöht worden.

Die Lebenshaltungskosten sind entsprechend dem allgemeinen Lebenshaltungskostenindex bis Juli 82 angeführt, zum Juli 83 mit einer Verteuerung von 5% angenommen.

Berechnung des Kindergeldes für den Juli 1983 einkommensabhängig:

Bezugsjahr für das Einkommen: 1981

Jahresnetto für den Beamten: 27369 – Vorsorge von 2500 DM

Jahresnetto für die Metallarbeiterin = 24869

= 17880

Summe des anrechnungsfähigen Einkommens: 42749

abzüglich Freibetrag (25920 + 7800) = 41520

Bemessungsbetrag für d. Kindergeldreduzierung = 1229

Teiler für d. Bestimmung d. Höhe d. Abzugs : 480

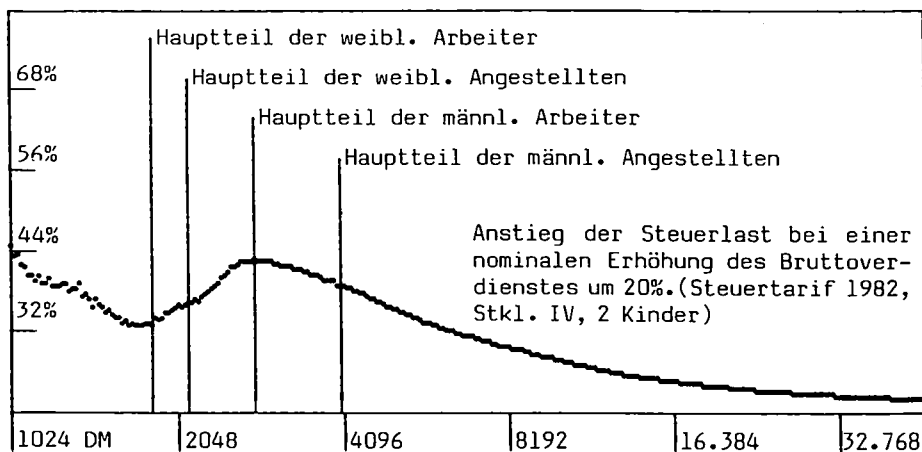
Faktor, der abgerundet mit 20 multipliziert die Höhe des Kindergeldabzugs angibt: = 2,56

Kindergeldabzug – Soll beim 2. Kind 40

Sockelbetrag für d. 2. Kind (Mindestbetrag)

(Von 100 DM auf:) 70

Tatsächliche Kindergeldkürzung: 30



3. Vor allem aber: Blüm will den Inflationsbetrug aufrechterhalten. Aus dem nebenstehenden Schaubild ist ersichtlich, daß bei jeder Erhöhung des Lohns, und sei es auch nur eine nominale Erhöhung, der Anstieg der Steuerlast besonders bei den Facharbeitern erheblich höher ist, als die Erhöhung des Lohns. Mit dem Spitzensteuersatz endet die Progressionszone. Bei den Reichen wächst die Steuerlast nur im gleichen Maße, wie auch das Einkommen wächst.

Beispiel a. Facharbeiter. Bruttolohn: 2784 DM. Steuerabzug (Steuerklasse IV, 2 Kinder): 479,70 DM. Angenommene nominale Lohnerhöhung 20 Prozent. Neuer Bruttolohn: 3340,80 DM. Ergebnis: Während der Lohn nominal um 20 Prozent gestiegen ist, ist die Steuerlast um 43 Prozent gestiegen.

Beispiel b. Kapitalist. Monatseinkommen: 130000 DM. Steuerabzug: 71296

DM. Angenommene Einkommensteigerung 20 Prozent. Neues Einkommen: 156000 DM. Neuer Steuerabzug: 85857 DM. Ergebnis: Einkommen und Steuerabzüge sind um 20 Prozent gewachsen.

Blüms Vorschlag soll verdecken, daß unter der Hand der Anteil der Massenbesteuerung immer weiter wächst und daß die Arbeiter ihre Unterdrückung durch den Staatsapparat zu einem immer größeren Teil selber zahlen.

Wer entlassen wird

Die Zahl der Beschäftigten in der Investitionsgüterindustrie hat von Juli 1980 bis Juli 1982 von 3820763 auf 3655908 um 164955 abgenommen. Entlassen wurden die Beschäftigten in den unteren Lohngruppen, diejenigen, die die härteste Arbeit direkt am Produkt zu verrichten haben, die

am Band stehen und diejenigen, die die nervtötendste Verwaltungstätigkeit machen. Die Personalabteilungen sortieren die Kranken und schon Verschlissenen aus, alle, die einer weiteren Steigerung des Arbeitstempos im Wege stehen. Demgegenüber hat die Zahl der Beschäftigten in den höchsten Angestelltenlohngruppen, die Zahl der Antreiber und Aufseher deutlich zugenommen.

Kapitalisten und bürgerliche Presse behaupten in bedauerndem Tonfall, Ursache für die Verringerung der Lohnabhängigen sei ein Rückgang der Produktion. Das ist eine interessierte Lüge. von 1980 bis 1982 ist die inflationsbereinigte Produktion in der Investitionsgüterindustrie um 1,3 Prozent gewachsen und das mit 6,3 Prozent weniger Lohnabhängigen, mit 14,4 Prozent weniger männlichen und 16,2 Prozent weniger weiblichen Akkordarbeitern. Die Kapitalisten nutzen die Entlassungen, um die Intensität der Arbeit zu verschärfen und so mehr Profit aus den Arbeitern, die weiterbeschäftigt werden, herauszupressen.

		Brutto- lohn	Veränd. Anz.
Arb.	LG 1	2784 DM	- 2,5%
männl.	2	2485 DM	- 6,2%
	3	2212 DM	-14,4%
Arb.	1	2182 DM	- 0,3%
weibl.	2	1948 DM	- 3,4%
	3	1845 DM	-16,2%
Ang.	2	4372 DM	+ 4,9%
männl.	3	3334 DM	- 1,4%
	4	2553 DM	- 6,6%
	5	2151 DM	-24,2%
Ang.	2	3675 DM	+ 6,7%
weibl.	3	2739 DM	+ 0,1%
	4	2115 DM	- 5,2%
	5	1719 DM	-11,3%

Fall C: Arbeitslos

Beispielsrechnung für die Kürzung des Arbeitslosengeldes durch das 2. Haushaltsstrukturgesetz ab Januar 1982: Ein Beschäftigter in der Druckindustrie wird Ende November 1982 gekündigt.

Sein Monatsbruttolohn im November, dem für die Arbeitslosengeldberechnung zu berücksichtigenden Zeitraum, setzt sich folgendermaßen zusammen:

176 Std. à 16,50 DM	=	2904 DM
12 Überst. à 16,50 DM	=	198 DM
12 x Zuschlag von 25%	=	49,5 DM
Gesamtbrutto:		3151,5 DM

Die Jahresleistung in der Druckindustrie in Höhe eines tariflichen Monatslohns ist abgesichert. Stichtag für die Anspruchsberechtigung auch anteilig ist die Betriebszugehörigkeit am 1. Oktober des Jahres. Zum Bruttolohn kommt also hinzu:

Jahresleistung anteilig: 188,14DM

Berechnung des Arbeitslosengeldes:

nach Rechtsstand im Jahr 81

Gesamtbrutto geteilt durch tats. geleistete Stunden ergibt Stundensatz	:	3151,50	:	188	=	16,76
--	---	---------	---	-----	---	-------

multipliziert mit d. tarifl. Wochenarbeitszeit (40 Std.) ergibt Wochenarbeitsentg.	x	40	=	670,53
--	---	----	---	--------

plus anteilige Jahresleistung (Monatsbetrag x 3)	=	43,42
--	---	-------

Bemessungsgrundlage für die Berechnung des wöchentlichen Arbeitslosengeldes	=	713,95
---	---	--------

Nettobetrag nach Stkl. IV 68% ergeben das wöchentliche Arbeitslosengeld:	x	451,87	x	0,68	=	307,00
--	---	--------	---	------	---	--------

nach Rechtsstand im Jahr 82

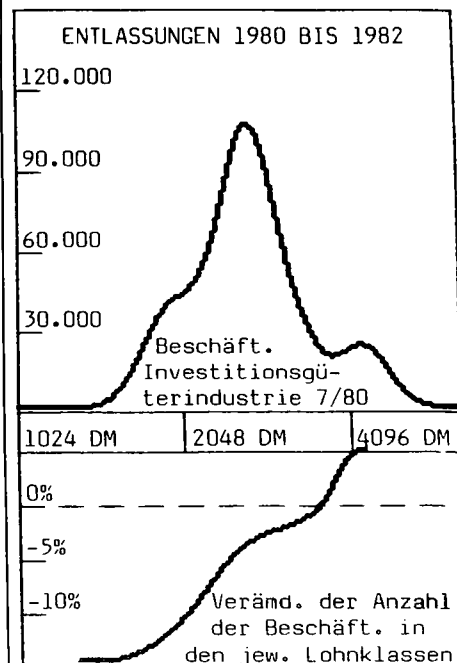
Gesamtbrutto		3 151,50
abzügl. Mehrarbeitszuschl.	—	49,50
get. durch tats. geleistete	:	188
Stunden ergibt		
Stundensatz:	=	16,50
mal tarifl. Wochenstunden	x	40
ergibt Wochenarbeitsentg.	=	660,00

Die Berücksichtigung von Mehrarbeitszuschlägen ebenso wie die Berücksichtigung von wiederkehrenden Zuwendungen, auch wenn auf sie nach Tarifvertrag Anspruch besteht und sie anteilig gezahlt werden, ist nun ausgeschlossen (§ 112 AFG). Bemessungsgrundlage ist also das oben errechnete Wochenarbeitsentgelt v. 660 DM.

Nettobetrag nach Stkl. IV 68% ergeben das wöchentliche Arbeitslosengeld:	x	426,44	x	0,68	=	290,00
--	---	--------	---	------	---	--------

Die Änderung der Bemessungsgrundlage kommt also einer Senkung des Arbeitslosengeldes von 68% der ursprünglichen Bemessungsgrundlage auf 64,2% oder einer direkten Kürzung des Arbeitslosengeldes in diesem Beispiel um 5,5% gleich.

Anmerkung: Im Gesetzespaket vom Dezember 1982 wird „das Prinzip Leistung gegen Gegenleistung“ gestärkt. D.h. z.B.: Die Voraussetzung für einen sechsmonatigen Bezug von Arbeitslosengeld ist künftig eine 18monatige Beitragsleistung statt bisher 12. Ferner werden die Geldleistungen in der beruflichen Rehabilitation gesenkt von 90 bzw. 75% auf 80 bzw. 70%.



Italien

Regierungsprogramm gegen die Arbeiterbewegung



BRD

Reaktion sucht Mehrheit für Unterwerfung unter Eigentum und Nation

Die Unionsparteien erklären, daß sie bei den Neuwahlen am 6. März jene 50% suchen, die einem Kurs nachlaufen, der die Verfolgung der Arbeiterinteressen zum Ausdruck üben, den Interessen der Nation schädlichen Verbändeegoismus erklärt. Daß den Kapitalisten eine Unionsregierung – ob mit oder ohne FDP – gerade recht wäre, ist kein Geheimnis. Viele meinen: Unter sol-

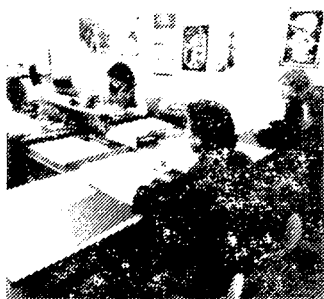
chen Umständen sei entscheidend, die jetzige Regierungskoalition aus der Regierung herauszuwählen, alles andere wäre unwichtig. Aber, wer die SPD stärken will, muß wissen: Diese Partei wird vielleicht eine Konfrontation von Lohnarbeit und Kapital zu vermeiden suchen, wenn eine solche Konfrontation aber eintritt, wird sie das Nationalinteresse hervorheben.

Gleich bei Regierungsantritt hatte Fanfani den Gewerkschaften ein Ultimatum gestellt: Bis zum 20. Januar müssen sie sich mit den Kapitalisten über die „Arbeitskosten“ einigen, ansonsten werde die Regierung handeln. Am 7. Januar beschloß sie Maßnahmen zur „Haushaltssanierung“: Rentenkürzungen, Streichung von Leistungen der Krankenversicherung usw. Welche Vorhaben wollen Kapitalisten und Regierung gegen die Arbeiterbewegung durchsetzen?



Hamburg

Anzahl der Sozialhilfeempfänger steigt rapide



Die zu zunehmender Prachtentfaltung auflaufende kapitalistische Profitordnung der BRD verunmöglicht zunehmend mehr einfachen Leuten, sich selbständig die bloße Existenz zu sichern. Davon legt der Sozialhilfebericht des Hamburger Senats Zeugnis ab. Innerhalb der letzten 10 Jahre hat sich in Hamburg bei rückläufiger Bevölkerungszahl die

Zahl der Sozialhilfeempfänger mehr als verdoppelt. Die CDU befindet die Sozialhilfesätze für zu hoch: es gäbe Arbeiter, die weniger verdienen, als manche Familie an Sozialhilfe bezieht. Angesichts der Elendssätze der Sozialhilfe ist dies aber nur ein Argument gegen niedrige Löhne. Trotzdem versucht der Senat, die Sozialhilfeausgaben zu drücken.

Ägypten

Verstärkte Anbindung an die Imperialisten in der EG?

Mehr als deutlich erklärte Bundeskanzler Kohl seine Vorstellungen über die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den BRD-Imperialisten und Ägypten: Die derzeitige Krise könne „wirksam nur bekämpft werden, wenn es gelingt, protektionistischen Tendenzen zu widerstehen. Dies ist gerade für wichtige Entwicklungsländer wie Ägypten entscheidend.“ Wie weit ist Ägyptens in den EG Markt eingebunden?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517457